

TAGESSCHAU

POLITIK

Zahl der Arbeitslosen rückläufig

Mit einem weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen wird für den Monat Mai gerechnet. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur werden für Ende Mai knapp 2,2 Millionen Arbeitslose erwartet. Ende April waren 2,253 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Im Vorjahr hatte die Abnahme rund 65 000 betragen. Allerdings war die Gesamtzahl aller Arbeitslosen Ende Mai 1982 mit 1,645 Millionen Menschen deutlich niedriger gewesen. Im Juni werde es aber vermutlich wieder zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen, wurde prognostiziert. Als Grund dafür gibt die dpa an, daß die Winterarbeitslosigkeit zum größten Teil bereits in den beiden Monaten März und April abgebaut werden konnte. Die weiteren negativen konjunkturellen Einflüsse würden nach diesen Informationen möglicherweise den jahreszeitlich bedingten Auftrieb überschatten. Ein neuer Bericht der Bundesanstalt für Arbeit wird erst am 3. Juni in Nürnberg vorgelegt werden.

RWI plädiert für andere Tarifpolitik

Eine radikale Abkehr von der jahrzehntlang praktizierten Tarifpolitik und eine strikte Hinwendung zu einer Lohnentwicklung, die sich allein nach der Lage am Arbeitsmarkt orientiert, hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, gefordert. In seinem Konjunkturbericht fordert das Institut, daß in der heutigen Lage „grundsätzlich die Löhne nur dort erhöht werden dürfen, wo es an Arbeitskräften fehlt“. In bedrängten Regionen, Branchen und Berufen seien Abschlüsse angebracht. Gesetzlich sollte den Belegschaften geförderter Unternehmen erlaubt werden, von Tarifverträgen abweichende Löhne zu vereinbaren. Das RWI wirft den Gewerkschaften vor, sie setzen rücksichtslos möglichst hohe Forderungen durch. Die Arbeitgeber ließen es an nötigen Widerstand dagegen fehlen. Beide verließen sich auf den Staat, der die Verantwortung für die Beschäftigung in der „irrigem Überzeugung“ übernahm, sie jederzeit sichern zu können.

FINANZWELT '83

Noch ist die Finanzwelt nicht in Ordnung. Solange die Hypotheken der Vergangenheit nicht getilgt sind, leben auch die Banken nicht in einer heilen Welt. Für sie verspricht 1983 ein Jahr der inneren Stärkung zu werden, in dem sie sich für den konjunkturellen Aufschwung rüsten können.

ZINWELT-REPORT

ZITAT DES TAGES



99 In dem Maße, wie die abgabenbelastete Arbeit zusätzlich belastet wird, in demselben Maße wächst das Schwarz- und Alternativarbeitspotential.

Wolfgang Roth, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundesfraktion. (Seite 5)

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Worms gewählt

Der 53jährige Vorsitzende der CDU-Rheinland, Bernhard Worms, ist erwartungsgemäß zum neuen Oppositionsführer in Düsseldorf Landtag gewählt worden. Für Worms stimmten gestern 80 Abgeordnete der CDU-Fraktion, fünf enthielten sich, und fünf votierten gegen ihn. Worms löste Kurt Biedenkopf ab, der seit 1980 Vorsitzender der CDU-Fraktion war.

Im Hungerstreik

Aus Protest gegen die bereits fünfmonatige Dauer seiner Untersuchungshaft ist der tschechoslowakische Bürgerrechtler Ladislav Lis seit Montag in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Der 53jährige, der einer der drei Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ ist, war Anfang Januar wegen „subversiver Tätigkeit“ verhaftet worden. Wie gestern aus Wien verlautete, soll sich Lis in Einzelhaft befinden.

WETTER

Kühl und regnerisch

In ganz Deutschland bewölkt und zum Teil länger andauernder Regen. Tageshöchsttemperaturen um 12 Grad, in der Nacht 10 bis 7 Grad.

Heute in der WELT

Meinungen: Hinter dem Ranch-vorhang - Von Herbert Kremp S. 2	Sport: Hamburgs Gegner Turin, Spielzug des Fiat-Chefs S. 10
Williamsburg: Begegnung mit der Wiege einer freien Nation S. 3	Fernsehen: Nippons Vorliebe für Familiendramen S. 10
Wie die Bundeswehr der „Friedensbewegung“ begegnet S. 4	Wirtschaft: Handelspolitik fordert die Industrieländer S. 13
Bonn: Parlamentarier und der Wunsch nach mehr Geld S. 5	Kultur: Rekonstruktion des Davidtums in Jerusalem S. 21
Streit mit USA verschleiert Athens Krise S. 7	Aus aller Welt: Ein kleines Kästchen sorgt für freie Fahrt S. 22
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 8	Jamaika: Wende ohne Chaos, Seagars ruhige Revolution S. 1 bis IV

Italien: KGB gab Waffen und Geld für Terroristen

„La Nazione“ veröffentlichte Geheimbericht der Regierung / Staatsanwalt ermittelt

ALFONSO DALMA, Rom. In Italien verdichten sich die Hinweise, daß es zwischen dem linken Terrorismus im Lande und dem sowjetischen Geheimdienst KGB eine enge Verflechtung gibt. Die Zeitung „La Nazione“ (Florenz) zitierte aus einem Bericht, den die Regierung der mit dem Mord an dem christdemokratischen Parlamentsführer Aldo Moro befaßten Parlamentskommission vorgelegt haben soll. Zentrale Aussage: Italienische Terroristen seien in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und in Kuba ausgebildet worden. Die römische Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen gegen die Journalisten von „La Nazione“ auf, die den Bericht publiziert hatten.

Der geheime Regierungsbericht bezieht sich auf die Zeitperiode von Anfang der siebziger Jahre bis zur Gegenwart und führt den Beweis, daß das KGB, gestützt auf den tschechoslowakischen und auf den bulgarischen Geheimdienst

SEITE 2: Ein echtes Dossier

sowie auf Nebenstellen in Kuba und in Angola nicht nur für „Einschüchtern, Einflößen und operative Verbindungen in einem gegen den Westen gerichteten strategischen Gesamtkonzept“, sondern auch für „direkte Waffenlieferungen und Geldbeschaffung“ zugunsten der Terroristen verantwortlich ist. Die Verbindung seit 1970 über den bekannten linksmarxistischen Verleger Giangiacomo Feltrinelli, der zwei Jahre später bei einem der ersten terroristischen Sprengstoffanschläge ums Leben kam, in Frage aufgenommen worden.

Aus der CSSR-Hauptstadt seien auch wiederholt Geldbeträge eingeflossen, so etwa über die italienische Vertretung der Skoda-Automobilwerke. In der UdSSR, der Tschechoslowakei und Kuba seien Schulungskurse für politisch-strategische und militärische Ausbildung der Terroristen abgehalten worden, während der sowjetische Geheimdienst in Angola, Kuba, Süd-jemen, aber auch in Frankreich sichere Zufluchtsstätten für italienische, im eigenen Land unmittelbar „gefährdete“ Terroristen unterhalten habe.

Die Agenten der Ostblockstaaten hätten nach diesem Bericht für die Herstellung der Querverbindungen zwischen den Roten Brigaden und den verschiedenen Gruppen innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation sowie der nordirischen IRA und libyschen Stellen für die Vorbereitung von Terrorakten gesorgt. Als Gegenleistung für die sowjetischen Waffenlieferungen auf dem Umweg über die PLO seien Anschläge und Überfälle der italienischen Terrorgruppen gegen israelische Institutionen und jüdische Persönlichkeiten in Italien unternommen worden.

Japan über UdSSR-Raketen besorgt

Tokio will Befürchtungen über Kompromiß in Williamsburg vortragen

FRED de la TROBE, Tokio. Japan und die Asean-Staaten (Malaysia, Singapur, Thailand, Philippinen, Indonesien) verstärken ihre Bemühungen, zu verhindern, daß im Falle einer Einigung zwischen den Supermächten über den Abzug von Mittelstreckenraketen aus Europa ihre Interessen unberücksichtigt bleiben. Der japanische Ministerpräsident Nakasone wird auf der Weltwirtschaftskonferenz in Williamsburg Präsident Reagan die Wünsche dieser Staatengruppe vortragen.

Während seiner jüngsten Reise in die Asean-Länder stand bei den Gesprächen Nakasones mit den Regierungschefs dieser Staaten die Sorge über den bedrohlichen Aufbau der sowjetischen Militärmacht in dieser breiten asiatischen Zone im Vordergrund. Moskau hat bisher 108 Raketen vom Typ SS 20 in Sibirien und der Fernostprovinz stationiert. Satellitenaufnahmen zeigen, daß neue Standorte für weitere hundert SS 20 in Bau sind.

Nach Angaben der japanischen Verteidigungsagentur sind mehr als ein Drittel der sowjetischen Interkontinentalraketen und der strategischen Bomber im asiatischen Teil der UdSSR sowie ein Drittel der mit Nuklearkernen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote - etwa 80 an der Zahl - in Fernost stationiert. Die pazifische Flotte der Sowjets operiert vorwiegend aus den russischen Fernosthäfen, doch hat der Zugang zu einigen Stützpunkten in Nordkorea und zur Basis Cam Ranh Bay in Vietnam wesentlich erweitert.

Ein Ergebnis dieser Übung war, daß die verstärkten Verteidigungsanstrengungen Japans, die Nakasone dem Regierungschef der Asean-Länder während seines Besuchs erläuterte, nicht beanstandet wurden. In den Monaten vorher waren sie aufgrund negativer Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg noch wiederholt auf Kritik gestoßen.

Nach Angaben der japanischen Verteidigungsagentur sind mehr als ein Drittel der sowjetischen Interkontinentalraketen und der strategischen Bomber im asiatischen Teil der UdSSR sowie ein Drittel der mit Nuklearkernen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote - etwa 80 an der Zahl - in Fernost stationiert. Die pazifische Flotte der Sowjets operiert vorwiegend aus den russischen Fernosthäfen, doch hat der Zugang zu einigen Stützpunkten in Nordkorea und zur Basis Cam Ranh Bay in Vietnam wesentlich erweitert.

Die Regierungschefs der Asean-Länder stimmten mit Nakasone überein, daß die fortgesetzte Präsenz starker amerikanischer Verteidigungskräfte in Südostasien unverzichtbar sei. Das an der „Kampffront“ zu Vietnam stehende

Türken auf Zypern brechen Dialog mit Griechen ab

Wird am 10. Juni türkischer Teilstaat proklamiert?

SAD, Athen. Die Lage auf der geteilten Mittelmeerinsel Zypern hat sich zugespitzt: Die Regierung des türkischen Nordteils der Insel hat jetzt ihre Teilnahme an der Verhandlungsrunde zwischen den beiden Inselvolkgruppen verweigert, die am 31. Mai stattfinden sollte.

Für diese Absage wurden von türkischer zypriotischer Seite keine konkreten Gründe angegeben. Der türkische Volksgruppenführer Rauf Denktasch weigerte sich klarzustellen, ob es sich dabei um einen Abbruch der Gespräche auf Dauer handle.

Die Türken Zyperns haben den Dialog mit den Griechen vor dem Hintergrund ihrer Drohung eingestellt, „in absehbarer Zeit“ einen türkischen Teilstaat auszurufen. Bisher bezeichnen sie ihr Staatsgebilde als „türkischen Bundesstaat Zyperns“. Nach einem Bericht der griechisch-zypriotischen Zeitung „Dimokratiki“ soll der türkische Teilstaat wahrscheinlich am 10. Juni, also vor der geplanten Verlängerung des Mandats der UNO-Friedenstruppe am 15. Juni, ausgerufen werden. Denktasch hatte kürzlich angekündigt, daß er seinem Kabinett ein Referendum über die Unabhängigkeitsfrage empfehlen werde.

Lockerung der Sanktionen gegen Warschau?

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg, der am Samstag beginnt, haben amerikanische und europäische Regierungen sich auf Lockerung der Sanktionen gegen Polen geeinigt. Die Sanktionen gegen Polen, verhängt nach der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981, betreffen Kulturaustausch, Fischereirechte und vor allem Kreditierungs- und Kreditversicherungsverhandlungen. Polen ist privat und staatlich mit 26,6 Milliarden Dollar verschuldet, zahlt derzeit aber wegen der abgebrochenen Verhandlungen keine Zinsen auf den staatlichen Teil seiner Schuld (ca. 13,7 Milliarden).

Eine Entscheidung in dieser Frage ist erst nach der NATO-Ministerratung in Paris und nach dem Papst-Besuch am 16. Juni in Polen zu erwarten. Seite 12: Barlickow fehlt

Rätselraten über Radio Moskau

BBC: Sprecher Dantschow bezeichnete Sowjets in Afghanistan als „Invasoren“

SAD, London. „Das entwickelt sich langsam zu einem Thriller.“ Mit diesen Worten charakterisierte ein Sprecher für den BBC-Dienst der Londoner BBC gestern ein mehr als ungewöhnliches Vorkommnis im englischsprachigen Dienst von Radio Moskau. Nachdem Wladimir Dantschow, ein Sprecher des Senders, bereits am Mittwoch vergangener Woche zweimal eine Meldung verlesen hatte, wonach die sowjetische Besetzung Afghanistans kritisiert wurde, gebrauchte derselbe Sprecher am Montag in mehreren Meldungen über sowjetische Truppen die Worte „Banditen“, „Besatzer“ und „Invasoren“.

„So etwas haben wir, seit es den Monitor-Service der BBC gibt, noch nicht ein einziges Mal erlebt“, erklärte BBC-Sprecher George Lockey. „Wir können uns das nur damit erklären, daß Dantschow auf eigene Initiative gehandelt hat,

und daß ihm seine Vorgesetzten jetzt maßregeln werden. Bisher ist er noch nicht wieder am Mikrofon zurückgekehrt.“ Nach Darstellung Lockeys begann die erstaunliche zweite Serie von Afghanistan-Meldungen am Montag um zehn Uhr Greenwich-Zeit. In der ersten Nachrichtensendung verlas Dantschow noch den offenbar korrekten Text, wonach die sowjetischen Truppen nicht kritisiert wurden und in dem von afghanischen Konterrevolutionären die Rede war. In den englischsprachigen Nachrichten um elf zwölf und dreizehn Uhr Greenwich-Zeit habe Dantschow aber am Mikrofon den Text so verändert, daß im Zusammenhang mit den sowjetischen Truppen mal von „Banditen“, mal von „Besatzern“ und mal von „Invasoren“ die Rede war. Eine Stunde später verlas ein anderer Sprecher von Radio Moskau wieder den korrekten Text.

DER KOMMENTAR

CDU und Zukunft

GEORG SCHRÖDER

Der Kölner Parteitag wird das Profil der CDU zeigen. Helmut Kohl hat das angekündigt. Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeutet dies, daß auch nach der Erkenntnis des Parteivorstandes die Union ihren berechtigten Jubel über den Wahlsieg und über die Rückkehr in das Bundeskanzleramt nicht in bequeme Selbstzufriedenheit versinken lassen darf. Die Zeiten sind nicht danach. Ganz im Gegenteil: Gerade weil sie für die Regierenden doppelt schwer sind und wohl noch lange bleiben werden, muß die Partei als Formation und als politische Antriebskraft aktiv sein und bleiben.

Der Kölner Parteitag wird das Profil der CDU zeigen. Helmut Kohl hat das angekündigt. Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeutet dies, daß auch nach der Erkenntnis des Parteivorstandes die Union ihren berechtigten Jubel über den Wahlsieg und über die Rückkehr in das Bundeskanzleramt nicht in bequeme Selbstzufriedenheit versinken lassen darf. Die Zeiten sind nicht danach. Ganz im Gegenteil: Gerade weil sie für die Regierenden doppelt schwer sind und wohl noch lange bleiben werden, muß die Partei als Formation und als politische Antriebskraft aktiv sein und bleiben.

Daß sie am Tode Konrad Adenauers, am Verlust der Macht 1969 nicht zerbröckelt und zerbröckelt ist, daß sie ganz im Gegenteil als Partei jedenfalls stärker und schlagkräftiger als je zuvor wurde - das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Sicherlich fiel es ihr nach 1969 zunächst sehr schwer, sich auf den Oppositionsbänken wiederzufinden und diese neue Rolle zu akzeptieren und daraus heraus neue Kräfte zu entwickeln. Aber daß dies gelungen ist, weiß inzwischen jedermann. In diesen Oppositionsjahren wandelte sich die CDU vom Kanzler-Wahlverein zum lebendigen Partei. Aus der Honoratiorenpartei der fünfziger Jahre entstand die moderne Mitgliederpartei. Die Verjüngung am Kopf und Gliedern gelang, so daß sie sich jetzt den neuen Aufgaben der Zukunft stellen kann.

Keine personellen Konflikte auf dem CDU-Parteitag

Jugendarbeitslosigkeit und Rentensicherung

STEFAN HEYDECK, Bonn. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, kann dem heute in Köln beginnenden 31. Bundesparteitag mit großer Gelassenheit entgegensehen. Nach den Wahlen vom 6. März, bei denen die Union mit 44,8 Prozent der Zweitstimmen das beste Ergebnis seit 1957 erreichte und damit nach 13 Jahren Opposition in die Regierungsgewalt zurückkehrte, ist Kohl unumstritten der Mann.

Bei den Sachthemen werden die Fragen der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Sicherung der Renten im Vordergrund stehen. Sie sollen morgen ganzjährig beraten werden. Dabei sollen bei den Diskussionen Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und Wissenschaftler hinzugezogen werden.

Nach seinem Leitartikel des CDU-Vorstands soll die Zukunftskommission Jugend die Diskussionen zum Problem Jugendarbeitslosigkeit auswerten und dann „konkrete Lösungsmöglichkeiten“ erarbeiten. Sie soll der Bundeshauptaus-schuss später als Programm vorschlagen. Ähnlich sieht es mit der langfristigen Sanierung der Renten aus. Hier wurde bereits die Rentenkommission der CDU unter Geißler beauftragt, Lösungsmodelle zu entwickeln.

Bei den Sachthemen werden die Fragen der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Sicherung der Renten im Vordergrund stehen. Sie sollen morgen ganzjährig beraten werden. Dabei sollen bei den Diskussionen Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und Wissenschaftler hinzugezogen werden.

Chinas Präsident wird nicht Deng Xiaoping heißen

Am 6. Juni tagt der Nationale Volkskongreß in Peking

AFF/DW, Peking. Erstmals seit 15 Jahren soll China wieder einen neuen Staatspräsidenten erhalten. Am 6. Juni wird Chinas parlamentsähnlicher „Nationaler Volkskongreß“ in Peking zur Wahl zusammengetreten. Als aussichtsreichster Kandidat für das Spitzenamt gilt der 78 Jahre alte chinesische Politiker Li Xianlan.

Der als aussichtsreichster Kandidat für das neue Amt bezeichnete Wirtschafts- und Finanzexperte Li Xianlan gilt als Politiker, der gegen die pragmatischen Führungsstil Dengs wiederholt Vorbehalte angemeldet haben soll. Li, der 1927 der Partei beitrug, zählt zu den Kadern der alten Garde, die noch selbst am Langen Marsch teilgenommen hat.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wörners Nein

Von Rüdiger Moniac

Einem Gast wie Weinberger, denkt man, sollte der deutsche Verteidigungsminister, wenn er nächste Woche die Bundeswehr und die Regierungszentrale am Rhein besucht, Geschenke ankündigen. Wörner tat das Gegenteil.

In einem Interview mit der WELT ließ der Herr der Hardthöhe nicht den kleinsten Zweifel daran, daß er die amerikanischen Wünsche nach weiterer deutscher Beteiligung an einer Entlastung der amerikanischen Truppen zugunsten ihrer Einsatzplänen außerhalb des Bereichs direkter NATO-Verantwortung nicht erfüllen könne.

Bonn hat sich vor zwei Jahren schon bereit erklärt, ein Reservistenprogramm zur Unterstützung von US-Verbänden zu realisieren, die im Krisenfall zur Stärkung der Vorverteidigung nach Mitteleuropa kommen sollen.

Rund 93 000 Reservisten werden in den kommenden vier bis fünf Jahren für das sogenannte Wartime Host Nation Program aus der Personalreserve der Bundeswehr für diese Aufgaben eingeplant und in Übung gehalten. Die USA aber wollen weitere 80 000 deutsche Reservisten - als Lückenbüßer. Wenn etwa US-Truppen, die heute noch zur Verstärkung in Mitteleuropa gedacht sind, als Anti-Krisen-Potential an den Persischen Golf verlegt werden, um westliche Ölquellen zu schützen, dann sollen deutsche Reservisten in Deutschland in die Bresche springen.

Wörners Nein beruht auf zwei Gründen: Einmal gibt die Staatskasse für Verteidigungsaufgaben nicht mehr her, zum anderen möchte sich die neue Regierung in den Zeiten wachsender Unruhe um den Doppelbeschuß nicht noch mehr innenpolitischen Widerstand gegen „deutsche Aktivitäten außerhalb der NATO“ aufhalsen. Weinberger - so hofft jedenfalls Wörner - wird das verstehen. Es fragt sich, ob es auch die Amerikaner insgesamt tun, die für eine gerechtere atlantische Verteilung der Verteidigungslasten eintreten.

Partisanen-Pfennig

Von Bernd Conrad

Die Bundesregierung hält die politische Entwicklung in dem mittelamerikanischen Staat Nicaragua für verhängnisvoll. Darauf hat Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hingewiesen. Seine Einschätzung deckt sich mit der Analyse Washingtons: Die von der linksorientierten Junta selbst gesteckten Ziele „Pluralismus, Blockfreiheit, gemischte Wirtschaft“ geraten zunehmend unter die Räder einer neuen Diktatur.

Dennoch will Bonn die - mit 40 Millionen DM vergleichsweise bescheidene und mangels konkreter Projekte praktisch auf Eis liegende - Finanzhilfe für Nicaragua zunächst nicht stoppen, obwohl die US-Regierung das gern gesehen hätte.

Daraus spricht keineswegs eine Ablehnung der Mittelamerika-Politik Reagans, deren Grundlinien von Bundesaußenminister Genscher nach der Rede des Präsidenten vor beiden Häusern des Kongresses Ende April ausdrücklich unterstützt worden sind. Vielmehr glaubt Bonn, mit der Aufrechterhaltung einer wohlhabenden Präsenz in Nicaragua den westlichen Interessen derzeit am besten dienen zu können.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn die Bundesregierung auf der anderen Seite auch die Entwicklungshilfe an El Salvador wiederaufnimmt und endlich wieder einen Botschafter dorthin entsendet. Das gehört zu der von Unionsabgeordneten mit Recht verlangten „politisch-diplomatisch-entwicklungspolitischen Gesamtstrategie“ für Mittelamerika. Eine solche Strategie, die sich klar von der Einäugigkeit der Linken und Grünen in der Bundesrepublik abhebt, ist nur in Abstimmung mit dem amerikanischen Bündnispartner denkbar. Jeder andere Weg führt in die Irre und schadet uns selbst.

Ein echtes Dossier

Von Alfons Dalm

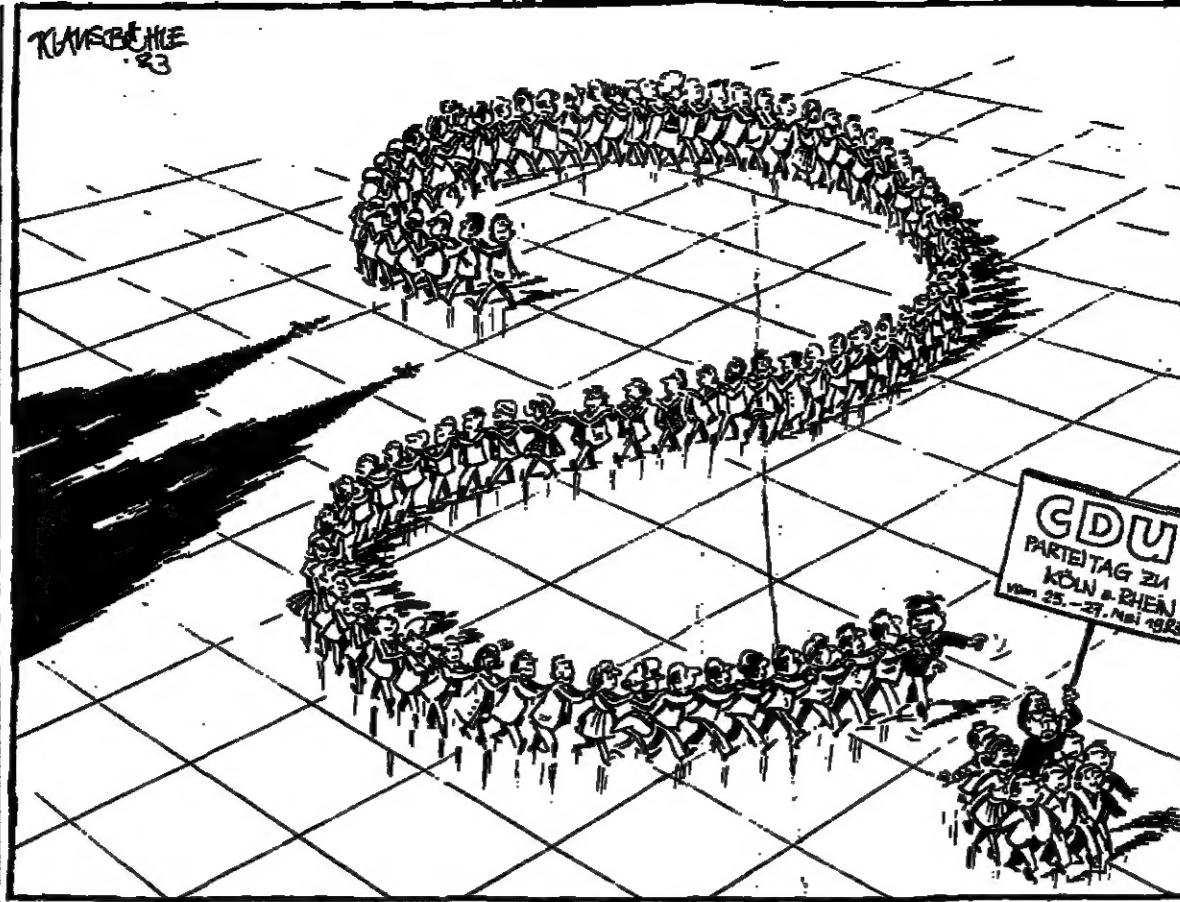
Nach den monumentalen Mißgeschicken des „Stern“ wird leicht aus der gebotenen Vorsicht eine übertriebene Skepsis. Auch die italienische Quelle der Londoner Wochenend-Enthüllungen über die diskrete Begegnung und den angeblichen Geheimpakt zwischen dem Papst und Leonid Breschnew zur Moderierung der allzu explosiven polnischen Spannungen gehört offensichtlich in den Qualitätsbereich der Urheber der berühmten Hitler-Memoiren.

Nicht so aber die Verfasser des Geheimberichts über die Förderung, Unterstützung und Lenkung des italienischen roten Terrors, des wirksamsten dieser Art in der westlichen demokratischen Welt, durch das sowjetische KGB, die ihm zugeordneten Geheimdienste der CSSR, Bulgariens, Kubas, Angolas und des Südjemen, sowie der verbündeten Stellen in Libyen, ferner Terrororganisationen der PLO und der irischen IRA.

Der Autor des in einer überaus soliden Florentiner Zeitung veröffentlichten Dokuments ist die Regierung der Republik Italien, die für die Echtheit des Inhalts gleich zwei parlamentarischen Ausschüssen, die den Bericht angefordert hatten, geradezustehen hat. Die Authentizität wird nicht bezweifelt, der Staatsanwalt ermittelt schon wegen der Verletzung der Geheimhaltung.

Hier also begegnen wir nicht einer falschen Vergangenheit, sondern der echten Gegenwart: dem systematischen subversiven Krieg, den die Geheimdienste und Propaganda-Apparate der kommunistischen Länder gegen dasselbe Westeuropa führen, auf dessen Destabilisierung, Verunsicherung und Willenslähmung nicht nur die Terroranschläge, sondern auch die militante Strategie der Friedensbewegung gerichtet sind.

Ein ebenso authentischer Faktor der Gegenwart ist die Verschmelzung dieses Doppelgesichts der physischen Gewalt und der psychologischen Nötigung in einer einzigen Person, die nicht nur ein symbolisches Beispiel ist, nachdem der langjährige oberste KGB-Führer Andropow nun zum ausschlaggebenden Mann der östlichen Supermacht geworden ist.



„Sind wir nun in der Wende oder nicht?“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHL

Hinter dem Rauchvorhang

Von Herbert Kremp

Bei allem Getöse um die amerikanische Nachrüstung in Europa, bei allem rhetorischem Rauch, der das Feuer eines „heißen Herbstes“ auf den Straßen und vor den Rampen ankündigt, soll - die west-östliche Realität ist mit militärischen und militärpolitischen Kategorien, so sehr sie Kanzleien und Kneipen in Atem halten, nicht auszusprechen. Die von Einseitigkeit bedrohte Diskussion verfehlt die Dimension des Politischen.

Wer sich ihr zuwendet, hat zunächst einmal festzustellen, daß in den drei wichtigsten Stationierungs-Ländern für die Nachrüstung, in Britannien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland konservativ getönte Regierungen der Mitte im Amt sind. In Italien und England werden diese Regierungen vom Wähler in nächster Zeit bestätigt werden. Dies muß der sowjetischen Führung zu denken geben. Ihre gewaltige Kampagne, ihr Appell an das Agens der Angst bewegt Minderheiten, schafft aber nirgends eine neue, von der Mehrheit getragene Priorität.

Erscheinungen der Desintegration und Instabilität beobachten wir demgegenüber in Osteuropa. Politisch am deutlichsten in Polen. Die Sowjets sind gegen den Besuch des Papstes. Sie glauben nicht, daß General Jaruzelski die Massenbegegnung kanalisieren kann. Der General besitzt nicht mehr ihr volles Vertrauen. Moskau wehrt sich gegen die Aufnahme des Jaruzelski-Vertrauten Rakowski ins Politbüro. Die kommunistische Partei in Polen ist tiefkrank, und sie erholt sich nicht.

Die Wirtschaftskrise hat die Länder Osteuropas schwerer getroffen als die des Westens. Der zentrale Osten reagiert auf den Anprall der Krise wie Gußeisen, das bricht, wenn es heftig bewegt wird, der dezentralisierte Westen reagiert flexibel wie Stahl. Die Entwicklung im Osten stockt, der Lebensstandard sinkt. Die Konsequenzen sind wiederum politischer Natur. Angesichts des Schwächenscheiters der übergreifenden Ideologie im persönlichen erfahrenen Leben tritt das Denken an die nationalstaatlichen Interessen in

den Vordergrund. Dem Prozeß eignet innere Notwendigkeit: Die Raison des Nationalstaats ist „letzter Wertmaßstab“ (Max Weber).

Daß der Stachel der schwersten Probleme tiefer nach Osteuropa hineinreicht als in die umgekehrte Richtung, daß dort, nicht hier der Ort der tieferen Krise der Legitimität und Autorität anzunehmen ist, kann den intelligenten Männern in Moskau nicht entgehen. Mag die „Military Balance“ zugunsten der Sowjetunion ausfallen, weil diese sich auf Kosten stets erforderlicher, kontinuierlicher Reform hochgerichtet hat - die „Political Balance“ weist andere, entgegengesetzte Daten aus. In der notwendigen Konsequenz erhält der Rest der Welt aus dem Osten keine Angebote für Problemlösungen, keine einzige attraktive, faszinierende Idee, nichts Bewegendes, sondern er wird mit Drohgebärden konfrontiert, mit Druck, Subversion und Propaganda.

Aber an der politischen Balance, an der Notwendigkeit der eigentlichen Entwicklung, ändert das nichts. Angesichts der politischen Stabilität Westeuropas, die der französische Staatspräsident Mitterrand aus strategischer Weitsicht fördert, bleibt den Sowjets kein kalkulierbares Mittel an der Hand, eine Nachrüstung wirklich zu verhindern. Gegenmaßnahmen, von denen Andropow



Wo wird Moskau das Skalpell ansetzen? - Demonstration gegen die Nachrüstung. FOTO: POLY-PRESS

spricht, in dunkler Andeutung werden sich, sofern sie ergriffen werden, gegen die Vereinigten Staaten richten, wo Freie, Kirchen und Kongreß durchdringbare Flächen darbieten. Ziel vorgeschobener Raketen-Positionen ist die Kuba könnte es sein, die USA zur vorrangigen Beschäftigung mit sich selbst zu bewegen.

Denn für die Sowjets ist es prinzipiell gleichgültig, wo sie den Schnitt ihrer Haupt-Strategie: Westeuropa und Osteuropa von den USA zu trennen, anzusetzen vermögen. Theoretisch können sie das Skalpell in Europa und in Amerika einsetzen - die praktische Lage entscheidet, das Ergebnis wäre dasselbe. 1962 scheiterte unter Chruschtschow der erste Versuch einer direkten Bedrohung der USA aus deren eigener Hemisphäre vor Kuba. Doch konnten die Sowjets als Lohn der Angst den darauf folgenden Rückzug amerikanischer Raketen aus Griechenland und der Türkei verbuchen.

Es entspricht der Weltmacht-Politik, Waffen als Tauschwert einer beiderseits unilateralen Politik zu definieren und entsprechend zu behandeln. Auf dieser Linie ließe sich dann nach dem „heißen Herbst“ der Stationierungen in Genf auf neuer Tauschebene weiterverhandeln, immer mit dem Ziel der De-Amerikanisierung Westeuropas oder der De-Europäisierung Amerikas. Es bedarf der vollen Aufmerksamkeit der Regierung in Washington, eine derartige Verhandlungssituation zu vermeiden. Eine kluge Politik gegenüber dem Kongreß, die weitere Niederlagen in Rüstungsfragen ausschließen hilft, und diplomatische Flexibilität in Genf könnten die Mittel sein.

Der Zusammenhang macht deutlich, daß die Sowjets den Trennungsschnitt zwischen Europa und den USA an der amerikanischen Ostküste ansetzen wollen. Dafür spricht ihr helles Lob für den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt, dessen gegen Amerika lautverstärkte Zweifel an Reagan und seinem Willen, „ernsthaft zu verhandeln“, Labilitäten in den USA verstärken mögen. „Du mußt Unsicherheit tragen ins Lager des Feindes“, lautet das chinesische Strategem.

IM GESPRÄCH Anton Stark

Plötzlich sieben Mitarbeiter

Von Hans-Herbert Holzamer

Es gibt Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die sitzen Legislaturperiode um Legislaturperiode brav auf ihren hinten angeordneten Bänken, und keiner in Bonn nimmt sie zur Kenntnis, mögen sie im Wahlkreis auch noch so eine große Nummer sein.

Dann gibt es Anton Stark (53) aus Nürtingen, der vertritt seit 18 Jahren die Interessen seiner Wähler. Ist in den Zeitungsarchiven nur mit der Kopie des Handbuchs des Deutschen Bundestages „Grundwerk“ vertreten und wird plötzlich zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt. Das ist im parlamentarischen Leben der Bundesrepublik eine der respektabelsten Positionen, denn jedes Gesetzesvorhaben läuft hier über den Tisch. Erst bei der Wahl von Anton Stark nimmt eine größere Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß es Arbeiter wie er sind, die eher im Verborgenen wirken und die doch das Räderwerk der Legislative am Laufen halten.

Plötzlich erfahren sie über den Unbekannten, daß er wesentlich am Recht der nichtehelichen Kinder mitwirkte und daß er sich generell in der Rechtspolitik einen Namen gemacht haben muß, denn Stark wird ohne Gegenstimme gewählt und selbst der Grüne Otto Schily, Anwaltskollege von Anton Stark, meinte, er hätte sich wohl der Stimme enthalten, wenn er pünktlich gekommen wäre. Was Schily nicht konnte, um nicht die Belehrungen über die Sicherheitsbestimmungen mitzubekommen.

Das erste Empfinden des neuen Ausschussvorsitzenden betrifft seine Arbeitsmöglichkeiten. „Plötzlich habe ich sieben Mitarbeiter“, staunt Stark und berichtet nicht ohne Stolz von der „Begeisterung“ seiner vier Kinder, daß ihr Vater plötzlich Schlagzeilen macht.

Auf die Frage, wie man es schafft, 18 Jahre im Bundestag zu sitzen, ohne aufzufallen, weiß er auch eine Antwort: Presse und Öffentlichkeit seien ihm völlig „wurscht“ gewesen, und wer es wagt, wie er, auch mal „Säcke“ zu „höhergestellen“, so sagen, der müsse auch wissen, daß seine Karrierechancen beschränkt sind.

Stark verrät Anpassungsschwierigkeiten, wie sie vielen zu eigen sind, der die eigene Vergangenheit



Schaltstelle Rechtsausschuß: Anton Stark. FOTO: DIE WELT

sind, die aus eigener Kraft ihren Weg gehen. Er war 15. Kind eines Kleinbauern und Dorfbürgermeisters. Heute leben noch ein Bruder und sechs Schwestern. Er selbst heiratete die Schwester des Staatsministers Jenninger. „Ohne BAföG“, wie er schmunzelt sagt, finanzierte er sein Jurastudium. Setzte sich dann als JU-Mitglied gegen die etablierte CDU-Riege des Wahlkreises durch, um heute Platzhirsch ohne Konkurrenz mit 57 Prozent bei der letzten Bundestagswahl zu sein. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gab er seine rechtspolitischen Grundthesen bekannt.

1. Jeder, der ein Gesetz einbringt, muß beweisen, daß es notwendig, sinnvoll und eine Verbesserung des gegenwärtigen Rechtszustandes ist. SPD-Kollegen fragten ihn daraufhin leicht irritiert, ob das auch für die geplante Reform des Demonstrationsrechts gelte. Stark antwortet: „Es liegt kein dringliches Gesetz vor.“

2. Weniger Gesetze und Abschaffung überflüssiger Gesetze. Am Tag nach seiner Wahl wollte der Bundestag den neuen Bußgeldkatalog verabschieden, mit 53 Seiten und 8000 Vorschriften. Geregelt wird auch das nächtliche Führen eines unbeleuchteten Hundes. Stark führte einige Telefonate, und die Novelle, die schon auf der Tagesordnung stand, verschwand.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE PRESSE

„Jüdische Synagogen von Libyen“, schreibt das Wiener Echo.

Zum Führen großartiger Sprüche ist der libysche Revolutionsführer Khadafi noch allemal gut genug und kann sich zumeist noch belustigter Zuhörer sicher sein. Erst wenn den verbalen Ergüssen blutige Taten folgen, geriert das Lachen des Publikums. Libysche Oppositionelle im Ausland wissen davon ein Lied zu singen - sofern sie die Vernichtungsfaktionen des Bruder Mummara überlebt haben. Auch politisch und militärisch schwache Staaten wie Tschad oder Sudan können sich der brüderlichen „Unarmungsversuche“ oft nur schwer erwehren. Somit läßt der jüngste Ausfall des Revolutionsführers Schreckliches befürchten: Nachdem er schon mehrmals „Strafsanktionen“ gegen die Regierung in Beirut gefordert hatte, drohte er nun allen Teilnehmern der Libanon-Gespräche unverhüllt mit Mord. Wo bleiben die internationalen Reaktionen auf diese Hatzreden? Was sagt die Arabische Liga als Vertreterin der Araberstaaten?

LES ECHOS

Die Fächer Wirtschaftswissenschaften befaßt sich mit der blutigen Kollaboration im Sudan. Afrika.

Oliver Tambo, der Chef des African National Congress (ANC) sagt, es handle sich hier um eine „normale Eskalation des Kampfes gegen die Apartheid“. Nach der gleichen fatalistischen Logik glaubt der südafrikanische Premierminister Pieter Botha, daß der Guerillakrieg sich bald in einen klassischen Krieg zwischen Südafrika und ihren schwarzen Nachbarn verwandeln wird. Im Mittelpunkt des Dramas stehen jene, die

Weiß und Schwarzen verbieten wollen, gemeinsam einen Aufzug zu benutzen oder ein Bett zu teilen. Manche Afrikaner glauben nicht an diese überflüssige Schlußfolgerung. Vor allem die Äthiopier, die Nigerianer und Kongoleesen, die genau wissen, daß der Lebensstandard eines südafrikanischen Schwarzen weit höher ist als der eines Schwarzen in jedem anderen Land des Kontinents. Wie auch immer die wirtschaftliche Lage sein mag, der Eindruck drängt sich auf, daß sich der ANC zum objektiven Komplizen des härtesten Rassismus gemacht hat.

MORGEN

Wer heißt es über Staats und die Dankschreiben.

„Wer für Harmonie ist, muß auch bereit sein, das Harmonium zu spielen“, schreibt Franz Josef Strauß der Bonner Koalition ins Notbuch. Das „Harmonium“ stellt sich der CSU-Chef als Koalitionsvorsitzenden vor, der es ihm erlaubt, in Bonn wieder mitzumischen. Der CDU-Vorstoß erinnert an den sogenannten Kressbronner Kreis von 1967-69, in dem die führenden Politiker der großen Koalition regelmäßig die Regierungsbeschlüsse vorbereiteten und vorentschieden. Darum geht es heute auch Strauß, der mit unterschwelliger Drohung signalisiert, daß Harmonie einen Preis hat, nämlich seine Einbindung in die Bonner Entscheidungsprozesse. Aber da gibt es Widerstände. Ein Koalitionsausschuß à la Kressbronner würde die Kreise von Kohl und Genscher sehr viel empfindlicher machen als die lästigen, aber letztlich doch peripheren Mißstände, von der Isar.

Ost-Berlin: Ein Staatsbürger hat vor allem nützlich zu sein

Das SED-Regime läßt dem Bürger nur die Wahl zwischen Erfüllungsgeliebtheit oder Verdammnis / Von Werner Kahl

Mit der Abschiebung mehrerer thüringischer Familien, Anhänger einer sporadischen Bewegung in Mitteleuropa, die sich für Abrüstung in West und Ost einsetzt, verrät die Ost-berliner Führung nicht nur Nervosität und Schwäche. Das SED-Regime läßt darüber hinaus keine Unklarheit bestehen, welche Bedeutung es der nach außen hin so nachdrücklich beanspruchten eigenen Staatsbürgerschaft für die Einwohner des sowjetischen Machtbereichs in der Praxis beilegt. Insofern dürften die jüngsten Ausweisungen von „DDR“-Bürgern für diejenigen Politiker einen Lernprozeß bedeuten, die als Konsequenz euphorischer Ost-Ausflüge während der siebziger Jahre darauf drängen, dem Regime den Umgang mit seinen Bürgern zu erleichtern und endlich auch die (noch gesamt-)deutsche Staatsbürgerschaft zu teilen.

Ein Vorgang wie die Abschiebung in den Westen bei gleichzeitiger Aberkennung der „DDR“-

Staatsbürgerschaft wirft ein Schlaglicht auf den Stellenwert der Beziehung Staat - Bürger und zugleich auf die Beschaffenheit der vorgeblichen sozialistischen Gesellschaft, deren Mitglieder allein schon wenn sie ihre Wunschvorstellungen vom Frieden auf den Marktplatz tragen, das totalitäre Staatsbürgerschaftsverständnis durch sofortige Verdammnis erfahren. Zum Verständnis verhilft der Satz: „Das marxistische Staatsbürgerschaftsverständnis“, so der „DDR“-Staats- und Rechtswissenschaftler Gerhard Riegel (Universität Jena), „nimmt nicht die zweiwöchigen wichtige rechtliche Regelung, sondern die tatsächliche gesellschaftliche Stellung des Menschen zum Ausgangspunkt.“ Wort- und phrasenreich beschreibt die neueste Abhandlung des Parteichefs die angeblich hochgeachtete Stellung des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft. Der Pferdefluß der Realität tritt indessen sofort hervor, wenn es zur tat-

sächlichen Staat-Bürger-Beziehung heißt, es sei nicht sinnvoll, wie im bürgerlichen Recht, einen Katalog einzelner Rechte und Pflichten zu ermitteln, die in ihrer Summe die rechtliche Substanz der Staatsbürgerschaft bilden. Die Einheitspartei verlangt vielmehr, daß sich „der Kreis derer, die im Besitz der Staatsbürgerschaft sind, im Prinzip mit den gesellschaftlichen Kräften deckt, die den sozialistischen Staat tragen, die sich seiner bedienen, um ihre Interessen zu verwirklichen“ (Prof. Gerhard Riegel, Staatsverlag in Ost-Berlin).

Der parteiamtliche Staatsrechtler bestätigt damit nur die Einschätzung westlicher Realpolitiker, wonach es sich bei den Personen im sowjetischen Machtbereich, die sich dort auf die eigene Staatsbürgerschaft berufen, im wesentlichen nur um einen elitären Funktionskreis handelt. Zwar flügt er in seinem 1982 erschienen Werk über die Staatsbürgerschaft in der „DDR“ an, es verstehe sich von selbst,

daß die von der sozialistischen Gesellschaft erwarteten Eigenschaften noch nicht bei allen Bürgern ausgebildet seien; Das Ideal sozialistischer Persönlichkeit ist noch nicht die Wirklichkeit.“ Die Verleihung der Staatsbürgerschaft kann nach dieser Theorie aber dazu beitragen, diese Persönlichkeit zu formen. Im konkreten Fall der Thüringer Ausweisung bedeutet das nichts anderes als das öffentliche Einverständnis der SED-Führung, Einwohner, die sich hartnäckig für den unteilbaren Frieden öffentlich einsetzen, müssen für das Selbstverständnis sozialistischer Friedensvorstellungen abgeschrieben werden. Dahinter taucht dann der Schatten der Sowjetthese vom Frieden auf, der nur so lange währen kann, bis der revolutionäre Krieg unvermeidbar geworden ist. Die Einheitspartei, die als Vorbild die Sowjet-Union für sich preist, läßt ihren Bürgern nur die Wahl zwischen Erfüllungsgeliebtheit oder Verdammnis.

Für die Betroffenen bedeutet

das jedoch keinesfalls die erhoffte Entlassung aus der „DDR“-Staatsbürgerschaft. Die Ausnahme stellt nach wie vor die Regel dar. Vor die Wahl gestellt, die thüringischen Friedensarbeiter außer Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst zu setzen oder sich die Sympathien niederländischer Kirchenkreise bei der Empfehlung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu verschmerzen, steckte das Regime im Fall der Zehn zurück. Gegenüber den Ausreisearbeitern 250 000 anderer Bürger, die lieber jahrelang Schikanen und Verfolgungen auf sich nehmen, um diesem Staat zu entkommen, bleibt Ost-Berlin hart. Sie, die sich ebenfalls nicht als Staatsbürger der ostdeutschen Sowjetrepublik betrachten, sollen nicht aus der Zwangsgemeinschaft entlassen werden. Was aber, wenn diese Bürger, wie es die sozialistische Gesellschaft für wünschenswert ansieht, „initiativreich“ Tätigkeiten im Dienst eines Ost und West umspannenden Friedens entfalten?

Das „Dioxin-Dorf“ fühlt sich von Paris verlassen

Von JOCHEN LEIBEL

Bauer Albert Carrette ist ein typischer Nordfranzose, hochgewachsen, breitbeinig und eigentlich sehr wortkarg. Doch seit vier Tagen redet der Besitzer von 220 Hektar Zuckerrüben-Land wie ein Sturzbach. Er schimpft, wettet, protestiert und klagt an. Direkt neben seinem Hof in Angoulême nämlich, nur getrennt durch eine dünne Mauer aus rotem Ziegel, wurden die 41 Dioxin-Fässer im Hof einer ausgedienten Schlachtereie entdeckt, nach denen in ganz Europa gefahndet worden war. „Das tödlichste Gift, das die Menschheit zur Zeit kennt“, hat Albert Carrette aus dem französischen Fernsehen erfahren.

Doch bis heute weiß der Bauer nicht, ob er nachträglich irgendwelche Schutzmaßnahmen treffen, ob er seine Kühe untersuchen, seine beiden Söhne vorsichtshalber zu Verwandten schicken soll. „Niemand ist gekommen, um uns aufzuklären und zu beruhigen“, wütet der eigentlich so zurückhaltende Mann. „Für die Herren in Paris existieren wir nicht.“

So wie Bauer Carrette reagieren die meisten der 320 Bewohner von Angoulême. Sie fühlen sich von Gott und der Welt verlassen, vor allem aber von ihrer Regierung. Die in Paris ignorieren uns. Im Fernsehen hat die Umweltschutzministerin sogar den Namen unseres Dorfes völlig falsch ausgesprochen. „Elaine Debout, die Frau des Weinhandlers, ist fassungslos.“

„Wenn sie korrekt gelagert sind, dann bedeutet die Dioxin-Fässer keinerlei Gefahr“, hatte am Tag nach der Entdeckung Giuseppe Regiani erklärt, einer der Verantwortlichen der Schweizer Firma Hoffmann-La Roche. Doch diese beruhigenden Worte fielen in Paris – bis ins Dorf Angoulême – wie in den gedungen. Und zwischen dem Schloß aus dem 18. Jahrhundert, der Dorfkirche und den behäbigen Großhöfen macht sich Furcht breit. Die Furcht vor einem unsichtbaren tödlichen Feind, über den bisher – niemand in diesem kleinen Dorf Auskunft bekommen konnte.

Noch in der Fundnacht war Bürgermeister Roger Lequeux vor den Dorfbewohnern bestürzt worden. „Was passiert nun, Roger?“ „Werden die uns jetzt Ärzte schicken?“ Doch der Bürgermeister war genauso ratlos – und blieb es bis heute. „Ich sehe den Vertreter des Ministeriums nur im Auto vorbeischnellen. Angehalten hat er nicht“, so Roger Lequeux.

Eines Tages nach der makabren Entdeckung berief der Bürgermeister eine Sonderberatung des Gemeinderats ein. Dorfbüttel Michel Guibert wanderte durch die beiden Straßen und informierte. „Ich brauchte nicht einmal in die Häuser zu gehen. Die Leute stürmten nur so auf mich zu.“

„Zuerst so viel Vorsicht
und dann bei uns nichts“

Doch im überfüllten Gemeinderat gab es so gut wie nichts Neues. Die Firma Hoffmann-La Roche hatte zwar einseitiges Dossier deponiert, aber darin war nur zu erfahren, wie das Dioxin in den Fässern gelagert war. „Ich habe eigentlich nur erfahren, daß Dioxin gefährlicher ist als die Atombombe“, schimpfte Theodore Hagaux, ein pensionierter Eisenbahner.

Anhand von Farbfotos konnten die Dorfbewohner sehen, daß die dioxinversuchten Kleidungsstücke und Gerätschaften in Seveso in Plastiksäcken gesteckt wurden. Diese Säcke kamen in ein kleines Blechfaß, und das wiederum wurde umhüllt von vielen Schichten Plastik, in das große Stahlfäß gesteckt. „Diese genaue Beschreibung hat uns eigentlich nur noch mehr beunruhigt“, sagte Annie Carrette, Mitglied des Gemeinderates, „zuerst so viele Vorsichtsmaßnahmen und dann hier bei uns nichts.“

In der Tat hat sich seit dem Tag des Fundes kein einziger Offizieller in Angoulême sehen lassen. „Am liebsten würde ich meinen Vorschlaghammer nehmen und in Paris alles kurz und klein schlagen.“ Dorfschmied François Vaillant ist rot vor Wut, als er seinen Teil zum Thema beisteuert.

Im Gemeinderat versuchte man ruhiger zu sein. Einstimmig wurde beschlossen, offizielle Protestbriefe an die Behörden zu schicken, einen an die Umweltschutzministerin Hugette Bouchardeau, einen an den Präfekten des Departements und einen an den Generalrat. „Wir verlangen, daß jetzt das Wasser und der Boden hier analysiert werden. Bevor das nicht geschehen ist, haben wir doch keine Ruhe“, so der Bürgermeister. Der Vorschlag eines Bauern, von der Firma Hoffmann-La Roche eine Entschädigung zu fordern, wurde verworfen – bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen.

Erstes Opfer der Dioxin-Hysterie in Angoulême wurde die Kindergärtnerin. Die junge unerfahrene Frau hatte am Tag nach der Entdeckung die glorreiche Idee, mit ihren Dreijährigen in den Hof zu wandern, wo einige Stunden vorher noch die Dioxin-Fässer standen. Die Kinder verstanden natürlich nichts, die Eltern dafür um so mehr. Der „Ausflug“ des Kindergartens wurde im Gemeinderat zur Sprache gebracht. Eine Beschwerde über die junge Frau ging ans Erziehungsministerium.

Die Bürger wollen wissen,
ob für sie Gefahr besteht

Außerlich herrscht in Angoulême wieder Ruhe. In der Nacht zum Freitag ging die Dorfstraße einem Heerlager, mit Armeeleuten, Gendarmen, blauen Signalen und blitzenden Blaulichtern. Das militärische Aufgebot ist wieder abgezogen – und die Straße leer wie eh und je. „Aber das ist ja das Schlimme“, wettet Albert Carrette, „hier müßte es jetzt wie ein Ameisenhaufen sein. Chemiker müßten hier arbeiten, fahrbare Laboratorien müßten Bodenproben entnehmen. Wissenschaftler müßten uns aufklären, ob wir wirklich in Gefahr schweben oder nicht.“

Carrette will es nicht bei den drei Briefen belassen. „Wenn das Ministerium uns nicht antwortet, dann machen wir hier eine Revolution. Dann setzen wir uns alle auf die Traktoren und fahren nach Paris. Und dann werden endlich auch die Herren dort erfahren, daß Angoulême existiert, selbst wenn es es bisher nicht glauben.“

Der Mann, der diese ganze Aufregung verursacht hat, sitzt seit dem 30. März in Saint-Quentin in Beugehaft. Noch im Verlauf des gestrigen Dienstag sollte entschieden werden, ob der französische Industrielle Bernard Paringaux zur Untersuchung seiner Schuld weiter in Haft bleibt oder freigelassen wird. Paringaux, der offenbar die 41 Dioxin-Fässer in Angoulême verschwinden ließ, hat durch seine Anwälte die Freilassung beantragt. Über diesen Antrag vom Donnerstag wollte Untersuchungsrichter Régis Vanbasbrouck erst gestern entscheiden, und zwar unter Hinweis auf eine Klage, die von einem Umweltschutzverband gegen Paringaux eingereicht wurde.

In Frankreich kursieren Gerüchte, daß in die Affäre der Geheimdienst verwickelt sei. Von einem hohen Polizeioffizier in Lille wollen französische Journalisten indirekt eine Bestätigung für diese Vermutung bekommen haben. Danach soll die französische Spionagesabwehr Polizei und Justizbehörden diskret darum gebeten haben, Paringaux nicht allzu hart anzufassen.

Man erinnert daran, daß der Industrielle während des Krieges eine hohe Funktion im französischen Widerstand hatte. Aus dieser Zeit, so wird vermutet, unterhalte er noch beste Kontakte zur Spionagesabwehr.



Eine Stadt wie ein Museum: Vor dem „House of Burgesses“, dem Capitol von Williamsburg, ein Spielmannszug in historischer Tracht; rechts der Gouverneurspalast. FOTOS: KATHERINE YOUNG

Begegnung mit der Wiege einer freien Nation

Von TH. KIELINGER

Der Kontrast zu Versailles könnte nicht schärfer ausfallen. Dort der Glanz und das imposante Ornament höfischer Schau, hier die bürgerliche Aufgeklärtheit der Kolonialstadt im Grünen. Dort der strenge Frunk der Le Nôtre'schen Gartenanlagen, hier die lichte Einbindung der Natur, wie sie seit dem 18. Jahrhundert in britischen und überseeischen städtischen Anpflanzungen wie Williamsburg zu beobachten ist.

Williamsburg, wo sich die Spitzen der westlichen Welt am Wochenende zum Wirtschaftsgipfel treffen, verhält sich zu Versailles, wo das letzte Treffen stattfand, wie ein Picknick zum Hofball. Das ist kein Kommentar über das Niveau von Weltwirtschaftsgipfeln. Vielmehr treten wir hier, in der ehemaligen Hauptstadt des „Commonwealth of Virginia“, in eine neue Kulisse ein. Es herrscht die Schlichtheit des vorrevolutionären Amerika, das Pflichtbewußtsein, die Geselligkeit, der Stolz der Notablen von Virginia, seiner Gelehrten, Händler, Plantagenbesitzer, die sich im Abgeordnetenhaus, dem „House of Burgesses“, dem Gemeinwohl verschrieben.

Nichts ist pompös, nicht einmal die Maße der offiziellen Gebäude Capitol (House of Burgesses) und Gouverneurspalast. Um die Bürgerhäuser entlang der Duke of Gloucester Street, der 30 Meter breiten Hauptachse von Williamsburg, herrscht Raum, laut al-

ten Vorschriften ein Drittel Hektar Land für Viehzucht, den Obstbau, die Pferdekoppel. Das ist das eigentliche Maß von „Colonial Williamsburg“: die Ausdehnung der Freiheit.

Denn in diesem Flecken, wo sich die acht Staats- und Regierungschefs (eingeschlossen EG-Präsident Gaston Thom) von Samstag bis Montag zu ihrem neunten Wirtschaftsgipfel treffen, brachen in der sechziger und siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts die Ideen der amerikanischen Revolution als die Aussart der Neuzeit aus dem Boden. Hinter der Fassade von „Raleigh's Tavern“, wo unsere Gipfelpolitiker am Sonntag ihren Lunch einnehmen, nahmen vor 210 Jahren die erhitzen Gemüter eines Thomas Jefferson, eines Patrick Henry, der Gebrüder Lee und anderer den Gedanken des Abfalls von England begierig in sich auf.

In „House of Burgesses“, dem historisch ersten Capitol (Parlamentsgebäude) der gesamten Neuen-England-Staaten, werden die acht Konferenzteilnehmer, wenn sie sich am Sonntagfrüh treffen, vielleicht noch das Echo des großen Rhetors Patrick Henry vernehmen, wie er 1775 gegen den „Stamp Act“ – eine Steuer auf jede Form von Drucksachen – des britischen Parlaments zu Felde zieht. Wer unter den Gipfelpartnern Anno 1983 wird seine Stimme erheben und ein zweiter Patrick Henry sein wollen, als Ankläger gegen amerikanischen Hochmut und das US-Haushaltsdefizit? Der Franzose Mitterrand?

Virginia war nur äußerlich das gelassene Großreich der Neuen Welt, treu ergeben der Royalität und dem Tabakanbau. In Wahrheit beherbergte es eine illustre Ansammlung aufsteigender Söhne der künftigen Republik: George Washington, Thomas Jefferson, Patrick Henry, George Mason, Edmund Pendleton, George Wythe und viele andere. Die meisten von ihnen dienten jahrelang als Abgeordnete oder Schreiber in der Bürgerversammlung, eine patriotische Pflicht des Landlord oder des Intellektuellen. Andere, so auch Henry oder Jefferson, wurden die ersten Gouverneure des unabhängigen Bundesstaates Virginia. Alle erschienen sie als „founding fathers“, als Gründerväter der amerikanischen Republik.

Wenn überhaupt einem einzelnen Staat, dann gehörte Virginia und seiner zweiten Hauptstadt Williamsburg – sie war Hauptstadt von 1699 bis 1780, nach Jamestown und vor Richmond – das Urheberrecht am Freiheitstext, der Unabhängigkeitserklärung. Hier wurde im Mai 1776 die erste Resolution zum Abfall von England im „House of Burgesses“ ohne Gegenstimme angenommen. Hier verabschiedete die Bürgerversammlung einen Monat später die von George Mason entworfene „Bill of Rights“ von Virginia, die zum erstenmal die Doktrin in Worte faßte, welche Jefferson dann in Philadelphia in den Entwurf zur Unabhängigkeitserklärung übernahm. Es waren die auf-

ständischen Virginier, die sich bis zuletzt weigerten, die neue Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787 anzunehmen. Erst als sie durchgesetzt hatten, daß eine eigene „Bill of Rights“, die ersten zehn Zusätze der amerikanischen Verfassung, 1791 mitverabschiedet wurden, gaben sie nach.

In dem friedlichen Museum, genannt Williamsburg, liegt ein ehrwürdiger Schrein der amerikanischen Freiheitsbewegung aufbewahrt. Und wieder der Kontrast zu Versailles: dort der Gipfel des Ancien Régime, königliche Entfaltung am Ende ihrer Zeit, hier der Anbruch der Zeit der Bürger und ihrer Rechte, wie sie über ein Jahrzeit später dann in Paris und ja auch in Versailles eingeklagt wurden.

Colonial Williamsburg, wie die Stadt heute genannt wird, bildet mit dem nahegelegenen Jamestown und Yorktown ein Dreieck amerikanischer Geschichte. In Jamestown kam es zur ersten Besiedlung Virginias, in Williamsburg blühte das Commonwealth, das damals bis an die Großen Seen und westlich bis an den Mississippi reichte, zum erstenmal auf. In Yorktown schließlich kapitulierte 1781 der letzte britische Befehlshaber, Lord Cornwallis, vor den vereinten Kräften Washingtons, Rochambeaus und Lafayette's.

Es ist nur einem besonderen Glück zu verdanken, daß Williamsburg dieses Juwel historischer Restauration in den USA überhaupt überlebt hat. Die Stadt verfiel rasch, nachdem sie Ende des 18. Jahrhunderts an Richmond den Regierungssitz abgeben mußte. Viele der namhaften Gebäude wurden entweder ein Opfer von Feuersbrünsten oder erlagen dem Verfall. Nur das „William and Mary“-College, die nach Harvard älteste Universitätsgründung der Staaten (1693), konnte seinen Wert und seine Bedeutung erhalten.

Das Glück kam auf Williamsburg in Gestalt zweier Männer zu, die sich 1926 zusammaten, um das versunkene Erbe von Virginias alter Hauptstadt zu bergen und auf neuzeitlichen Glanz zu bringen. William A. R. Goodwin, Pfarrer an der presbyterianischen St. Bruton-Kirche von Williamsburg, hatte als erster, durchdrungen von historischem Feuer und grenzenlosem Unternehmertum, die muskulen Schätze seiner Heimat erkannt. Er nahm 1926 Kontakt zum größten Ölmagnaten und Philanthropen der USA, zu John D. Rockefeller Jr. in New York, auf, um ihn für das Projekt einer historisch rekonstruierten amerikanischen Kolonialstadt zu begeistern.

Rockefeller leitete ein Riesenum-
ternehmen von Gründungen und
Wohlfahrtsprojekten, eine von sei-
nem Vater begonnene Tradition.
Auch in der Restauration von Ver-
sailles und der Kathedrale von
Reims steckten bereits Millionen
seines Konzerns, „Mr. Junior“, wie
sein Stab ihn liebevoll nannte,
brauchte nur zwei Besuche, 1926
und 1927, um sich von der Idee des
wiedererweckten Williamsburg be-
geistern zu lassen.

Es standen von der alten Sied-
lung noch, mehr oder weniger gut
erhalten, 86 Gebäude. Diese galt es
zunächst zu renovieren. Nach pein-
lich genau recherchierten Unter-
lagen wurden dann zusätzlich etwa
neunzig Holzhäuser und Steinbauten
von Grund auf neu errichtet,
darunter sowohl der Gouverneurs-
palast – in dem am Sonntagabend
ein Gipfel-Dinner gegeben wird –
wie auch das „House of Burges-
ses“. Beide entstanden bereits Mitte
der dreißiger Jahre neu.

John und Abby Aldrich Rocke-
feller entschieden sich früh für Wil-
liamsburg als einen ihrer Wohnsit-
ze. In Bassett Hall nahmen sie von
einem der prachtvollsten Herren-
häuser und Parkanlagen Besitz.
Rockefeller selber überwachte, so
gut er konnte, die Wiedererweckung
der Stadt zu neuem Leben.
Größter Wert wurde auf die gärtne-
rische Anlage gelegt, die sich heute
zusammen mit dem städtischen
Plan zu einer der gelungensten
Landschaften frühbürgerlicher Kultur
in Amerika entwickelt hat.

An die hundert Millionen Dollar
sind inzwischen in die „Colonial
Williamsburg Foundation“ geflossen.
Amerikanische historische Res-
tauration hat mit Williamsburg
wichtige Antriebe bekommen.
Wichtiger noch ist der erzieheri-
sche Auftrag, den John D. Rocke-
feller seinem Lieblingsprojekt mit
auf den Weg gab: daß die Zukunft
aus der Vergangenheit lerne.

Für die Millionen von Amerika-
nern, die jährlich nach Williams-
burg pilgern, eröffnet sich zwi-
schen den historisch-gekreuzten
Häusern, Tavernen, Handwerks-
stätten, zwischen den Angestellten
der „Williamsburg Foundation“,
die in historischen Kostümen und
auf Kutschen paradiert die Stra-
ßen entlangwallen, mehr als nur
ein Museum ihrer Geschichte: Es
eröffnet sich die Perspektive ihres
Selbstverständnisses, die Geburt
der Nation aus dem Geist der Frei-
heit.

Ich weiß nicht, was für einen
Weg andere einschlagen wollen,
aber was mich angeht – gib mir
Freiheit, oder gib mir den Tod.“ So
hießen die berühmten Worte Patrick
Henrys durch die Wandelgänge der
amerikanischen Geschichte.



Im „Williamsburg Inn“ werden die hohen Gäste des Weltwirtschaftsgipfels zu Hause sein. FOTO: THE WILLIAMSBURG FOUNDATION

Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende
Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr
Geld nicht lange festlegen. Sie können
beides haben: kurze Laufzeit von
1 oder 2 Jahren und sicheren, festen
Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen
des Bundes.

Sie zahlen z.B. 888,- DM ein und erhalten nach zwei
Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 112,- DM. Das
sind 6,12% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt



die Rendite 5,10% (heutige Zins-
verhältnisse).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht
möglich. Finanzierungs-Schätze gibt
es ab 1.000,- DM bei allen Landes-
zentralbanken, bei Banken und Sparkas-
sen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere

Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.
Die „kurz & gut“ Anlage

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswert-
papiere Postfach 23 28 8000 Frankfurt 1 Tel.:
(06 11) 55 07 07 schreiben, erhalten Sie ausführliche
Informationen über Bundeswertpapiere. W 16

Name: _____
Adresse: _____

Ärztestreik in Israel gemildert

RS/dpa, Jerusalem

Nach zweitägiger Abwesenheit sind Israels Ärzte wieder in die staatlichen und gewerkschaftseigenen Krankenhäuser zurückgekehrt. Sie wollen allerdings ihrer Forderung nach einer 100prozentigen Gehaltserhöhung weiterhin mit einem Bummelstreik Nachdruck verleihen. Gesundheitsminister Elizer Schostak zog daraufhin eine auf der Grundlage der Notstandsgesetze erlassene Anweisung zur Wiederaufnahme der Arbeit zurück, ohne jedoch das Angebot der Begleitung an die Ärzte - 22 Prozent mehr Gehalt - aufzustocken. Ein Kompromiß in dieser ersten derartigen Auseinandersetzung mit den 8500 Ärzten im Staatsdienst und im Sold der Gewerkschaftsrankenkasse „Kupat Cholim“, die nach Angaben ihres Verbandes monatlich im Schnitt 1200 Mark verdienen, ist noch nicht in Sicht.

Während der totalen Arbeitsniederlegung am Sonntag und Montag waren, im staatlichen Rundfunk verlesen und vergaß dabei auch nicht den Hinweis, daß jeder, der die Aufforderung zur sofortigen Arbeitsaufnahme nicht befolge, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden könne. Die Krankenhäuser des Landes standen nach Zeitungsberichten „kurz vor dem Zusammenbruch“, als die Ärzte gestern wieder ihren Dienst aufnahmen.

Die Regierung ließ die Namen von 1300 streikenden Ärzten, die während dieser Tage meist unterwegs waren, im staatlichen Rundfunk verlesen und vergaß dabei auch nicht den Hinweis, daß jeder, der die Aufforderung zur sofortigen Arbeitsaufnahme nicht befolge, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden könne. Die Krankenhäuser des Landes standen nach Zeitungsberichten „kurz vor dem Zusammenbruch“, als die Ärzte gestern wieder ihren Dienst aufnahmen.

Wie die Bundeswehr der „Friedensbewegung“ begegnet

Sicherheitspolitische Arbeitstagen für Offiziere / Informationen über Struktur und Ziele / Schulung für die Diskussion in der Öffentlichkeit

Von MANFRED SCHELL

Offiziere der Bundeswehr haben nicht die Aufgabe, aktiv Politik zu betreiben, aber sie müssen angesichts der zunehmenden Problematik der zentralen Lebensbereiche gewappnet sein, auf politische Prozesse reagieren zu können. Nicht zuletzt die an Breite und auch an Emotion zunehmenden Auseinandersetzungen über die Rüstungsproblematik und die Wege zur Friedenssicherung haben das Bundesverteidigungsministerium bis hinunter zur Ebene der Einheitsführer „Sicherheitspolitische Arbeitstagen“ anzuordnen.

Die Absichten, die den Erlaß dieses Grundsatzbefehls tragen, sind einleuchtend: Soldaten neigen dazu, militärtechnisch und in Zahlen zu denken. Aber sie tun sich häufig sehr schwer, dieses hohe „Faktenwissen“ in Gesamtzusammenhänge einzuordnen und, worin die besondere Schwäche liegt, in emotionalen Diskussionen zur Geltung zu bringen.

Eine dieser „Sicherheitspolitischen Arbeitstagen“ der Luftwaffe fand in diesen Tagen in der Technischen Schule der Luftwaffe in Lechfeld statt. 44 Offiziere hatten sich unter der Gesamtleitung von General Andris Schlieper (für Rüstungsangelegenheiten der Luftwaffe zuständig) dort versammelt. Die angereisten Offiziere spürten die Problematik, vielleicht bei Raketen einheiten mehr als anderswo. Mancher schon hat, wie später ein Teilnehmer freimütig

formulierte, bei einer Podiumsdiskussion „einer Mafia“ gegenübergelesen.

Das Lehrteam in Lechfeld bestand aus zwei Personen: Oberst Gerkath und Korvettenkapitän Hoffmann vom Streitkräfteamt, zwei Offiziere, die über viel Hintergrundwissen verfügen und dank ihrer rhetorischen Fähigkeiten keine Langeweile aufkommen lassen. „Sachkundig und selbstbewußt“, so hat der neue Generalinspekteur Altenburg betont, solle der Soldat seinen Standpunkt vertreten. General Schlieper machte in seiner Einleitung die Tragweite der augenblicklichen Diskussionen deutlich, in dem er an die Auseinandersetzungen über die Verteidigung in den fünfziger Jahren erinnerte.

Dieser Spannweite der Auseinandersetzungen versucht die Bundeswehr dadurch gerecht zu werden, daß sie ihre Sicherheitspolitischen Arbeitstagen nicht auf „NATO-Doppelbesuch-Seminare“ reduziert. Aber General Schlieper zog auch einen klaren Trennungsschritt: Die politische Agitation ist nicht die Aufgabe des Soldaten.

Keine Waffenfetischisten

In Lechfeld saßen abwägende, auch für Ängste sensible Offiziere, keine Waffenfetischisten, Offiziere, die aber auch wissen, daß es ohne eine moderne Ausrüstung angesichts der Bewaffnung des potentiellen Gegners nicht geht. Hier wurde differenziert vorgetragen und argumentiert.

Diese Grundlinie begann bei der Bewertung der Friedensbewegung, von der Kapitän Hoffmann meinte, auf sie könne man nicht so ohne weiteres das „Links-Rechts-Schema“ anwenden, sie habe auch „ernstzunehmende“ Fragen gestellt. Die verschiedenen Gruppierungen seien ideologisch zerstückelt und organisatorisch zerstritten. „Ihre Breite ist zugleich ihre Schwäche“. Um die eigene Grundlage nicht zu gefährden, würden „Ängste sorgsam konserviert“. Die einseitig doktrinaire Besetzung des Begriffs Frieden gehöre zu diesem Bild. Die Rolle der DKP, ihre organisatorische, finanzielle, auch ihre ideologische Einflußnahme, wurden von dem Marineoffizier als noch nicht dominierend dargestellt.

Manche der Offiziere, die sich anschließend zur Diskussion meldeten, unterstellten dagegen der DKP und der dahinter stehenden Sowjetunion eine kräftige Steuerungsfunktion. General Schlieper taktierte die Stimmungen aus: Die Friedensbewegung werde von den Kommunisten benutzt. Aber man könne nicht die gesamte Bewegung als Kommunisten abstempeln.

Die Fragestellungen, wie „man uns sicherer machen kann“ in der Argumentation, wurde von Unmut begleitet, der viele Facetten hatte. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit wurde gefordert, ebenso die Entscheidung der Kultusminister, im Schulunterricht endlich auch die Sicherheitspolitik zu behandeln. Ein Offizier stellte die Frage: Wo werden die Werte der Demokratie

vermittelt? Auch von den Politikern wünschte man sich mehr Engagement.

Eingebettet wurde die Diskussion der Offiziere in Lechfeld in die vertragspolitischen und militärstrategischen Elemente, auch die ideologische Zielsetzung der Sowjetunion wurde von Oberst Gerkath sehr deziert dargestellt. „Abschreckung“ ist dann perfekt, wenn sie auch „im Kopf des anderen funktioniert“, wenn auf der anderen Seite Illusionen über die Gewinnbarkeit eines Krieges verhindert werden. Insofern, so Oberst Gerkath, hat auch die Pershing 2 eine „politische Aufgabe“. Dies sollte bei „Untergangsszenarien“ nicht vergessen werden, ebenso wenig, daß es letztlich um einen Systemkonflikt geht.

Mühselige Aufklärung

Dieses abgestufte Verfahren, das die Fähigkeit einschließt, auf Bedrohungssituationen entsprechend flexibel zu reagieren, ist sicherlich nicht-Fachleuten - und dies trifft auf die große Mehrheit der Bevölkerung zu - nur in einem mühseligen Aufklärungsprozeß zu vermitteln. Die Strategie der NATO zielt auf Kriegsverhinderung ab, und zwar mit Erfolg: Seit 38 Jahren hat es in Mitteleuropa keinen Krieg mehr gegeben.

Zum Rüstzeug eines Soldaten gehört heute auch das Wissen und die Interpretation „alternativer Strategien“. Die wohl wirklichkeitsfernste davon ist die „so-

ziale Verteidigung“ (Ebert), die im Besatzungsfall auf die Mobilisierung der sozialen Institutionen und auf ein kollektives Märtyrertum setzt. Die individuelle Leidensfähigkeit wird dabei überschätzt. Anders sehen die Vorschläge von Afholdt aus, der Tausende von Soldaten-Zellen vorschlägt, die über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verstreut liegen sollten. Sie wären aus seiner Einschätzung heraus nur sehr schwer verwundbar. Die Gegenargumente wiegen schwer: Die Gebietsverluste wären untragbar hoch und die Abschreckungskraft eines solchen Verteidigungssystems relativ gering. Das „volksnahe Verteidigungskonzept“ raumdeckend, wie es der frühere General Löser vorge schlagen hat, würde eine Militarisierung des öffentlichen Lebens schon zu Friedenszeiten voraussetzen.

Am Ende der Tagung hatte sich bei den Offizieren das Gefühl verstärkt, daß sie in der Friedensethik nicht mit gegenseitigen Aufrechnen von Waffenarsenalen und Militärdoktrinen durchschlagend argumentieren können, sondern daß das kriegsverhindernde Ziel der NATO und der Bundeswehr - der in der Verfassung ein Angriffskrieg verboten wird - herausgestellt werden muß. Das setzt freilich auch den Mut voraus, die „stabilisierende und friedenssichernde Funktion“ (Oberst Gerkath) von Nuklearwaffen hervorzuheben, ebenso wie die natürlichen Zusammenhänge zwischen Rüstungskontrolle und Verteidigungspolitik deutlich zu machen.

„Prawda“ lobt Buch Tschernenkos über Parteiarbeit

dpa/fm, Moskau

Die sowjetische Parteizentrale „Prawda“ hat gestern ausführlich ein Buch des Politbüromitgliedes Konstantin Tschernenko über die Festigung der Leninischen Methoden in der Parteiarbeit besprochen. Beobachtet in Moskau werden dies als ein „politisches Lebenszeichen“ Tschernenkos, der zu Lebzeiten Breschnevs als dessen möglicher Nachfolger angesehen wurde, seit Ende März aber nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sehen war.

Das Buch werde sich als „gute Hilfe für die Parteikader“ und alle Kommunisten erweisen, hieß es in der „Prawda“. Unter dem Titel „Gefestigte Verbindungen mit den Massen“ zeigten Kommentar und abgedruckte Zitate des Buches in einer Besprechung des Parteiorgans an, daß Tschernenko seiner politischen Linie treu geblieben ist: In verknäuelter Form und eher mahnend kritisiert er wie seit Jahren Entscheidungsschwächen, Inkompetenz und Praxisferne vieler Funktionäre des Parteiapparates. Seine Aufsätze und Reden, die bereits als Bücher veröffentlicht wurden, lassen die Sorge erkennen, daß es zu einer wachsenden Entfremdung zwischen der Partei und der Bevölkerung kommen könnte. Dabei hatte Tschernenko sogar einmal das warnende Beispiel der polnischen Entwicklung angesprochen. Was er unter „sozialistischer Demokratie“ versteht, läuft darauf hinaus, dieser Gefahr durch lebendigere Beziehungen zwischen oben und unten zu begegnen.

Wissen Sie, wie groß der Unterschied zwischen einem Diesel und einem Mercedes-Diesel ist?



Ausgereifte Technik auf der Basis von 50 Jahren Erfahrung, die Ihnen kein anderer Hersteller bieten kann.

Jedem Mercedes-Diesel - und damit auch seinem Besitzer - kommen die rund 50 Jahre Erfahrung zugute, die kein anderer Hersteller von Diesel-Modellen hat.

Ein weiterer, wesentlicher Unterschied: Mercedes-Benz baut Dieselmotoren nicht einfach wie andere in vorhandene Benziner-Karosserien ein. Sondern mit hohem technischem-konstruktivem Aufwand in Automobilen,

die auf die speziellen Anforderungen des Diesels umfassend vorbereitet sind. Unter prinzipiellern Verzicht auf oberflächliche, modisch einseitige Lösungen.

Daraus ergeben sich Vorzüge wie etwa der beispiellos niedrige Geräuschpegel - bei einem Mercedes sind Dieselantrieb und Komfort eben keine Gegensätze.

Prüfen Sie einmal, ob es einen Diesel gibt, der Ihnen den großzügigen Raumkomfort dieser Mercedes-Klasse bietet. Oder die vielgerühmte Verarbeitungsqualität - bis ins Detail. Oder das Höchstmaß an aktiver und passiver Sicherheit, die von jeher als vorbildlich gilt.

Statt eines „Alibi“-Diesels eine individuelle Diesel-Modellreihe.

Mercedes-Diesels waren und sind keine Einzelstücke in einem sonst reinen Benziner-Programm, sondern wurden immer als eigenständige, umfassende Modellreihe entwickelt.

Für jeden individuellen Anspruch gibt es den Mercedes-Diesel nach Maß: die Limousinen 200 D, 240 D und 300 D sowie die T-Modelle 240 TD, 300 TD und 300 TD Turbo-Diesel. Von 44 kW (60 PS) bis 92 kW (125 PS).

Bei anderen Herstellern werden Sie vergeblich nach einer solchen ausgewogenen und bewährten Programmvietelfalt suchen.

Mercedes-Diesel: eine Investition, die sich auszahlt.

Zu der umfassenden Wirtschaftlichkeit eines Mercedes Diesels zählen ganz wesentlich seine Zuverlässigkeit, Langlebigkeit und der herausragende Wiederverkaufswert, der unübertroffen ist.

Mehr Informationen über die neuesten Diesel-Modelle erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon einsenden an:

Daimler-Benz AG, Abteilung VOL/VP-V, Postfach 202, 7000 Stuttgart 60.

Name _____
Straße _____ Nr. _____
PLZ _____ Ort _____



Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Amnesty-Gewaltklausel umstritten

GEORG BAUER, Hamburg

Mit einem leichten Unbehagen lehnten manche Mitglieder der deutschen Sektion der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (AI) von der Jahreshauptversammlung in Kiel nach Hause zurück. Die Diskussion über die Gewaltklausel, nach der - anders als bisher praktiziert - auch aus politischen Gründen Inhaftierten geholfen werden soll, die in ihren Ländern Gewalt als letztes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in einer Diktatur befürworteten, hatte in der Ostseehalle zu langen und heftigen Auseinandersetzungen geführt. Das Ergebnis: Der umstrittene Punkt soll in den 635 Adoptionsgruppen der Bundesrepublik weiter besprochen werden.

Die Gegner der Gewaltklausel, die an der bisher geübten Praxis festhalten wollen, befürchten einmal, daß mit der "neuen Diskussionswelle" die Arbeit in den einzelnen Gruppen mit der unmittelbaren Befreiung der Gefangenen belastet wird. Vor allem aber fürchten sie, daß die deutsche Sektion einen Weg einschlägt, an dessen Ende der Bruch mit dem Hauptbüro in London stehen könnte. Die AI-Zentrale, die nach dem Statut ebenso wie die 42 nationalen Sektionen rund um den Globus einer Satzungsänderung zustimmen muß, steht der in Deutschland geführten Debatte reserviert gegenüber. Für London, so war in der Schleswig-Holsteinischen Landeshauptstadt zu vernehmen, führe nur die bisherige Haltung zum Erfolg.

Einen ersten vorsichtigen Vorstoß zur Änderung der Bestimmungen, die in eine Ausweitung der Adoption münden würde, unternimmt die deutsche Sektion Ende August auf der internationalen AI-Tagung in Paris. Auf Beschluß der Jahreshauptversammlung soll in der französischen Hauptstadt über Gefangene gesprochen werden, die in ihren Heimatländern durch zivilen Ungehorsam gegen nationale Gesetze verstoßen haben und verurteilt wurden.

Der neue Bundesvorsitzende, der 37jährige Jurist Reinhard Marx aus Gießen, erklärte bereits: "Wir müssen Kriterien finden, um zu wissen, was ziviler Ungehorsam und gewaltfrei Widerstand ist. Die nationale Rechtsprechung kann für uns kein Maßstab sein." Ziviler Ungehorsam sei unter Umständen als Waffe zu akzeptieren, sofern er die einzige Möglichkeit zur politischen Arbeit sei und die Chancen, die Gesetze böten, voll ausgeschöpft worden seien. Ausdrücklich betonte Marx, daß keine Gefangenen in AI-Obhut übernommen werden sollen, die zur Gewalt geäußert hätten.

Auch die Wahl des neuen AI-Chefs seit Freitagabend Nachfolger des aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Wolfgang S. Heinz verdeutlichte die Problematik. Eine hohe Zahl von Neinstimmen zeigte, daß Marx - der einzige Kandidat - nicht das rückhaltlose Vertrauen der Basis hat. Der Jurist, ein Fachmann auf dem Gebiet des Asylrechts, ist ihrer Meinung nach Experte der neuen Richtung, der als neuer AI-Kapitän bewährte Arbeitsmethoden über Bord werfen könnte.

Parlamentarier und der Wunsch nach mehr Geld

Frage der Diätenerhöhung steht im Herbst wieder an

KERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel von der CDU stellt nur die Spitze eines Eisbergs dar. Niegel, der eine Erhöhung der Abgeordneten-Diäten um 40 000 Mark jährlich forderte und sich damit zum Prügelknaben der Nation machte, weiß mit seinem Wunsch nach mehr Geld an die 500 Kollegen hinter sich.

Keine Berufsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland muß so sehr um Aufbesserung der jeweiligen Bezüge kämpfen wie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Bis zum Herbst 1983 werden dazu noch eine Menge Argumente geliefert werden, denn dann ist der für die Abgeordneten alle zwei Jahre zu erstellende Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung im Sinne des Artikels 48, Absatz 3 des Grundgesetzes fällig. Bundestagspräsident Rainer Barzel hat von seinem Amtsvorgänger Richard Stücklen eine Art "Erlaß" übernommen. Denn unter dem Druck von Sparbeschlüssen und öffentlicher Meinung ist es seit 1977 nicht mehr gelungen, die Bezüge der Volksvertreter von der Zahl der Abgeordneten zu trennen. In seinen Fundus greift, ist (steuereffizient) und 4500 Mark (Kostenausschüttung) (steuerfrei) der Geldentwertung anzupassen. Und

von der Erste-Klasse-Netz-karte der Bundesbahn über das kostenlose Fliegen im Inland, dem Gratis-Büro und Gratis-Telefon im Bundestag über dem Unkostenersatz für den Abgeordneten-Assistenten, nicht zuletzt mit der großzügigen Altersversicherung, kann man bei Berechnungen auf monatliche Einkünfte in Höhe von 17 000 Mark.

Mit ermüdender Eindringlichkeit haben die jeweiligen Bundestagspräsidenten die immer gleichen Argumente vorgebracht, warum MdTs im Grunde genommen arme Kerle seien, die - so Stücklen noch im März 1983 - bei einer 80-Stunden-Woche von 7500 Mark kaum mehr als 3000 Mark zum freien Verfügung behielten. Dabei hat er die Unkostenpauschale, wie auch schon seine Amtsvorgänger, als Spesen bezeichnet, die nirgendwo in der freien Wirtschaft dem Gehaltsteil der Einnahmen zugerechnet würden.

Was ein Abgeordneter tatsächlich in seinem Wahlkreis ausübt, ob er dort aus Gründen der Volksnähe ein eigenes von ihm bezahltes Büro unterhält, ob er Schützengänge stiftet oder bei sozialen Notfällen in seinen Fundus greift, ist seine Sache. Schwieriger wird schon die Frage der "Pflichtbeiträge" an die eigene Partei.



Heiner Geißler (CDU)



Lorenz Niegel (CDU)

jetzt sitzen mit den "Grünen" Abgeordnete im Bundestag, von denen man annehmen darf, daß sie die bisher stets herstellbare "Einmütigkeit" beim Beschluß auf Diätenerhöhung nicht zustande kommen lassen.

Kein Fliesenleger, kein Steuerberater und kein Zahnarzt ist mit seinem Einkommen so strenger Kontrolle unterworfen wie der Bundestagsabgeordnete. Er begann 1949 mit monatlichen Gesamtbezügen von 1950 Mark, wobei die "Aufwandsentschädigung" von 600 Mark steuerfrei der dickste Brocken war. Je mehr die Bezüge im Laufe der Jahrzehnte stiegen, je vehementer wurde die Diskussion um die Steuerfreiheit dieser ganzen Gelder.

Am 1. April 1977 begann aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts eine neue Ära. Die "laut Grundgesetz Artikel 48 angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung" der Abgeordneten, die damals noch 4250 Mark steuerfrei betrug, wurde auf die heute noch gültigen zu steuernden 7500 Mark festgesetzt. Was bis dahin noch einzeln unter "Tagegeld", "Unkostenersatz" und "Reisekostenerstattung" ausbezahlt wurde, verschmolz zur steuerfreien "Kostenausschüttung". Zusammen mit so mancher anderen Erleichterung

von der Erste-Klasse-Netz-karte der Bundesbahn über das kostenlose Fliegen im Inland, dem Gratis-Büro und Gratis-Telefon im Bundestag über dem Unkostenersatz für den Abgeordneten-Assistenten, nicht zuletzt mit der großzügigen Altersversicherung, kann man bei Berechnungen auf monatliche Einkünfte in Höhe von 17 000 Mark.

Mit ermüdender Eindringlichkeit haben die jeweiligen Bundestagspräsidenten die immer gleichen Argumente vorgebracht, warum MdTs im Grunde genommen arme Kerle seien, die - so Stücklen noch im März 1983 - bei einer 80-Stunden-Woche von 7500 Mark kaum mehr als 3000 Mark zum freien Verfügung behielten. Dabei hat er die Unkostenpauschale, wie auch schon seine Amtsvorgänger, als Spesen bezeichnet, die nirgendwo in der freien Wirtschaft dem Gehaltsteil der Einnahmen zugerechnet würden.

SPD-Fraktions-Vize warnt vor einer „Pessimismus-Spirale“

Wolfgang Roth: Dienstleistungsbereich von Wertschöpfungs-Besteuerung entlasten

GÜNTHER BADING, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth hat vor einer "Pessimismus-Spirale" gewarnt, die "uns blind macht gegenüber den tatsächlichen Handlungsspielräumen" bei der Bewältigung der Krise auf dem Arbeitsmarkt. Vor einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte Roth in Saarbrücken die zu Beginn der 60er Jahre von Hannah Arendt vertretene These, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, in Frage. Nicht die Arbeit schlechthin sei weniger geworden, wohl aber die Erwerbsarbeit, genauer die steuer- und abgabepflichtige Arbeit.

Gleichzeitig aber wachse der von Abgaben unbelastete Teil der Gesamtarbeitsmenge. Als Beispiele führte Roth nicht nur Schwarzarbeit, sondern auch Freizeitarbeit, do-it-yourself-Bewegung, schlicht jede Form von "Eigenarbeit" an.

Was hier entstanden ist, ist ein Arbeitspotential, das komplementär zum Schrumpfen der offiziellen Arbeitspotentiale immer schneller wächst, sagte Roth. "Der Zusammenhang ist ja auch leicht zu durchschauen: In dem Maße, wie die Zahl der abgabenbelasteten Arbeitskräfte abnimmt, wächst deren Belastung durch Steuer- und Sozialabgaben. In dem Maße, wie die abgabenbelastete Arbeit zusätzlich belastet wird, im selben Maße wächst das Schwarz- und Alternativarbeitspotential." Das gelte für

den Bereich der sozialen und persönlichen Dienstleistungen wie für weite Teile des Handwerks.

Roth trifft sich in seiner Argumentation mit dem westfälischen CDU-Vorsitzenden Professor Kurt Biedenkopf, der in einer vielbeachteten Rede vor dem Mittelstandskongress der CDU in Fellbach bei Stuttgart Ende April ebenfalls auf die wachsende Schattenwirtschaft aufgrund überhöhter Lohnnebenkosten hingewiesen hat (WELT v. 5. 5. 83). Während Biedenkopf als Beispiel die Belastung des Arbeitslohnes mit 20 Mark auf 15 Mark Nettolohn bezifferte, sprach Roth in Saarbrücken von rund 70 Prozent Lohnnebenkosten.

Beide Politiker haben deutlich gemacht, daß sie nicht eine zusätzliche Kriminalisierung der Schattenwirtschaft, sondern eine Anpassung der Gesetzgebung an die veränderten Umstände erwarten. Roth: "Wenn gesellschaftliche Realität sich so tiefgreifend verändert hat, müssen die rechtlichen, finanz-, steuer- und wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen verändert werden." Anders als Biedenkopf, der die Lösung in einer generellen Aufhebung des Junktums von Arbeits- und Sozialverhältnis sieht, plädiert Roth für ein Detailverfahren. Er hält einen Lösungsvorschlag "aus einem Wurf" für unrealistisch. Statt dessen müsse die Belastung gerade der Dienstleistungen zurückgenommen werden. In der industriellen Produk-

tion könne durch rationellere Verfahrensweisen die Produktivität stark erhöht werden. Die höheren Personalkosten ließen sich daraus finanzieren.

Anders im Dienstleistungsbereich. Roth nannte ein drastisches Beispiel: Die erhöhten Personalkosten für einen Friseurgesellen ließen sich nicht durch die Erhöhung des Pensums von drei auf fünf Rasuren auffangen. "Geldge es statt dessen, die Lohnnebenkosten zu reduzieren, würden Dienstleistungen billiger, es würde mehr nachgefragt, und es entstünden mehr Arbeitsplätze." Einer Expansion des Dienstleistungsbereichs stünden bisher nicht die Begrenzung der Tätigkeitsfelder, sondern die Grenzen der Finanzierung - wegen der durch hohe Lohnnebenkosten verteuerten Preise für Dienstleistungen - entgegen.

Als Lösungsansatz schlägt Roth ("Noch ist das nur ein Denkmodell, nicht etwa Fraktionsmeinung") vor, die persönlichen und sozialen Dienstleistungen von der Besteuerung zu entlasten. Statt dessen könnte auf Güter und sonstige Dienstleistungen eine "Wertschöpfungssteuer" erhoben werden. Diese sei dann auch - anders als die von Ehrenberg verlangte Maschinensteuer - an der Grenze abzuschöpfen und bestehe deshalb die Exporte nicht. Als Folge einer Verbilligung der Dienstleistungen erwartet Roth dann verstärkte Nachfrage und entsprechend mehr Arbeitsplätze.

Militärpfarrer warnen die Synode

epd, Kiel

Die Annahme eines Auftrags der Gruppierung "Christen für die Abrüstung" zur Achtung aller Massenvernichtungswaffen durch die Synode der norddeutschen evangelischen Kirche kann Soldaten, je mehr ihre Kirche entziehen" und die Militärsorge "zur Sonder- oder Atomkriege entstellen".

Diese Warnung äußerten die evangelischen Militärpfarrer in der Wehrbereich I (Hamburg/Schleswig-Holstein) bei einem Treffen in Kiel. Durch einen solchen Beschluß der Synode könnten wir in der Entscheidung über, ob wir weiter Militärsorgen bleiben könnten, erklärten sie.

KBW-Mitglied darf Anwalt werden

DW, Karlsruhe

Die Mitgliedschaft in einer verfassungsförmlichen Partei genügt nicht, um einem Assessor die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu versagen. So entschied das Bundesverfassungsgericht. Es hob einen Beschluß des Bundesgerichtshofes auf, in dem es heißt, bei einem Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) müsse im Rahmen der nach Paragraph 7, Nr. 5 Bundesrechtsanwaltsordnung gebotenen Gesamtwürdigung auch das aktive Eintreten für den verfassungsförmlichen KBW zu seinem Nachteil mitberücksichtigt werden.

Das gelte selbst dann, wenn dieses Eintreten nicht den Tatbestand der strafbaren Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfülle, den die Bundesrechtsanwaltsordnung als besonderen Versagungsgrund in Paragraph 7, Nr. 6 vorsehe.

Nach der Bundesrechtsanwaltsordnung ist die Zulassung u. a. dann zu versagen, wenn der Bewerber sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben.

Im Ausgangsverfahren hatte der Vorstand der zuständigen Rechtsanwaltskammer Kiel diesen Versagungsgrund mit der Begründung geltend gemacht, der Beschwerdeführer habe durch mehrere zu meist politisch motivierte Berichterstattungen seine mangelnde Bereitschaft gezeigt, die für die Ausübung des Anwaltsberufs notwendigen Spielregeln zu beachten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Entscheidung des Bundesgerichtshofes wegen Verletzung des Grundrechts der Berufsfreiheit (Artikel 12, Abs. 1 Grundgesetz) aufgehoben. Der Rechtsanwalt habe seit Durchsetzung des rechtstaatlichen Grundgesetzes der freien Advokatur einen freien Beruf aus.

Einschränkungen der anwaltlichen Berufsfreiheit seien am Grundrecht des Artikels 12, Abs. 1 Grundgesetz zu messen. Es sei daher nicht statthaft, die aus Artikel 22, Abs. 5 Grundgesetz resultierenden Grundrechte zur politischen Treupflicht staatlicher Bediensteter auf Rechtsanwälte anzuwenden.

München wartet gespannt auf Heigl

Untersuchungsausschuß wird Nachrichtenhändler voraussichtlich am 8. Juni vernehmen

PETER SCHMALZ, München

Der Weg für die Vernehmung des Nachrichtenhändlers Frank Peter Heigl durch den Untersuchungsausschuß im Bayerischen Landtag ist frei: Bundesanwaltschaft und Münchner Justizministerium haben dem Mann, der die Affäre um den ehemaligen bayerischen Staatsminister Hans Langemann und um den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann ins Rollen gebracht hat, freies Geleitz zugesichert. Heigl steht während seines Münchner Aufenthalts - voraussichtlich am 8. Juni - nicht nur den Mitgliedern des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Verfügung, sondern auch der Staatsanwaltschaft, die gegen Hiersemann wegen des Verdachts ermittelt, er habe Geheimdokumente aus dem Langemann-Ausschuß weitergegeben oder weitergeben lassen.

Der Auftritt Heigls wird in München mit Spannung erwartet, nachdem Hiersemann und sein Fraktionsassistent Günter Plass die gegen sie erhobenen Vorwürfe weitgehend bestreiten. Heigl seine Darstellung zwar in einer ausführlichen und seitenlangen eidesstattlichen Versicherung niedergelegt hat, bisher aber nicht persönlich erschienen ist. "Der Hauptbelastungszeuge scheut die deutschen Strafverfolgungsbehörden wie der Teufel das Weihwasser", trocknet bereits der SPD-Politiker Hier-

semann. Zu diesem Zeitpunkt wußte er noch nicht, daß die Formalitäten für den Heigl-Auftritt weitgehend geklärt waren und daß Heigl sogar schon geplant hatte, entgegen dem Anraten seines Anwalts auch ohne freies Geleitz zu kommen.

Voreilig befürwortete die SPD auch einen Beschluß des Oberlandesgerichts München, das der Illustrierten "Bunte" in einem einstweiligen Verfügungsverfahren die Behauptung untersagte, mit Wissen Hiersemanns sei Geheimmaterial aus dem Langemann-Untersuchungsausschuß weitergegeben worden und Hiersemann habe das Erscheinen Heigls vor diesem Ausschuss verzögern wollen, als eine "K.O.-Niederlage der Buntens".

Die Kampagne gegen ihn sei "im Rohr krepier", meinte Hiersemann. Doch der SPD-Politiker, der selbst als Rechtsanwalt tätig ist, weiß, daß in dieser Sache noch längst nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die OLG-Entscheidung fiel nur in einem einstweiligen Verfügungsverfahren, ein Hauptsacheverfahren mit einer weit ausführlicheren Beweisaufnahme ist noch anhängig.

Außerdem wird in diesem Verfahren nur ein kleiner Teil der insgesamt erhobenen Vorwürfe geprüft, da die Frage, ob die SPD Geheimmaterial herausgegeben hat, hierbei nicht zu behandeln ist. Zweifelsfrei aber steht fest: Aus

dem Untersuchungsausschuß wurden Geheimdokumente an Heigl wie an den Fernsehjournalisten Stefan Aust weitergegeben. Hiersemann hatte mehreren Telefonkontakten mit Heigl und wollte sich mit ihm sogar unter konspirativen Umständen auf einem Autobahnrastplatz in Ostbayern treffen. Sein Assistent Plass traf sich mit Heigl mehrfach in Nizza, München und Augsburg und hat ihm dabei zugestanden, mindestens ein Papier ausgehändigt. Es soll nach Angaben von Plass das Protokoll von Heigls Vernehmung vor dem Langemann-Ausschuß gewesen sein.

Fest steht aber auch, daß Hiersemann und Plass mit Heigl im vergangenen Jahr noch während des bayerischen Wahlkampfes einen Deal machen wollten, durch den sie an angeblich belastendes Material gegen Franz Josef Strauß und dessen Frau herankommen wollten. "Eine Dummheit", sagte dazu Hiersemann nun als Zeuge vor dem nach ihm benannten Untersuchungsausschuß.

An der juristischen Klärung der gegen den SPD-Assistenten Plass erhobenen Vorwürfe scheitern weder der Betroffene noch die SPD sonderlich interessiert zu sein. Obwohl Plass bereits im vergangenen Dezember und in den darauffolgenden Wochen mehrfach eine Klage angekündigt, ist diese noch immer nicht eingereicht.

Allen, die bauen, kaufen oder modernisieren wollen, stehen wir als Finanzpartner mit DePfa-Hypotheken zur Verfügung.

Wir bieten Ihnen:

Günstige Zinsen, die für einen bestimmten Zeitraum, z.B. bis zu zehn Jahren, fest vereinbart werden können. Damit haben Sie die Gewähr, daß in dieser Zeit Ihre Zinsbelastung nicht steigen kann.

Niedrige Tilgung, in der Regel von 1% jährlich, die Ihre monatliche Belastung gering hält.

Lange Laufzeiten, die bei etwa 25 bis 30 Jahren liegen. In dieser Zeit können nur Sie das Darlehen kündigen, und zwar jeweils zum Ablauf des vereinbarten Zinszeitraumes.

Unbürokratische Abwicklung, die durch einfaches Zugangsverfahren, flexible Anpassung an Ihren Finanzierungsbedarf und rasche Teilauszahlungen nach dem Baufortschritt Ihnen die Zusammenarbeit mit uns leicht macht.

Nutzen Sie unsere Erfahrung aus der Finanzierung von mehr als 650.000 Wohnungen. Wir sind ganz in Ihrer Nähe.



Deutsche Pfandbriefanstalt
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptverwaltung: Paulinenstr. 15, 6200 Wiesbaden, Tel. (06121) 3481
Niederlassungen: Berlin, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Stuttgart

Wissen Sie, wie gut sich auch Ihr Bauvorhaben mit DePfa-Hypotheken finanzieren läßt?

Agypten und Sudan rücken näher zusammen

Erstmals tagt das Nil-Parlament / Mubarak in Khartum

PETER M. RANKE, Beirut
In Anwesenheit der beiden Präsidenten Mubarak und Numeiri tritt in der sudanesischen Hauptstadt Khartum heute zum ersten Mal das Nil-Parlament zusammen, das 20 Abgeordnete Ägyptens und Sudans angehört. Damit wird der erste Schritt zu einer späteren Föderation der beiden Nil-Staaten getan, nachdem Ägypten und Sudan im Oktober 1982 eine "Charta der Integration" beschlossen hatten. Schrittweise soll zehn Jahre lang die Verflechtung der Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik unter Leitung des Hohen Integrationsausschusses beider Staatspräsidenten geübt werden.

Die Anwesenheit Mubaraks in Khartum und die Gründungssitzung des Nil-Parlaments gehen als Rückenkraft für Numeiri, dessen Stellung durch eine Truppenmutterei in Südsudan geschwächt ist. Bei der Niederschlagung der Meuterei des 105. Bataillons in Bor gab es vorige Woche 78 Tote. Regierungstruppen hoben bei der "Säuberung" große Munitionslager aus. Hinter der Meuterei soll Oberst Yahya Ismail stehen, der 1975 in Libyen ausgewiesen wurde und seitdem von dessen Staatschef Khadhafi unterstützt wird. Er operiert von Äthiopien aus.

Wachsende Unzufriedenheit

Das unruhige und nicht moslemische Südsudan wurde nach der Meuterei in drei Regionen (Equatoria, Bahr el Gazal und Ober Nil) aufgeteilt, um dem autonomen Präsidenten Josef Tombura in Juba das Regiment zu erleichtern. Dennoch halten sich in Khartum Gerüchte, daß die Unzufriedenheit in Südsudan wegen der wirtschaftlichen Unterentwicklung wieder zu größeren Aufständen führen könnte. Erst 1972 war in Südsudan ein blutiger Bürgerkrieg nach 17 Jahren zu Ende gegangen. Der Führer der damaligen Opposition, Joseph Lagu, ist heute Vizepräsident in Khartum.

Logik der Geschichte

Wirtschaftlich könnten sich beide Nilländer besser ergänzen als jetzt, da Sudan unterbevölkert ist und genug Nahrungsmittel produzieren könnte, während Ägyptens 45 Millionen Menschen ohne fremde Hilfe nicht zu ernähren sind. Für die Entwicklungspläne fehlt es aber an Kapital, da die Industriestaaten weder Ägypten noch Sudan ausreichend unterstützen. Einer der Gründe ist angeblich der Friedensschluß mit Israel.

Ein späterer föderativer Zusammenschluß Ägyptens und Sudans mit dann besseren Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen läge in der Logik der Geschichte beider Länder. Einmal reichlichen Pharaonenreichtümern vor Jahrhunderten tief nach Sudan hinein, zum anderen bildeten Ägypten und Sudan schon von 1899 bis 1956 eine koloniale Verwaltungseinheit unter englisch-ägyptischer Herrschaft. Die Unabhängigkeit Sudans 1956 bedeutete ihr vorläufiges Ende.

Bei Fragen nach ihren Wahlkassen befällt die britischen Parteien eine seltsame Scheu

Tories und Labour haben sich mit der Abhängigkeit von ihren Geldgebern abgefunden / Der Staat schießt nichts zu

FRITZ WIRTH, London
Die britischen Wahlen sind seit einigen Tagen zur "Schlacht der Geheimdokumente" ausartet. Da ist plötzlich keine Quelle mehr zu trübe und kein Dokument zu faden, aus dem in den täglichen Pressekonferenzen ein paar Pluspunkte herausgepresst. So schonungslos und bedenkenlos also in dieser Wahl alles auf den Tisch gelegt wird - ein Thema bleibt in dieser Schlamm Schlacht unberührt und weiterhin geheim: die Finanzen dieses Wahlkampfes.

Bei diesem Thema werden alle Beteiligten plötzlich sehr scheu und zurückhaltend, und das hat gute Gründe: Die Herkunft der Gelder mag nicht illegal sein, aber sie ist doch irgendwie kompromittierend. Denn nichts belegt die ideologische und gesellschaftspolitische Polarisierung der britischen Politik deutlicher als die Finanzierung der Parteien. So stammen die Gelder in der Wahlkassen der Labour Party zu 85 Prozent von den Gewerkschaften, die der Tories zu 50 Prozent von Spenden aus der Industrie. Vom Staat erhalten beide Parteien nichts. Sie wären also ohne ihre Interessengruppen im Rücken schon lange bankrott.

Jedermann in Großbritannien hat sich lange mit dieser finanziellen Abhängigkeit der Parteien von ihren Geldgebern abgefunden. Die Gewerkschaften halten diese Zahlungen für eine Art von Elternrecht und Elternpflicht. Die Labour Party ist um die Jahrhundertwende aus ihnen hervorgegangen. Der Lohn der Gewerkschaften für ihren finanziellen Einsatz ist politischer Einfluss bei den Entscheidungen einer Labour-Regierung. Die britische Industrie braucht bei ihren Zahlungen an die Tories nicht sonderlich hart gedrängt zu werden. Die meisten Unternehmen zahlen (und nicht selten in sechsstelligen Pounds) vor allem, um die Gewerkschaften von den

Zentren der politischen Macht fernzuhalten. Keiner der Beteiligten hat bisher offiziell wissen lassen, wie groß seine "Kriegskasse" für die gegenwärtigen Wahlen ist. Die Labour Party hat jedoch nicht dementiert, daß die Gewerkschaften 2,5 Millionen Pfund, also knapp 10 Millionen D-Mark, beisteuern wollen. Der Haken ist, daß bis zur Stunde nicht einmal die Hälfte dieser Summe beim Schatzmeister Labours eingetroffen ist.

Den Konservativen ist aus zu meist bösartigen Quellen nachgesagt worden, daß sie für diesen Wahlkampf 20 Millionen Pfund (etwa 30 Millionen Mark) ausgeben werden. Diese Summe ist in der Tat unglaublich. Die letzte Wahl im Jahre 1979 ließen sich die Tories 3,6 Millionen Pfund kosten. Eine Gesamtsumme von 15 Millionen Pfund dürfte für diese Wahl eine realistische Schätzung sein.

Rigoreuse Geldeintreibung durch die Gewerkschaften

Die spendenden Firmen sind verpflichtet, in ihren Jahresberichten die Summen aufzuführen. Die Eintreibung der Spenden besorgt eine Organisation mit dem Namen "British United Industrialists" (BUI). Bei den Gewerkschaften ist die Geldeintreibung bereits automatisiert worden, und zwar so rigoros und großzügig, daß die Labour Party am Ende aus von vielen Gewerkschaftsmitgliedern mitfinanziert wird, die keineswegs bereit sind, ihnen bei der Wahl eine Schenke zu geben.

Jede Partei unterhält in diesem Wahlkampf zwei streng getrennte Kassen. Eine Kasse, aus der die einzelnen Kandidaten dieser Wahl finanziert werden. Diese Gelder sind gesetzlich reglementiert. Die zweite Kasse gilt der Finanzierung des nationalen Wahlkampfes. Sie unterliegt keinerlei Kontrolle.

Die Reglementierung der Kasse für die Kandidaten soll dafür sorgen, daß zumindest auf der unteren Ebene, also in den einzelnen Wahlkreisen, unter den Kandidaten Chancengleichheit herrscht. So darf ein Kandidat für seinen örtlichen Wahlkampf lediglich 2700 Pfund plus 3,1 Pence (12 Pfennig) pro Wahlberechtigten in einem ländlichen und 2,3 Pence (neun Pfennig) in einem städtischen Wahlkreis ausgeben. Das absolute Limit liegt bei 4700 Pfund (etwa 18 000 Mark) in einem ländlichen und 4200 (16 100 Mark) in einem städtischen Wahlkreis.

Mit dieser Summe muß ein Kandidat seinen Wahlkampf, Plakate, Flugblätter und Versammlungskosten bezahlen. Die genaue Kostenabrechnung muß mindestens 35 Tage nach der Wahl dem örtlichen Wahlkomitee vorgelegt werden. Werden einem siegreichen

Streit in der afghanischen Armee-Spitze

Der afghanische Verteidigungsminister General Abdul Kader ist nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad am 15. Mai nach einem heftigen Streit in seinem Büro mit seinem Stellvertreter, General Khalilullah, mit Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht worden. Khalilullah gehört dem minoritären "Khalk"-Fügel der afghanischen KP an. Er sei nach dem Zwischenfall unter Hausarrest gestellt worden, hieß es.

Die Affäre bestätigt Informationen aus Kabul, wonach zwischen den beiden Tendenzen der afghanischen KP, den "Khalk"- und "Parchami"-Fügel, weiterhin schwere Spannungen bestehen. Am 30. September 1982 war der Kommandant der Garnison von Kabul, General Abdul Nodud, ein bekannter Vertreter des "Khalk"-Fügel, in seinem Büro nach einer Auseinandersetzung mit "Parchami"-Offizieren ermordet worden.

Über den Hergang der Auseinandersetzung Kader-Khalilullah zirkulieren in Kabul verschiedene Versionen. Nach einer hat General Khalilullah aufgebracht über die jüngsten Beförderungen von Offizieren des "Parchami"-Fügel, den Minister verprügelt und Kader wurde bewußtlos, mit Kopfverletzungen und Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert. In anderen Versionen heißt es, Khalilullah oder sein Leibwächter habe Kader mit einem Beinschuß verletzt.

General Kader, der im vergangenen Jahr zum Verteidigungsminister Afghanistans ernannt wurde, spielte beim kommunistischen Staatsstreich von 1978 eine entscheidende Rolle. Als Militär zunächst Angehöriger des "Khalk"-Fügel, hatte er sich nach der Machtübernahme Babrak Karmals im Dezember 1979 den "Parchami" genähert, als die sowjetischen Truppen in Afghanistan einmarschierten.

Nujoma pocht vor der UNO auf den bewaffneten Kampf

Wird der westliche Namibia-Plan zu Fall gebracht?

GITTA BAUER, New York
In der Namibia-Debatte des UN-Sicherheitsrates hat der Chef der Südwestafrikanischen Volksorganisation, Sam Nujoma, bekräftigt, daß die Swapo den bewaffneten Kampf bis zur Unabhängigkeit des seit 1920 von Südafrika verwalteten Territoriums weiterführen wolle. Hingegen empfahl der britische Delegierte Sir John Thompson die geduldige Verwirklichung des von fünf Westmächten ausgearbeiteten und von der UNO und allen Konfliktpartnern akzeptierten Plans zur friedlichen Lösung des Namibia-Problems.

Die Ratssitzung ist nach mehr als zweijähriger Pause auf Druck der blockfreien Staaten zustande gekommen. Die Bedeutung dieser Beratungen in den Augen der Dritten Welt wird dadurch unterstrichen, daß sich mehr als 20 Außenminister für die Sitzung in New York angesagt haben.

Ob die Länder der westlichen Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die Bundesrepublik) auch ihre Außenminister entsenden, wollten weder US-Vertreter noch die Botschaft der Bundesrepublik bestätigen.

Das kommt darauf an, in welche Richtung die Afrikaner, insbesondere die Frontstaaten, sich drängen lassen", sagte ein Diplomat der Kontaktgruppe. "Es ist kein Geheimnis, daß es Kräfte gibt, die am Scheitern der Bemühungen der Kontaktgruppe interessiert sind." Die Enttäuschung darüber, daß der Westen in fünf Jahren kein Resultat erzielt habe, könne vom Osten ausgenutzt werden.

Einigung wurde über die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, die Aufgaben der UNO-Truppe und -Zivilbeobachter erfüllt. Südafrika gab sich mit der Erklärung über die "Unparteilichkeit" der UNO zufrieden. Stein des Anstoßes bleibt das Junktim der Namibia-Lösung mit dem Abzug der schätzungsweise 20 000 Kubaner aus Angola. Intensive Verhandlungen des Direktors der Afrika-Abteilung im State Department, Chester Crocker, mit Vertretern Südafrikas und Angolas haben noch kein greifbares Ergebnis gebracht. Frankreich scherte zu einem gewissen Grade aus der Kontaktgruppe aus, als sich Außenminister Claude Cheysson im Frühjahr von dem Junktim distanzierte.

Streit mit USA verschleierte Athens Krise

Stützpunkt-Verhandlungen ziehen sich hin / Papandreu steckt tief in Wirtschaftsproblemen / Wird vorzeitig gewählt?

E. ANTONAROS, Athen
Der griechische Regierungschef Andreas Papandreu scheint fest entschlossen, seine verbale Konfrontation mit den Amerikanern weiter eskalieren zu lassen, um den Abschluß des Stützpunktabkommens absichtlich zu erschweren und auf diese Art innenpolitisch Zeit zu gewinnen. So deuten westliche Diplomaten in Athen die jüngsten Äußerungen Papandreus gegen die Amerikaner, die eine keineswegs nur optische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Athen und Washington herbeigeführt haben.

In der vergangenen Woche ließ Papandreu eine Erklärung im Staatsfernsehen verlesen, womit er mit scharfen Worten das keineswegs ungewöhnliche Eindringen von amerikanischen und türkischen Militärflugzeugen im Rahmen eines NATO-Manövers in den Bereich der Ägäis als Provokation bezeichnete. Am Wochenende ließ Regierungssprecher Maroudas in zwei Fernsehinterviews anklingen, daß sich die amerikanische Haltung auf die in zwischen fortgesetzten Stützpunktverhandlungen "negativ" auswirken könnten.

Damit war die Katze aus dem Sack: Maroudas sagte zwar, daß

die Athener Regierung "weder eine Verlängerung noch eine Verlängerung" der Verhandlungen wünsche. Aber selbst die Amerikaner, die noch vor Monatsfrist recht optimistisch waren, scheinen inzwischen mit einem Vertragsabschluß in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen.

Viele politische Beobachter in Athen glauben allerdings zu wissen, daß die beiden Unterhändler - der Athener Außenstaatssekretär Kapsis und US-Botschafter Bartholomew - eine weitreichende Einigung erzielt haben. Auch die Auszahlung der US-Milliarden an Griechenland auf 800 Millionen Dollar sollte Athen eigentlich den ersehnten Vertragsabschluß erleichtern. Doch statt dessen scheint Papandreu nunmehr die Absicht zu haben, den von Athen systematisch am Leben erhaltenen Streit mit Amerika innenpolitisch auszunutzen zu wollen.

Vor Vollendung seines zweiten Amtsjahres wird Papandreu mit einer innenpolitischen Krisensituation konfrontiert, die ihn viele Sympathien beim Wahlvolk kostet. Die Wirtschaft hat er nicht im Griff, das Land wird von Streiks erschüttert, die Preise laufen den euphorischen Wirtschaftsstrategen davon,

Umweltverschmutzung und schlechte Lebensqualität werden angeprangert, und auch die wuchernde Bürokratie konnte von Papandreu nicht abgebaut werden.

Freilich hat er diese Vertrauenskrise auch selbst verschuldet. Den Griechen hat er im Vorhinein zu viel versprochen. Hinzu kommt, daß seine Regierungsmannschaft unerfahren und unqualifiziert ist, daß die Minister fast wöchentlich von Papandreu gerügt werden. Nun hat er seinen Kabinettsmitgliedern zur Auflage gemacht, ihm alle drei Monate einen Rechenschaftsbericht ihrer Tätigkeit vorzulegen. Damit will sich Papandreu ganz bestimmt auch ein Alibi verschaffen, um später vor dem Volk behaupten zu können, daß nicht er, sondern seine Mitarbeiter versagt hätten.

Diese beinahe aussichtslose Situation wird von den moskautreuen Kommunisten ausgenutzt. Sie organisieren Massendemonstrationen und Streiks am laufenden Band und verlangen von Papandreu die Einbeziehung seiner Wahlverheißungen. Am schärfsten werden wir nicht von den Konservativen, sondern von den Kommunisten kritisiert, haben inzwischen die meisten Regierungsmit-

glieder richtig erkannt. Die Zeiten, als die griechische KP Papandreus unpopuläre restriktive Einkommenspolitik noch duldete, sind vorbei.

Gerade deswegen scheint Papandreu seine linken Kritiker, die sich auch innerhalb seiner Pasok-Partei befinden, mit seiner übertriebenen Kritik an Washington beschwichtigen zu wollen. Einen Streit mit der europäischen Gemeinschaft will er vermeiden, weil Griechenland am 1. Juli die Präsidentschaft übernimmt. Aber mit Hilfe der Auseinandersetzung mit Washington kann er innenpolitische Pluspunkte sammeln, den spürbaren Populärkeitsverlust auf anderen Gebieten - vor allem in der Wirtschaftspolitik - wettmachen und Zeit gewinnen.

Warum sich Papandreu auf dieses riskable Spiel eingelassen hat, vermag niemand mit Sicherheit zu sagen. Möglich ist es auf jeden Fall, daß der Athener Spitzensozialist vorgezogene Parlamentswahlen plant. Mit Hilfe eines Überraschungseffektes könnte er diese Wahlschlacht - im Herbst oder im Frühjahr 1984 - gewinnen, zumal auch die konservative Oppositionspartei nicht in der Lage zu sein scheint, ihre Dauerkrise zu überwinden.

CDU-Politiker Hüsch nach Moskau

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Hüsch wird als erster Unionspolitiker nach der Wahl vom 6. März heute zu einem Besuch nach Moskau fliegen. Er hält dort auf Einladung der Akademie der Wissenschaften zwei Vorträge. In diesen Vorträgen und bei politischen Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt will Hüsch vor allem das wirtschaftspolitische Programm der neuen Koalition erläutern.

Paris weist Vorwurf zurück

DW/JAF, Paris
Das französische Umweltministerium hat Vorwürfe, die französischen Behörden hätten zunächst versucht zu verschleiern, daß die gesuchten Dioxin-Fässer aus Sevres in Frankreich entdeckt worden sind, zurückgewiesen. Ein Sprecher meinte, solche Vorwürfe seien "ziemlich niveaulos".

DIE WELT (Ausg. 800-800) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Direktor Haag hat kaum Zeit, sich um seine Geldanlage zu kümmern. Und sein Vermögen wächst trotzdem?



Herr Haag arbeitet hart und verdient gut. Aber ihm fehlt die Zeit, sich um seine Geldanlagen zu kümmern. Das tun wir. Unsere Experten haben ihm eine ausgewogene Anlagemischung zusammengestellt. Sie besteht aus festverzinslichen Wertpapieren unserer beiden Hypothekenbanken, Investment-Anteilen und Immobilien-Anlagen. Mit einem Teil seines Geldes gehen wir für Herrn Haag an die Börse. Einen weiteren Teil haben wir mehrwertsteuerfrei in Goldzertifikaten in Luxemburg angelegt. Eine renditeträchtige und sichere Mischung also.

Außerdem nutzt Herr Haag Steuervorteile durch den Petrofonds Nr. 4 und durch einen Bausparvertrag. Um alle diese Anlagemöglichkeiten zu nutzen, braucht er nur zu uns zu kommen. Denn bei uns kommt zur guten Beratung der umfassende Finanzservice: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

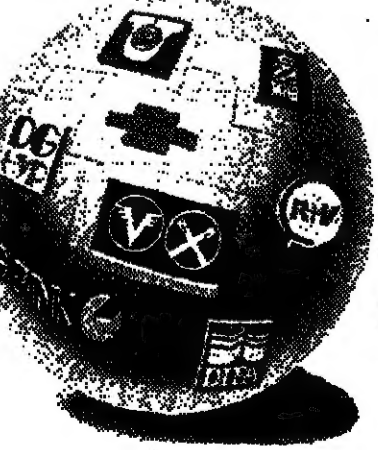
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu

erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen - und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bankteilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Hypothekendarlehenbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekendarlehenbank eG
- R-V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



VOLKS- UND RAIFFEISENBANKEN

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Mittwoch, 23. Juni

EN

des ersten Bundespräsidenten Adenauer worden zum Staatsoberhaupt ernannt. Der bisherige Präsident der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, wird als erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland am 1. September 1959 in Bonn vereidigt werden. Der bisherige Bundespräsident, Heinrich Lübke, wird am 1. September 1959 in Bonn sein Amt niederlegen. Der bisherige Bundespräsident, Heinrich Lübke, wird am 1. September 1959 in Bonn sein Amt niederlegen.

GESTORBEN

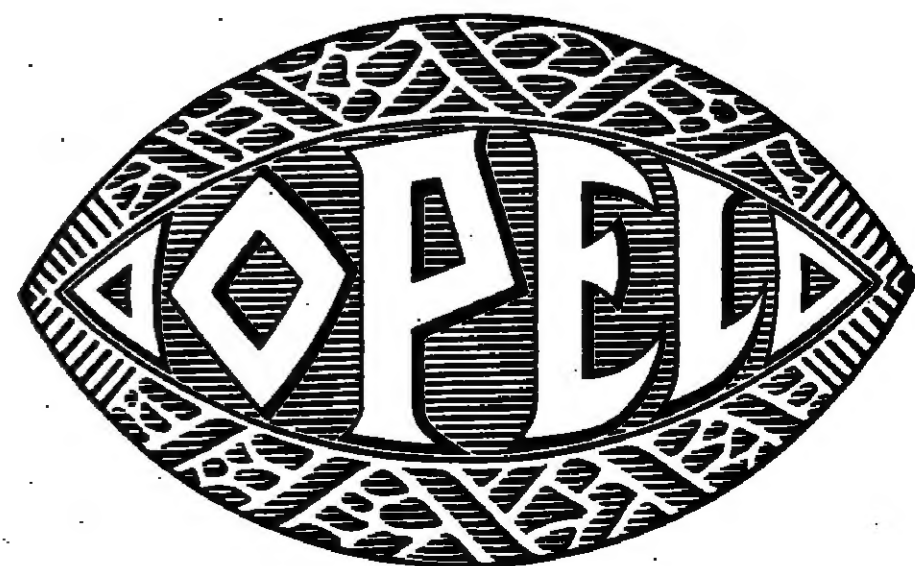
Die Prinzessin Marie von Preußen, geb. Prinzessin von Hessen-Kassel, ist am 23. Juni 1959 in Bonn gestorben. Sie war die Tochter des Königs von Preußen und der Königin von Preußen. Sie war die Mutter des Königs von Preußen und der Königin von Preußen.

EHRUNG

Der Bundespräsident hat am 23. Juni 1959 in Bonn die Ehrenbürgerwürde verliehen. Die Ehrenbürgerwürde ist die höchste Auszeichnung, die ein Staat einem Bürger zuerkannt. Sie ist eine Ehre, die nur einem Bürger zuerkannt werden kann. Sie ist eine Ehre, die nur einem Bürger zuerkannt werden kann.



Er ist unser Erster.




Rüsselsheim, Mai 1983



Senator C mit 3.0-Sechszylinder-Einspritzmotor mit 132 kW (180 PS); McPherson-Federbeinachse vorne; Schräglenker, Einzelradaufhängung hinten.

Er ist unser 20millionster.

 Opel heute – ein expandierendes Automobilunternehmen, ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, ein „großer Europäer“. Opel vor 85 Jahren: 12 Jahre nach Herstellung des ersten Fahrrades wird bereits 1898 der „Opel-Patent-Motorwagen, System Lutzmann“ gebaut. Der erste Schritt zur Automobilfabrik ist getan.

Opel – das ist auch Erfindergeist, Entwicklung, Forschung. Fast auf den Tag vor 55 Jahren, am 23. Mai 1928, ist

Fritz von Opel in aller Munde. Sein raketenangetriebenes Fahrzeug, RAK 2, erreicht auf der Berliner Avus-Rennbahn bis zu 230 km/h.

1924: Der „Laubfrosch“ erobert die deutschen Straßen. Mit diesem Modell „4/12 PS“ – Vierzylindermotor und Karosserie mit Bootsheck – führt Opel die industrielle Serienfertigung im deutschen Automobilbau ein.

Ein weiterer Meilenstein in der Ge-

schichte des Hauses Opel: 1935 erscheint der Opel Olympia, der erste Großserienwagen mit selbsttragender Ganzstahlkarosserie.

25.5.1983: Der 20millionste Opel-Wagen verläßt das Band, 85 Jahre nach Beginn des Automobilbaus bei Opel. Und Opel bleibt weiter auf Erfolgskurs. Ein moderner Automobilproduzent mit der breitesten Modellpalette auf dem Markt und dem jüngsten Produktprogramm.

OPEL
ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT

Prag attackiert Österreichs Staatsoberhaupt

Die Veranstaltung des Sudetendeutschen Tages in Wien hat zu weiteren Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und Österreich geführt. Das tschechoslowakische Parteigebäude „Rude Pravo“ beschuldigt die österreichische Bundesregierung, den Sudetendeutschen in ihrem „revanchistischen Chauvinismus“ Vorschub zu leisten.

In ungewöhnlicher und bisher nicht dagewesener Weise richtet die Prager Parteizeitung ihren Angriff auch gegen das österreichische Staatsoberhaupt, Bundespräsidenten Kirchschrägl. Durch Kirchschlägers Anwesenheit beim Sudetendeutschen Tag sei der Anspruch der Sudetendeutschen auf ihr „vermeintliches heiliges Recht“ auf die tschechoslowakischen Grenzgebiete „indirekt unterstützt worden.“

In unmittelbarer Nähe der tschechoslowakischen Grenze, am Südmährer Kreuz in Niederösterreich, hatten zum Abschluß des Sudetendeutschen Tages am Pfingstmontag Tausende ehemaliger deutscher Bewohner Mährens in einem Gottesdienst und einer Feierstunde der Opfer des Todesmarsches von Brünn gedacht, bei dem 1945 Tausende Vertriebene ums Leben gekommen waren. Ehrengast der Feier war die hochbetagte ehemalige Kaiserin Zita von Österreich.

Sacharows Frau von Miliz bewacht

AP, Moskau Sowjetische Sicherheitskräfte haben westliche Journalisten daran gehindert, mit der Frau des in der Verbannung lebenden Regimekritikers Andrej Sacharow, Jelena Bonner, persönlichen Kontakt aufzunehmen. Zwei vor der Haustür postierte Milizionäre verwehrten den Journalisten den Zutritt mit den Worten, es sei verboten, Frau Bonner zu sehen. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Sacharows Frau hatte zuvor von einem Milizionär gesprochen, um ihm mitzuteilen, daß sie von Sicherheitskräften bewacht werde. Unklar ist, ob sie die Absicht hatte, auf der Straße auf die Journalisten zu warten. Am vergangenen Freitag hatte Frau Bonner verlangt, daß ihr Mann und sie selbst wegen Herzbeschwerden gemeinsam in eine Moskauer Klinik aufgenommen werden.

Warschau: Barcikowski fehlt auf dem ZK-Plenum

Was wird mit Rakowski? / Schwindel mit polnischen Waren

DW/AP, Warschau Bei der Erörterung personalpolitischer und ideologischer Probleme auf dem am kommenden Dienstag beginnenden ZK-Sitzung der polnischen KP wird das bislang einflussreiche Politbüro-Mitglied Kazimierz Barcikowski wegen Krankheit nicht anwesend sein. Die Abwesenheit Barcikowskis bedeutet nach Einschätzung politischer Beobachter eine weitere Schwächung der Kräfte um Partei- und Regierungschef General Jaruzelski, die sich seit Wochen starkem Druck seitens der Verfechter eines noch härteren Kurses ausgesetzt sehen.

Barcikowski ist nach offiziellen Angaben mit Herzbeschwerden in eine Warschauer Spezialklinik gebracht worden. Es heißt, er werde für mehrere Wochen ausfallen. Von der ZK-Sitzung werden einschneidende personelle Veränderungen in der Parteihierarchie erwartet. Das Interesse gilt auch der Frage, wie die Position des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski nach dem ZK-Plenum aussehen wird. Rakowski war in der jüngsten Vergangenheit Zielscheibe der Kritik aus Moskau.

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn Auf dem ZK-Plenum werden unabhängig voneinander die Warschauer Positionen zur

„KOS“ und der „Solidaritäts“-Info-Dienst „Mazowsze“ aufmerksam. Erzeugnisse der polnischen Schmelzwaren-, Textil-, Konfektionsindustrie sowie der Maschinenindustrie und der chemischen und Kosmetikindustrie werden mit Aufklebern in kyrillischer Sprache oder in Englisch versehen, auf denen dann der Text „made in UdSSR“ steht. Die Waren werden sowohl auf den polnischen als auch auf den sowjetischen Markt gebracht. In Polen sollen sie den Eindruck erwecken, daß es sich um eine „Brüderhilfe“ aus der Sowjetunion handelt. In der UdSSR soll damit ein anderer Eindruck vermittelt werden: daß die Sowjetunion selbstversorgend ist.

Allerdings geht das nicht ohne Pannen. So waren bereits im Sommer 1982 in der UdSSR Glühbirnen mit dem Etikettentext in kyrillischer Sprache „made in Unita-Werken, UdSSR, Stadt Warschau“ aufgetaucht. Zu Beginn dieses Jahres koppelten „Solidaritäts“-Funktionäre Wagons eines Schuttransports in Richtung Sowjetunion ab. Auch hier waren die Modellschiffe der Radoskor-Werke in Radom als sowjetische Produktion ausgegeben worden. Der Staatskonzern Radoskor gab kurz danach zu, daß lediglich eine Tagesproduktion pro Monat für den Binnenmarkt bestimmt sei. Der Rest gehe in die UdSSR.

Eskalation in Südafrika

„Junge Garde“ radikalisiert den ANC

DW/JAFF, Johannesburg Südafrika befindet sich nach Ansicht seines Verteidigungsministers General Magnus Malan in einem Zustand des „verschleierte revolutionären Krieges“, der jederzeit in einen konventionellen Waffengang übergehen könnte.

Eine Ursache für die Verschärfung der Situation dürften nach Ansicht von Beobachtern interne Veränderungen in der seit 1912 bestehenden Anti-Apartheids-Bewegung „Afrikanischer Nationalkongress“ (ANC) sein, in der seit einiger Zeit eine „junge Garde“ bestimmt ist. Die bisherige ANC-Führung lehnte eine terroristische Kampfform, vergleichbar etwa mit der IRA oder der PLO, ab. Dagegen bekennen sich die „Junge Garde“ des ANC deutlich zu gewalttätigen Operationen und zum „blinden Terror“.

Der Anschlag der ANC gegen das Oberkommando der südafrikanischen Luftwaffe in Pretoria, der 18 Tote und 216 Schwerverletzte gefordert hat, dürfte ein Beispiel für die veränderte Strategie des ANC sein.

Ein Hinweis auf die neue Strategie war bereits der Anschlag auf das Kernkraftwerk in Koeberg im Dezember vergangenen Jahres in der Nähe von Kapstadt. Mit diesem Angriff hatte der ANC seinerseits auf eine Attacke der südafrikanischen Luftwaffe auf Stellungen des ANC in Maseru, der Hauptstadt von Lesotho, reagiert, bei dem mindestens 42 Personen getötet worden waren. Dieser Angriff, aber auch die schnelle Antwort Südafrikas auf den Anschlag vom Freitag lassen eine Verhärtung in der Strategie Südafrikas vermuten.

EG-Finzen: Bundesregierung schwenkt auf neue Linie ein

Voraussetzung ist, daß die Gemeinschaft sich auf ein rigoroses Sparprogramm einigt

U. LÜKE/W. HADLER, Brüssel Die Bundesregierung ist offenbar bereit, ihren grundsätzlichen Widerstand gegen eine Aufstockung der Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft aufzugeben. Sie will ihre Bereitschaft jedoch an die Bedingung knüpfen, daß die EG sich für die kommenden Jahre auf ein rigoroses Sparprogramm einigt. Diese neue Bonner Linie wurde gestern bei einem Treffen der zehn Außenminister in Brüssel deutlich, das der Vorbereitung des EG-Gipfels Mitte Juni diente.

In Brüssel fiel auf, daß neben Außenminister Genscher, der seit langem eine Erweiterung des finanziellen Spielraums der Gemeinschaft für unausweichlich hält, auch Finanzminister Gerhard Stoltenberg höhere Zahlungen, an Brüssel nicht mehr kategorisch ablehnt. Gleichzeitig ließ Landwirtschaftsminister Kiechle seine Bereitschaft zu einer vorsichtigen Reform der europäischen Agrarpolitik erkennen.

Genscher formulierte in einem Zeitschriftenbeitrag, der zum ursprünglich geplanten Gipfeltermin (6./7. Juni) erscheinen soll: „So wie die Mitgliedsstaaten muß sich auch die Gemeinschaft auf die Pflicht zu konsequenter Sparsamkeit unterwerfen. Aber dies darf nicht heißen, daß wir die Gemeinschaft fi-

nanziell unfähig machen, die neuen zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen.“

Finanzielle Belastungen kommen auf die EG vor allem durch den geplanten Beitritt Spaniens und Portugals zu. Allein die Einbeziehung des spanischen Olivenöls in den gemeinsamen Agrarmarkt wird nach Berechnungen Brüsseler Experten rund zwei Mrd. DM jährlich kosten. Unabhängig davon rechnet Brüssel damit, daß die Finanzdecke der EG schon 1984 nicht mehr ausreichen wird. Die Brüsseler EG-Kommission hat deshalb eine Aufstockung des EG-Angebots an den Mehrertragsentnahmen vorgeschlagen, zugleich aber Anregungen für eine gerechtere Belastung der einzelnen Mitgliedsstaaten gegeben, durch die jeweils die Länder stärker zur Kasse gebeten werden sollen, die von den höheren Agrarüberweisungen besonders profitieren.

Damit erhofft sich die Kommission auch eine Lösung des leidigen britischen Beitragsproblems, das den Zusammenhalt der Gemeinschaft seit Jahren belastet. London fordert auch in diesem Jahr einen Beitragsnachschuß in Milliardenhöhe. Nach britischen Berechnungen müßte Großbritannien 1983 ohne einen solchen „Rabatt“ rund 4,5

Mrd. DM mehr nach Brüssel überweisen als es zurückerhielte. Außenminister Pym vermindert es gestern jedoch, präzise finanzielle Forderungen zu stellen. Offenbar ist für die Regierung Thatcher durch die Verschlebung des EG-Gipfels nach den britischen Wahlen eine Entscheidung nicht mehr ganz so dringlich.

Mit einer endgültigen Einigung auf dem Stuttgarter Gipfel ist nach dem gestrigen Treffen der Außenminister schon deshalb nicht zu rechnen, weil Frankreich entschieden an seinen Widerstand gegen Sonderlösungen zugunsten der Briten festhält. Dies mußte auch Staatssekretär Lautenschlager vom Bonner Auswärtigen Amt feststellen, der sich im Auftrag der deutschen Ratspräsidentschaft in den Hauptstädten der EG-Länder über die Einstellung zu den Finanzierungsproblemen informiert hatte und darüber gestern im Ministerrat berichtete. Die meisten Regierungen sehen danach keine Möglichkeit, die britischen Wünsche unabhängig von der Frage der Eigenentnahmen der Gemeinschaft zu klären. Bundesaußenminister Genscher kündigte für die letzte Ministerratssitzung vor dem Gipfel einen eigenen Vorschlag der deutschen Präsidentschaft zum Finanzierungsproblem der EG an.

Bonn besorgt über Transitkontrollen

Seit 1981 hat sich die Zahl der Verdachtsinspektionen vervierfacht

hrk, Berlin/Bonn Der WELT am 19.4. gemeldeten neuen Rekordzahlen von Verdachtskontrollen im Transitverkehr bestätigt. Zu rund einem Drittel dieser Vorfälle komme es, weil manche Transitreisende entweder noch immer den seit November 1982 für den Berlin-Transit geschlossenen Übergang Horst/Lauenburg über die F5 ansteuern oder den seit 1985 an für den Transit zugelassenen Kontrollpunkt Stolpe an der nördlichen Stadtgrenze anfahren. Sie werden an beiden Übergängen überprüft.

In einer Antwort des Berliner Bundesanwalts Professor Rupert Scholz auf eine SPD-Anfrage im Abgeordnetenhaus heißt es, Beschwerden der Bonner Vertreter in der Transit-Kommission über die häufigen Verdachtskontrollen durch die „DDR“-Behörden seien von Ost-Berlin bisher zurück-

gewiesen und mit der „intensiven Erfassung“ der Fälle auf westlicher Seite erklärt worden.

Die Bonner Delegation habe jedoch deutlich gemacht, schreibt der Senator, daß sie „die gesamte Entwicklung, wie sie in der gestiegenen Zahl der von Transitreisenden gemeldeten Verdachtskontrollen sowie in der Intensität der durchgeführten Kontrollen zum Ausdruck kommt, mit großer Sorge betrachten müsse“.

Angesichts schon jetzt angemeldeter, organisierter Bus- und „Starnfahrten“ der Jungen Union und anderer Gruppen von Kundgebungssteilnehmern an den Berliner Veranstaltungen zur 30. Wiederkehr des Volksaufstandes vom 17. Juni sind neue Auseinandersetzungen über die Transitfrage mit den „DDR“-Grenzorganen zu befürchten.

gewiesen und mit der „intensiven Erfassung“ der Fälle auf westlicher Seite erklärt worden.

Die Bonner Delegation habe jedoch deutlich gemacht, schreibt der Senator, daß sie „die gesamte Entwicklung, wie sie in der gestiegenen Zahl der von Transitreisenden gemeldeten Verdachtskontrollen sowie in der Intensität der durchgeführten Kontrollen zum Ausdruck kommt, mit großer Sorge betrachten müsse“.

Angesichts schon jetzt angemeldeter, organisierter Bus- und „Starnfahrten“ der Jungen Union und anderer Gruppen von Kundgebungssteilnehmern an den Berliner Veranstaltungen zur 30. Wiederkehr des Volksaufstandes vom 17. Juni sind neue Auseinandersetzungen über die Transitfrage mit den „DDR“-Grenzorganen zu befürchten.

Empfehlung der Schlichter am Freitag?

Die Schlichtungskommissionen des öffentlichen Dienstes haben gestern mit ihren eigentlichen Verhandlungen begonnen. Die konstituierende Sitzung in der vergangenen Woche diente lediglich der Wahrung von Terminen. Die Schlichter Walter Krause und Hermann Höcherl wollen ihre Empfehlung bis zum kommenden Freitag erarbeiten. Sie verhandeln jeweils mit sechs Vertretern der öffentlichen Arbeitgeber und der beiden Gewerkschaftskommissionen (ÖTV und Tariftreue) unter Führung der DAG.

Die Verhandlungen finden an einem geheimgehaltenen Ort statt. Die Schlichtungsrunde soll ohne irgendwelche Störungen vonstatten gehen. Über den Inhalt der Gespräche wird von den Teilnehmern vereinbarungsgemäß Stillschweigen bewahrt. Offen war gestern zu Beginn der Schlichtungsverhandlungen, ob das in den Tarifverhandlungen hergestellte Junktim zwischen dem Lohn- und Gehaltstarif und der Neuregelung der Zusatzversorgung erhalten bleibt. Formell fordern die Gewerkschaften nach wie vor fünf Prozent mehr Lohn; tatsächlich aber versucht man eine Orientierung an dem Stahlabschluß (2,6 Prozent) zu erreichen. Für die Arbeitgeber liegt die entscheidende Hürde bei 2,3 Prozent.

Was in der Verhandlungsrunde geltend gemacht wird, ist vertraulich. Die Beteiligten werden sich aber beim Telefonat bis zum Freitag verständigen. Die Schlichter werden sich am Freitag mit der Empfehlung auseinandersetzen. Die Schlichter werden sich am Freitag mit der Empfehlung auseinandersetzen.

„DDR“ druckt jetzt Honecker-Interview

dpa, Berlin

In vollem Wortlaut haben gestern die „DDR“-Zeitungen das bereits am vergangenen Wochenende in Tokio veröffentlichte Interview von Staats- und Parteichef Erich Honecker mit der japanischen Zeitung „Nihon Keizai Shimbun“ abgedruckt. Honecker hat in dem Interview zu erkennen gegeben, daß seine Absage für einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht endgültig gemeint sei (WELT v. 24.5.). Gleichzeitig stellte er sich hinter die Verhandlungsposition der Sowjetunion in Genf. Positive Ergebnisse seien möglich, wenn die legitimen Sicherheitsinteressen beider Seiten beachtet werden.

Die „Finanzlage“ der „DDR“ sei, so Honecker, stabil. Bei der Rückzahlung von Krediten habe Ost-Berlin bisher jede Verpflichtung eingehalten.



So sieht ein Mobil-Spezial-Katalysator aus, der die Rohölnutzung entscheidend verbessert.

Raffinerien nutzen Rohöl immer besser – wir forschen weiter.

In der Katalysator-Forschung nimmt Mobil eine Spitzenposition ein.

Katalysatoren sind Substanzen, die chemische Reaktionen beschleunigen, ohne sich selbst zu verändern. Von Mobil entwickelte Spezial-Katalysatoren tragen dazu bei, eine vordringliche Aufgabe der Raffinerien zu lösen: aus dem teuren Rohöl mehr wertvolle und schwer ersetzbare Produkte zu gewinnen, z.B. Kraftstoffe und Chemie-Vor-

produkte. 90 Prozent aller katalytischen Crack-Anlagen auf der Welt verwenden von Mobil erfundene Katalysatoren. Zwei Beispiele für aktuelle Pionierleistungen: In unserer Raffinerie Wilhelmshaven (Foto) setzen wir erstmalig einen neuen katalytischen Prozeß ein, der schweres in leichtes Heizöl umwandelt. In Wesseling bei Köln

arbeitet jetzt eine Pilotanlage zur katalytischen Direktumwandlung von Methanol in Superbenzin nach dem Mobil-MTG-Prozeß.

Weitere Informationen erhalten Sie unter dem Stichwort „Katalysator-Forschung“ von der Mobil Oil A.G., Steinstr. 5, 2000 Hamburg 1.

Mobil
macht Energie mobil

Zweite Anlauf

Postministerin Schmidt hat gestern mit ihren eigentlichen Verhandlungen begonnen. Die konstituierende Sitzung in der vergangenen Woche diente lediglich der Wahrung von Terminen. Die Schlichter Walter Krause und Hermann Höcherl wollen ihre Empfehlung bis zum kommenden Freitag erarbeiten. Sie verhandeln jeweils mit sechs Vertretern der öffentlichen Arbeitgeber und der beiden Gewerkschaftskommissionen (ÖTV und Tariftreue) unter Führung der DAG.

Milliarde

Man mag sich doch vorstellen, daß die schwebende Lücke zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983 auf eine Milliarde Mark geschätzt werden kann. Dies ist die Differenz zwischen den Einnahmen des öffentlichen Sektors und den Ausgaben des öffentlichen Sektors.

Zweiter Anlauf

WB. - Postminister Christian Schwarz-Schilling reagiert auf die öffentliche Diskussion der Machtstellung seiner Beamten, die gar zu sehr das Fernmelde- und Telekommunikationsmonopol ausgedehnt hätten. Die geplanten Regelungen für die Verkleinerung sollen neu gefasst und dem Postverwaltungsrat am 6. Juni vorgelegt werden.

Die weitgehende Neufassung scheint in der Tat notwendig. Denn mit ihrem bisher vorliegenden Entwurf einer „23. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung“ haben es sich die Postfunktionäre gar zu leicht gemacht. Ganze Textpassagen wurden fast unverändert vom Telefon-Vorgänger übernommen. Und dabei ergab sich dann auch inhaltlich einiges, das weder zur Wirtschafts- noch zur Rechtsordnung so recht passen will.

Sosser ist es die Post auch in zusätzlichen Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit beteuern mag: Der bisherige Verordnungsentwurf besage (ohne die Möglichkeit der von den Postbeamten immer wieder unterstellten Fehlinterpretationen und Mißdeutungen) klipp und klar, daß das Fernmelde-Monopol wenigstens formal auch auf die Breitbandnetze ausgedehnt werden soll, und zwar wie beim Telefon bis in die gute Stube.

Was in der Verordnung steht, wird geltendes Recht. Die Zusatzverordnungen dagegen kann man bei Bedarf vergessen, wie fast alle politischen Willenskund-

bungen. Statt dem Bürger eine Verordnung unterjubeln, bei der alles gar nicht so gemeint ist, sollten die Postbeamten besser den beabsichtigten Inhalt in eine klare und eindeutige Form bringen. Oder sollte die erste Fassung doch schon die Absichten der Fernmelder (die bei gesättigtem Telefonmarkt Beschäftigungsprobleme auf sich zukommen sehen) widergegeben haben?

Neue Spielregeln

JB. - Mühsam ist die deutsche Zigarettenindustrie dabei, den preislich völlig aus dem Lot geratenen Markt wieder zu stabilisieren. Nachdem die BAT angekündigt hat, die großen Konsummarken auf 3,50 Mark zu verbilligen und gleichzeitig die Niedrigangebote im Preis wieder anzubieten, rauchen die Köpfe der Marketing-Strategen auch bei der Konkurrenz. Bis Mitte Juni wird die Preisstruktur bei Zigaretten auf ein deutlich niedrigeres Niveau abgesunken sein. Preisruhe, wie sie die Industrie lange Zeit genossen hat, kehrt damit freilich nicht ein. Schon machen am Markt Vermutungen die Runde, daß Aldi mit seiner Handelsmarken nicht nur die Mehrwertsteuer-Erhöhung nicht weitergeben wird, sondern sogar an eine Preisreduzierung auf 2,85 Mark denkt. Der Zigaretten-Industrie stehen jetzt die gleichen Erfahrungen bevor, die nahezu alle anderen Markenartikel schon hinter sich haben. Sind die Billig-Spezialisten erst einmal in einen Markt eingebrochen, gibt es zum Luftholen keine Pausen mehr. Die Branche tut gut daran, sich die neuen Spielregeln schnell zu gewöhnen.

Milliardenhilfe für Stahl

Von JOACHIM GEHLHOFF

Man möge sich doch, statt nach Staatshilfe zu schreien, den subventionierten tüchtigen Stahlunternehmer Willy Korf zum Vorbild nehmen. Vier Jahre ist es her, und die europäische Stahlkrise lief schon im fünften Jahr, als Bundeskanzler Schmidt eine stahlfördernde SPD-Parlamentarierin aus dem Ruhrrevier derart ins düstere Zukunfts entließ. Inzwischen sind der Lobende wie der Gelobte mit ihrer Politik längst pleite - und nur der Gelobte unverdienterweise.

Heute nun stecken wir im neunten Jahr der europäischen Stahlkrise. Und die neue Bundesregierung muß auch beim Stahl eine neue Politik formulieren, um mit den von ihrer Vorgängerin geerbten Sünden fertig zu werden. Eine neue Politik, um den unverzichtbar wichtigsten Teil der heimischen Grundstoffindustrie wenigstens einen Rest jener Lebenschancen zu sichern, die der 31 Jahre alte Montanunionvertrag postuliert: subventionierter Leistungswettbewerb im gemeinsamen Europa-Markt zum Wohl der tüchtigsten Produzenten und aller Stahlverbraucher.

Man kann es nicht oft genug betonen: Ginge es bei diesem abwegigen Vertrag mit rechten Dingen zu, dann hätte die in der EG unbedingten modernsten deutsche Stahlindustrie ihren seit Krisenbeginn um ein Zehntel auf noch gut 30 Prozent gesunkenen EG-Produktionsanteil sogar über ihr Traditions-Drittel steigern können. Auch der im weltweiten Wandel der Produktionsstrukturen bei vielen traditionellen Stahlprodukten unerlässliche Rückzug der Europäer wäre vornehmlich von den Leistungsschwachen in den anderen EG-Ländern auszubauen.

Ander Grund für die ganz andere und viel trauriger aussehende Realität ist nun zu erkennen, da auch die deutschen Produzenten mächtig an die Staatskassette drängen. Rund 80 Milliarden Mark an (eigentlich verbotenen) Subventionen haben die anderen EG-Länder seit 1975 zumeist aus beschäftigungspolitischen Gründen in ihre Stahlwerke gepumpt. In nicht seltenen Extremfällen ging dies bis zum vollen Jährigen-Gegenwert aller Personalkosten. Europäische „Chancengleichheit“ bei diesem Irrsinn hätten die deutschen Produzenten, das folgt aus ihrem Drittel-Anteil an der EG-Produktion, nur mit einer 40 Milliarden Mark schweren Plünderung der heimischen Steuerkassen erreichen können. Geradezu bescheiden gegenüber

AUSSENWIRTSCHAFT / Deutsche Hoffnungen für Gipfel von Williamsburg

In der Handelspolitik sind vor allem die Industrieländer gefordert

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Vom Weltwirtschaftsgipfel Ende der Woche in Williamsburg erhoffen sich die deutschen Außenhändler einen weiteren Impuls für den weltweiten Aufschwung. Gleichzeitig erwarten sie ein eindeutiges Bekenntnis der Regierungschefs für ein offenes Handelssystem. Nur bei einem kräftigen Wachstum des Welthandels seien die Entwicklungsländer in der Lage, mit ihrer hohen Verschuldung fertig zu werden. Dieses Problem dämpfe die Stimmung in den Firmen gegenwärtig am stärksten.

Die deutsche Export-Industrie hat im ersten Quartal mit 105,6 Milliarden Mark um zwei Prozent unter dem Stand der gleichen Zeit des Vorjahres gelegen. Beim Bundesverband des Deutschen Exporthandels in Bonn wird dieses aber nicht überbewertet. Denn die Nachfrage aus dem Ausland, die in der zweiten Hälfte 1982 stark zurückgegangen war, sei im ersten Quartal merklich lebhafter gewesen.

Überdies hätten sich die konjunkturellen Aussichten in einigen Ländern verbessert. Dies dürfte die Nachfrage nach Produkten aus der Bundesrepublik weiter stabilisieren. Der Gipfel in Williamsburg könnte dazu beitragen, daß sich die positiven Erwartungen weiter festigen. Allerdings sei die Unsicherheit in den Firmen wegen der offenen und verdeckten Handelsbarrieren und der hohen Verschuldung vieler Länder nach wie vor groß.

„Protektionistische Eigenbrötlei und neomerkantilistische Abschottungsmaßnahmen vom Weltmarkt können weder die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt, vor allem der Jumbo-Schuldenländer in Lateinamerika, Afrika und Osteuropa, lösen noch Arbeitslosigkeit und Konjunkturfälle be-

seitigen“, erklärte der Geschäftsführer des Export-Verbandes, Hans-Andreas Siemann, auf Anfrage. Unverbindliche Bekenntnisse für eine liberale Außenhandelspolitik reichten nach den Erfahrungen mit mehreren Konferenzen in den letzten Jahren jedoch nicht aus, um den Welthandel wieder zu stimulieren.

In der Handelspolitik seien vor allem die großen Industrieländer gefordert. Denn die Tilgung der auf rund 700 Milliarden Dollar geschätzten Auslandsschulden der Entwicklungsländer und die Zinsen müßten durch Exporte von Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Daher unterstützen die Industrieländer die handelspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer nach einer stärkeren Marköffnung, dem Abbau bestehender Handelsbarrieren und der Nicht-Diskriminierung der Schwellenländer. „Die nationale Überschuldung einzelner Länder ist das Übersee-Exportproblem Nummer eins für unsere Firmen“, betont Siemann.

Da die Hälfte der Verschuldung auf Lateinamerika (rund 300 Milliarden Dollar) entfällt, dürfte diese Region auch noch in den nächsten Jahren als Absatzmarkt eine geringere Rolle als in den sechziger Jahren spielen. Schwarzafrika sei ein riesiger Markt, aber außer Nigeria verfüge kein Land über Devisen. Durch den Preisverfall beim Erdöl sei auch dieses Land noch in Schwierigkeiten geraten.

Die Folge: Verglichen mit der gleichen Zeit 1982 seien im ersten Quartal die Exporte nach Nigeria um 56 Prozent, nach Afrika insgesamt um 26 Prozent gesunken. Im Lateinamerika-Handel wurde ein Minus von 14 Prozent registriert, wobei der Rückgang bei den drei Hauptschuldenländern Brasilien mit 28 Prozent, Mexiko mit 61 Prozent und Venezuela mit 22 Prozent am stärksten war.

Im Osthandel teilt der Verband die Auffassung der Bundesregierung, daß dieser die deutschen Sicherheitsinteressen nicht berühren dürfe. Gegen eine Neufassung der Cocom-Liste für den Technologie-Export sei deshalb auch so lange nichts einzuwenden, als dadurch der normale Warenaustausch nicht berührt werde. Eine Embargo-Politik sei, weil sie wirkungslos bleibe, abzulehnen. Eine politische Beschränkung der Dekontaminationspolitik des Bundes im Osthandel stoße auf den Widerstand des Verbandes.

Abgesehen vom Handel mit der Sowjetunion schätzt der Verband die Aussichten im Ostgeschäft nicht sehr rosig ein. Der Abbau der hohen Verschuldung gehe zu Lasten der Verkäufe in den westlichen Industriestaaten. Es sei daher zu befürchten, daß abgesehen von der Sowjetunion, der Osthandel in den nächsten fünf bis zehn Jahren auf das Niveau von 1970 absinke und stagniere.

OECD

Die Schweiz überstand die Wirtschaftskrise am besten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Besser als die meisten anderen westlichen Industriestaaten hat die Schweiz der Weltwirtschaftskrise dank ihrer großen wirtschaftspolitischen Anpassungsfähigkeit widerstanden. Insbesondere im Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit konnten die Eidgenossen Bestsergebnisse erzielen. Andererseits machte ihnen der starke Franken im Export zu schaffen. Dies zeigt der OECD-Bericht zur schweizerischen Wirtschaftslage.

Nachdem das Bruttosozialprodukt des Landes 1982 um 1,3 Prozent geschrumpft war, erwarten die OECD-Experten im Anschluß an die derzeitige Stagnationsphase für das zweite Halbjahr einen leichten Aufschwung der 1984 zu einem Wachstum von real 1,8 Prozent führen könnte. Bei der Industrieproduktion wird für 1983 noch mit einem Minus von zwei, aber für 1984 mit einem Plus von 3,5 Prozent gerechnet.

Die 1982 um real 3,6 Prozent geschrumpften Exporte von Waren und Dienstleistungen werden dieses Jahr allerdings weiter um ein Prozent zurückgehen; denn die Schweiz hat insbesondere im Touristenverkehr unter der Franken-Aufwertung und unter der Kaufkraftschwäche ihrer wichtigsten Auslandskunden zu leiden, heißt es in dem OECD-Bericht.

Gleichwohl dürfte der Leistungsabwärtsschub des Landes, der sich wegen des rezessionsbedingten Importrückgangs von 2,6 Milliarden Dollar 1981 auf 3,5 Milliarden Dollar 1982 erhöht hatte, 1983 auf 3,7 Milliarden Dollar weiter zu-

nehmen und damit 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen. Für 1984 erwartet die OECD trotz eines auf 3,2 Prozent veranschlagten Exportanstiegs einen Rückgang des Überschusses auf das Niveau von 1982.

Im Unterschied zur Rezession anderer Länder hat die Schweiz keine Zunahme der Arbeitslosigkeit gebracht. Mit 30 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erreicht sie nach wie vor nur ein Prozent der aktiven Bevölkerung. Das Ergebnis ist laut OECD auf die Anpassung der Saisonarbeiter und Grenzgänger an die Beschäftigungslage des Landes zurückzuführen. Für 1984 habe die Schweiz ein Arbeitslosenquote von nur 0,5 Prozent zu erwarten.

Gleichzeitig dürfte ihr von 5,7 Prozent 1981 auf 3,5 Prozent 1983 reduzierter Preisanstieg in diesem Jahr auf 2,5 Prozent begrenzt werden. Diese große Stabilität hat die Schweiz ihren relativ billigen Importen und der großen Disziplin der Sozialpartner zu verdanken.

Sehr relativ ist das Lob, das die OECD der schweizerischen Entwicklungshilfe spendet. Die öffentliche Hilfe habe zwar gegenüber 1980 um (nominal) neun Prozent zugenommen. Mit 0,24 Prozent des Sozialprodukts lag sie aber weiterhin erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (0,35 Prozent in 1981), was für das reichste Land der OECD zu wenig sei. Unter Einbezug des privaten Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer von 2,1 Milliarden Dollar kam die Schweiz auf 2,34 Prozent des Sozialprodukts, der OECD-Durchschnitt liegt bei 1,21 Prozent.

AUF EIN WORT



„In einer Zeit, in der die Sorge um die Erhaltung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze an vorderster Stelle steht und in der viele Gebiete von einem tiefgreifenden Strukturwandel erfaßt sind, gilt es, in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft durch wachsende Forschungs- und Technologieanstrengungen dieser außerordentlichen Herausforderung zu begegnen.“

Real brachte das „kritische Jahr für unseren Wirtschaftszweig“ seit Bestehen der Bundesrepublik (so ein Neckermann-Sprecher) sogar eine Geschäftseinbuße von 9,5 Prozent. Damit hat der Versandhandel auch Marktanteile eingebüßt (4,7 nach fünf Prozent). Der gesamte Einzelhandel konnte

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Franck, Vorstandsvorsitzender der Rütgerswerke AG, Frankfurt.

Abfindung für VW-Mitarbeiter

dos. Wolfsburg. Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, wird der Belegschaft des hantoverischen Nutzfahrzeugwerks ein bis zum 16. Juni befristetes Abfindungsangebot unterbreiten, nach dem jeder freiwillig ausscheidende Mitarbeiter 18 000 Mark erhalten soll. Mit dieser „Mobilitäts-Beihilfe“, so ein VW-Sprecher, soll der nach wie vor unbefriedigenden Auftragslage bei Nutzfahrzeugen Rechnung getragen werden. In dem Werk in Hannover sind derzeit noch rund 20 000 Mitarbeiter beschäftigt, davon etwa 13 000 direkt in der Produktion. Die seit knapp zwei Jahren währende Kurzarbeitsphase dauert weiter an. Das Angebot richtet sich an alle Mitarbeiter.

VERSANDHANDEL

Nur Spezialisten konnten noch Umsatzplus erzielen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die deutschen Versender, über Jahre hinweg mit dem Erfolg steter Zuwachsraten verwöhnt, müssen sich auf eine veränderte Landschaft einstellen. Schon der Kasstesturz am Ende des vergangenen Jahres hatte in der Branche (mit Ausnahme der Spezialversender) lange Gesichter ausgelöst: Zum ersten Mal nach dem Kriege schloß ein Jahr für den deutschen Versandhandel mit einem Umsatzrückgang ab. Um 4,2 auf gut 20 Milliarden DM sind die Umsätze auf Bestellung zurückgegangen.

Real brachte das „kritische Jahr für unseren Wirtschaftszweig“ seit Bestehen der Bundesrepublik (so ein Neckermann-Sprecher) sogar eine Geschäftseinbuße von 9,5 Prozent. Damit hat der Versandhandel auch Marktanteile eingebüßt (4,7 nach fünf Prozent). Der gesamte Einzelhandel konnte

gleichzeitig seinen Umsatz um beinahe 0,4 Prozent auf 462 Milliarden Mark ausweiten.

Die Hoffnung der Versender auf eine Belebung angesichts einer wieder beschleunigten Konsumneigung haben sich in diesem Jahr bisher nicht erfüllt. In der Branche werden die Minuszahlen der ersten vier Monate auf fünf bis sieben Prozent geschätzt; genaue Zahlen liegen bisher für das erste Quartal vor, in dem die Umsätze des Vorjahres um 2,8 Prozent unterschritten.

Als Ursache für das schlechte Abschneiden der Versender wird der scharfe Wettbewerb um das knappere Geld der Verbraucher gesehen: Der stationäre Handel forciert sein Geschäft laufend mit Sonderangeboten, eine Praxis, bei der die Versender auch wenn sich die Sonderkataloge häufen, nur schwer mithalten können.

MEXIKO

Neue Bankkredite werden erst im nächsten Jahr benötigt

H.A. SIEBERT, Washington. Mexiko benötigt in diesem Jahr keine zusätzlichen Bankkredite, falls die Ölpreise nicht weiter sinken und die Trockenheit in den landwirtschaftlichen Anbaugeländen keinen größeren Schaden anrichtet. Die bisher von den privaten Instituten geborgenen fünf Milliarden Dollar würden ausreichen, erklärte der mexikanische Finanzminister Jesus Silva Herzog bei einem Besuch in den USA. Für 1984 veranschlagte er den Kreditbedarf seines Landes auf rund vier Milliarden Dollar. Geplant sei, die Banken aufzufordern, ihre Ausleihungen generell aufzustocken.

Damit mexikanische Unternehmen ihren Kapitalbedarf decken können, will die Regierung, so Silva Herzog, das strenge Investitionsgesetz lockern. Von 49 auf 70 Prozent zeitweise angehoben werden soll das Betragslimit für Ausländer. Die zusätzlichen Anteile müssen aber zurückgegeben werden, wenn die Firmen wieder

bei Kasse sind. Nach Angaben des Ministers hat Mexiko in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Durchschnitt täglich 204 000 Tonnen Öl abgesetzt. Die im Januar anvisierten Verkaufsmengen seien leicht überschritten worden.

Silva Herzog bestätigte, daß Mexiko im ersten Quartal 1983 die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gesetzten wirtschaftlichen Ziele erreicht hat. Das werde auch in der April-Juni-Periode der Fall sein. Der Aufschwung, das Haushaltsdefizit in diesem Jahr von 17,9 (1982) auf 8,5 Prozent des Bruttosozialprodukts zu drücken, werde man sehr nahe kommen. Laut Silva Herzog wird Mexikos Wirtschaft 1983 um zwei bis fünf Prozent anwachsen, verglichen mit minus 0,2 Prozent im vergangenen Jahr. Die Inflationsrate soll von 100 auf 70 Prozent zurückgehen. Nach Berichten aus Mexiko fordern Gewerkschaften bereits Lohnsteigerungen um 50 Prozent per 1. Juli.

Kein Abgleiten in den Protektionismus

Köln (DW). - Die Internationale Handelskammer (ICC) Paris, hat die sieben am Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg teilnehmenden Industrienationen in einer Erklärung aufgefordert, das Abgleiten in den Protektionismus zu stoppen. Der ICC sind über 7000 Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen in der ganzen Welt angeschlossen. Die deutsche Gruppe der ICC mit Sitz in Köln hat über 500 Mitglieder (Unternehmen, Handelskammern, Wirtschaftsorganisationen).

Weniger Goldmünzen

Bonn (DW). - Der Verkauf offizieller Goldmünzen ist nach Feststellungen des Londoner Goldhandelshauses Samuel Montagu Ltd. im vergangenen Jahr weltweit um 20 Prozent auf 188 Tonnen zurückgegangen. Die geringere Nachfrage wird mit dem starken Goldpreisanstieg zwischen Juni und September 1982 erklärt. Rund 80 Tonnen werden in Form neuer Kriegergoldmünzen verkauft, so daß der Krügerand bei neu geprägten Goldmünzen auf einen Marktanteil von fast 50 Prozent kommt.

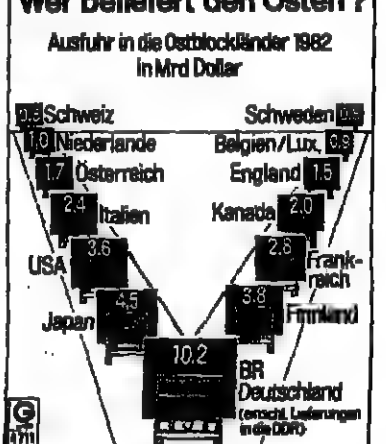
Überweisungen erschwert

Hamburg (VWD). - Argentinien hat den Transfer von Gewinnen eingeschränkt. Das argentinische Wirtschaftsministerium hat verfügt, daß Auslandsüberweisungen von Gewinnen aus registrierten ausländischen Investitionen nur noch geleistet werden können, wenn sie auf inflationsbereinigten Bilanzen beruhen. Wie die deutsch-südamerikanische Bank AG, Hamburg, berichtet, gilt diese Bestimmung auch für Reinvestitionen aus Bilanzen ab 1. Juli 1982 einschließlich der noch nicht registrierten Anträge.

Rückzahlung geregelt

Paris (AP). - Irak und Frankreich haben sich nach Informationen aus dem Außenministerium in Paris über die Rückzahlung der irakischen Schulden in Höhe von 13 Milliarden Franc (etwa 4,35 Milliarden Mark) geeinigt. Wie ein Sprecher des Ministeriums im Anschluß an Gespräche zwischen dem französischen Außenminister Claude Cheysson und dessen irakischem Amtskollegen Tariq Aziz mitteilte, wurden die noch offenen finanziellen Fragen geklärt. Einzelheiten gab er jedoch nicht bekannt.

Wer beliefert den Osten?



Unter den westlichen Lieferländern des Ostens nimmt die Bundesrepublik Deutschland eine Sonderstellung ein. Mit einem Exportwert von 10,2 Milliarden Dollar steht sie 1982 mit großem Abstand an der Spitze.

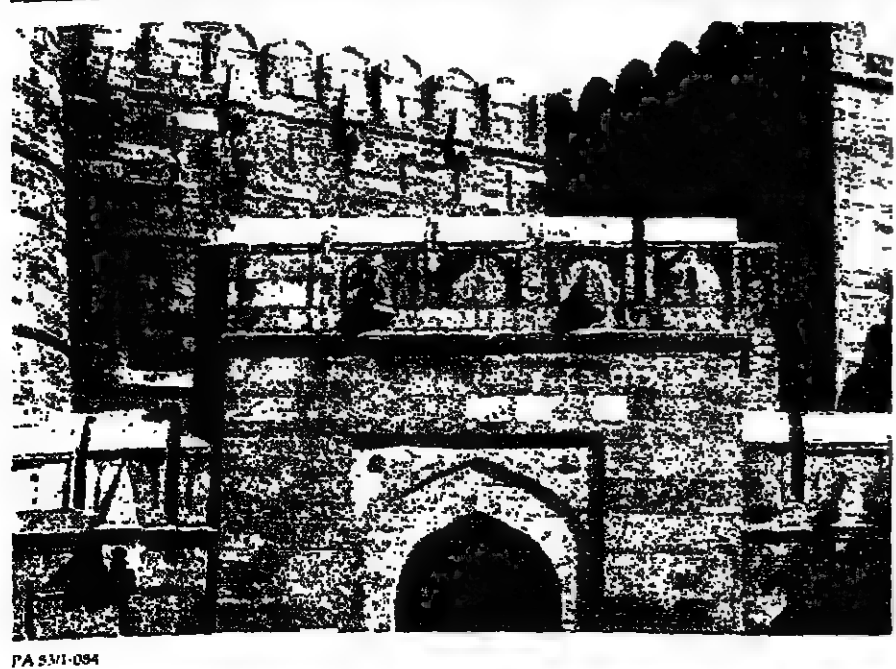
Quelle: GICUS

Besorgte Reeder

London (dpa/VWD). - Der Verband britischer Reeder (General Council of British Shipping-GBCS) hat sich in seinem Jahresbericht 1982 besorgt über die kleiner werdenden Handelsflotten der westlichen Welt geäußert. Nach den GBCS-Angaben besitzt Großbritannien derzeit mit 888 Seeschiffen und insgesamt 24,7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit nur noch die Hälfte des Bestandes von 1975, als die Tragfähigkeit noch 50 Millionen Tonnen ausmachte. Allein 1982 seien 126 Schiffe ausgemustert worden und die Tendenz gehe in diesem Jahr weiter.

Preisrollen verlängert

Wellington (rt). - Die Regierung Neuseelands hat eine Verlängerung der seit vergangenen Juli in Kraft gesetzten Lohn- und Preisrollen bis Ende Februar 1984 beschlossen. Premierminister Robert Muldoon kündigte dazu am Montag an, es werde auch nach der Aufhebung der Kontrollen keine völlige Freigabe von Löhnen und Preisen geben. Seit ihrer Einführung ist die Teuerung von 17 auf 12,6 Prozent im ersten Quartal 1983 gefallen. Derzeit sind in Neuseeland rund 100 000 Menschen ohne Arbeit. Das entspricht einer Quote von fünf Prozent.



PA 571-094

Indien 6x pro Woche.

Fliegen Sie mit Pan Am 747 nach Indien. Von Frankfurt aus. Montag und Donnerstag, Abflug 12.40, über Dubai direkt nach Bombay, Ankunft 2.05. Mittwoch und Samstag, Abflug 12.40, nonstop nach Delhi, Ankunft 1.00. Freitag und Sonntag, Abflug 12.40, über Karachi direkt nach Delhi, Ankunft 2.45. Buchen Sie bei Ihrem Pan Am Vertragsreisebüro. Oder rufen Sie uns an.

Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.



کذا من لاصی

HOFFMANN'S STÄRKE / Auf Marken konzentriert

Innovation brachte Erfolg

H. HILDEBRANDT, Bad Salzungen

Trotz der 1982 erzielten Umsatzsteigerung um 11,6 Prozent auf 96,4 (82,4) Mill. DM sind Licht und Schatten in der Unternehmensentwicklung der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzungen, ziemlich gleichmäßig verteilt. Bereits der Geschäftsbericht des Vorjahres läßt anklingen, daß nach Jahren planmäßiger Produktionsreduzierung bei der industriellen Stärkerzeugung weitere entscheidende Maßnahmen zu erwarten waren. Inzwischen wurde der nahezu vollständige Rückgang aus diesem Bereich beschlossen.

Entscheidend dafür war die auch 1983 trotz steigender Rohstoffpreise weiterhin rückläufige Erlösentwicklung bei der industriellen Maltstärke. Der sinkenden Nachfrage vor allem von Seiten der Papier- und Wellpappenindustrie steht dabei ein wachsendes Angebot neuer Wettbewerber gegenüber, wodurch die Preissituation weiter verschärft wird. Auch die Erschwerung des Exportgeschäftes mit Frankreich, dem Hauptabnehmer, trug zur Verschlechterung der Situation bei.

Dagegen hat sich das Markenartikelgeschäft durchaus positiv entwickelt. Die Umsatzsteigerung von 11,8 Prozent, die hier 1982 erzielt wurde, ist vor allem der Innovationsfähigkeit des Unternehmens zu verdanken, denn das Plus ist in erster Linie auf neue Produkte zurückzuführen. Vorteilhaft wirkte sich auch die Zusammenarbeit mit der Airwick AG, Basel, aus, Tochtergesellschaft von Hoffmann's, Schweiz. Dies gilt vor allem für den Exportbereich. Als nicht befriedigend wird allerdings auch im Markenbereich die Ertragsituation bezeichnet, was auch 1983 anhält, obwohl hier die Umsätze bisher leicht über Plan lagen. Die Konzentration der Nachfragemacht im Einzelhandel, über den 85 Prozent der Markenartikel abgesetzt werden, wird als Ursache für diese Entwicklung genannt.

Aus dem Bilanzgewinn von 0,93 (1,30) Mill. DM soll wie im Vorjahr eine Dividende von 8 Prozent auf das mit 11,6 Mill. DM unveränderte Stammkapital gezahlt werden. Vorsorglich verläutet aber bereits, daß mit einer Ausschüttung für 1983 und 1984 nicht zu rechnen ist.

WÖLBERNBANK / Kreditvolumen wuchs kräftig

Ertragsbild mit Flecken

JAN BRECH, Hamburg

Ein Engagement in der krisengeschüttelten deutschen Stahlindustrie hat bei dem Hamburger Bankhaus Wölbern & Co. das schöne Ertragsbild der letzten Jahre getrübt. Nach Angaben der persönlich haftenden Gesellschafter Ove Franz, Albert Jäger und Joachim Kerschul mußten für Wertberichtigungen im Kreditgeschäft der überwiegende Teil des Jahresüberschusses verwendet werden. Die Bank, die als einzige Privatbank in Hamburg eine vollständige Gewinn- und Verlustrechnung vorlegt, weist für 1982 einen um 53,3 Prozent geringeren Gewinn von 0,91 Mill. DM aus. Er wird der Rücklage zugeführt.

Das Betriebsergebnis, das in den Jahren 1981 und 1980 stark verbessert worden war, ist im Berichtsjahr gehalten worden, betonten die Komplementäre. Bei einem um insgesamt 27,6 Prozent auf 245 Mill. DM gestiegenen Kreditvolumen (Geschäftsvolumen 348 Mill. DM) sei im zinsabhängigen Geschäft ein gutes Ergebnis erzielt worden und entsprechendes gelte für den Dienstleistungsbereich. Die Bank ist überwiegend im kurz-

fristigen Außenhandelsgeschäft tätig.

Der Ausbau des Kreditgeschäftes mit der mittelständischen Privatkundschaft vor allem auch in der Hafenwirtschaft soll in diesem Jahr fortgesetzt werden. Die Basis ist durch die Aufstockung des Kommanditkapitals um 5 auf 20 Mill. DM geschaffen worden.

An der Wölbernbank, deren letzter Namensträger Mitte 1978 ausgeschieden ist, ist die Credit Lyonnais, Paris über ihre Tochtergesellschaft, der künftigen Credit Lyonnais Bank Nederland N.V. (früher Slavenburg's Bank) mit 87,5 Prozent beteiligt. Geschäftsbereichsscheidungen mit der Credit Lyonnais, die über eine eigene Filiale in Hamburg verfügt, gebe es nicht, heißt es. Im übrigen sei man bei Wölbern unverändert daran interessiert, unter der Flagge „Hamburger Privatbank“ zu segeln.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres verläuft in normalen Bahnen. Neue Risiken, die das Ergebnis zusätzlich belasten könnten, seien bislang nicht eingetreten und auch nicht erkennbar.

GEBR. SINN / Hohes Plus in Umsatz und Ergebnis - Weiter Übernahmepolitik

Erfolgreicher Gang übers Drahtseil

HARALD POSNY, Köln

In Zeiten bedrückender Probleme im Einzelhandel auf Expansion zu schalten ist schon mutig. Jürgen Achenbach, vom Vorstand der Westdeutsche Handelsgesellschaft Gebr. Sinn AG, Köln, spricht für die 17 Textil- und Bekleidungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland von Optimismus und antizyklischen Verhalten mit Vorleisungen, die nicht ohne Drahtseil-Risiken waren. Aber wir haben unser Herz in die Hand genommen.

Gleichgewichtig wurden 1982 (wie auch 1983) durch Modernisierung zweier Häuser bestehende Umsatzreserven vor allem in qualitativer Verkaufsflächenverbesserung im Umsatz je qm und Verkaufskraft (7550 oder 189 000 DM) ausgeschöpft und durch die Übernahme des früheren Hauses Heinemann in Mönchengladbach auch die quantitative Flächenanbahnung auf 51 000 (45 000) qm betriebl. Der gezielten Übernahme bestehender Häuser anstelle völliger Neugründung wird, so Achenbach, auch künftig der Vorzug gegeben.

Das neue Haus und die erfolgten Umbauten waren 1982 mit rund 10 Prozent am Umsatzzuwachs von 15,9 (17,2) Prozent auf 384 Mill. DM beteiligt. Risikobereites und antizyklisches Verhalten in der Waren- und Werbepolitik sorgten für das flächenbereinigte Wachstum von fast 6 Prozent, von dem - selbst preisbereinigt - 3,5 bis 4 Prozent übriggeblieben sein dürften.

Dies alles läßt jedoch nicht vergessen, daß die Familien-AG in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet hat, nach der Amputation der Großhandelsaktivitäten „aus dem Souterrain wieder in die Beletage (Achenbach)“ vorzudringen. Zwar hält Sinn bei einer Handelsspanne von 35,8 (36,1) Prozent die erzielte Rendite von 3 Prozent vor Zins und Steuern für zu niedrig, doch kann die Gesellschaft mit dem verbesserten, ohne an Erträge verschönten, Ergebnis und den Bilanzrelationen zufrieden sein.

Der Jahresüberschuss erreichte 4,1 Mill. DM, von denen 2,4 (1,6) Mill. DM den Rücklagen zugeführt, der Rest an die Aktionäre (wieder 5

DM je 50-DM-Aktie) geht. Das Ergebnis je Aktie stieg nochmals, von 10,99 auf 14,26 DM (inkl. Steuergutschrift). Die Eigenmittel machen 37,7 (38,2) Prozent der Bilanzsumme aus und überdecken das Sach- und Finanzanlagevermögen trotz hoher Investitionen (12,1 nach 4,5 Mill. DM) leicht durch Verwendung einer 65-Bilcklage) um mehr als 30 Prozent.

Die Tochtergesellschaft WHG-Einkaufs-GmbH hat 1982 ihren Umsatz um 38 (53,3) Prozent auf knapp 97 Mill. DM erhöht. Sie betreut inzwischen 21 Unternehmen mit 65 Kaufhäusern, die einen Umsatz von mehr als 1,1 Mrd. DM auf sich vereinen.

Bei der Sinn AG lagen Umsatz und Ergebnis im 1. Quartal 1983 um 7 Prozent über dem Vorjahr. Dies läßt nach den Worten Achenbachs jedoch eine Wiederholung des Vorjahreswachstums nicht zu, „zumal die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte auch dieses Mal nicht voll an den Verbraucher weitergegeben werden kann und wie eine Sondersteuer die Einzelhandelsströme des 2. Halbjahres belastet“.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Im Anstand schwächer

Hannover (dos.) - Die zum Höchst-Konzern gehörende Riedel-de-Haen AG, Seelze, rechnet im laufenden Jahr 1983 bestenfalls mit einer leichten Zunahme des Umsatzes. Vorstandsmitglied Werner Symannek wies auf der Hauptversammlung darauf hin, daß vor allem die Nachfrage aus dem Ausland sich deutlich abgeschwächt habe. Die bessere Stimmung im Inland wirkte sich bislang lediglich auf die Lieferungen für die Bauwirtschaft positiv aus. Dagegen seien die Impulse im Bereich der konsumnahen Produkte weiterhin schwach. Im Geschäftsjahr 1982 hatte Riedel den Umsatz auf 241 (225) Mill. DM steigern können. Die Hauptversammlung folgte dem Vorschlag der Verwaltung, aus dem Bilanzgewinn von 1,58 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 11 Prozent auszuschütten.

Rolinto beständig

Düsseldorf (Py.) - Die überwiegend in Aktien diversifizierende Unternehmen anlegende niederländische Rolinto N.V., Rotterdam, hat in den ersten 6 Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1982/83 (28. 2.) den Wert je 50-hfl-Anteil um 23 Prozent auf 247,50 hfl. gesteigert.

Das Ergebnis ist vor allem der günstigen Stimmung an den Börsen in USA, Japan und in den Niederlanden zu verdanken. Das Fondsvermögen von 3,17 (Ende August 1982: 2,57) Mrd. hfl. war zu 44,3 Prozent in den USA, zu 22,5 Prozent in Europa und zu 15,8 Prozent in Japan angelegt. Der Schwerpunkt der Anlagen lag im Elektrobereich (15,5), im Bankensektor (11,5) und bei Erdöl (11,4) Prozent.

David in Vergleich

Stuttgart (nl.) - Die in Familienbesitz befindliche David Computer GmbH, Stuttgart, KDV-Anbieter für kleine und mittlere Betriebe, hat Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt. David erzielte in 1982 einen Umsatz von rund 100 Mill. DM.

Gehe wächst weiter

Stuttgart (nl.) - Die Gehe AG, Stuttgart, eines der großen Pharma-Großhandelsunternehmen, rechnet für 1983 mit einem Umsatzzuwachs in der Größenordnung des Vorjahres. 1982 war der Umsatz um 7,8 Prozent auf 929 Mill. DM gestiegen. Der Jahresüberschuss nahm auf 1,08 (0,75) Mill. DM zu. Es werden wieder 4 Prozent Dividende auf 27 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

Höhere Einnahmen

Hannover (dos.) - Die Magdeburger Union Rechtsschutz Versicherungs-AG, Hannover, konnte 1982 die Beitragseinnahmen um 13,1 Prozent auf 28,4 (25,1) Mill. DM steigern. Die Zahl der Versicherungsverträge erhöhte sich gleichzeitig um 4,2 Prozent auf 167 000. Nach Angaben des Vorstands nahmen die Leistungen für Versicherungsfälle auf 17,9 (15,8) Mill. DM zu.

F. Reichelt ohne Dividende

Hamburg (VWD) - Das pharmazeutische Großhandelsunternehmen F. Reichelt AG, Hamburg, hat das Geschäftsjahr 1982 mit einem Bilanzgewinn von 0,17 (0,16) Mill. DM abgeschlossen. Die Dividendenzahlung wird jedoch noch nicht aufgenommen. Der Gewinn soll auf neue Rechnung vorgetragen werden, schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 29. Juni vor.

Kempinski mit 7 Prozent

Berlin (VWD) - Der Aufsichtsrat der Kempinski AG, Berlin, wird der Hauptversammlung am 8. Juli für 1982 die Verteilung einer unveränderten Dividende von 7 Prozent vorschlagen. Einschließlich Steuergutschrift beträgt sie rund 11 Prozent.

HEIDELZEMENT / Auf Anpassungskurs

Baustoffe im Inland gefragt

JOACHIM WEBER, Heidelberg

Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, kann auch für 1982 mit einem „unter Berücksichtigung der schwierigen konjunkturellen Lage“ zufriedenstellenden Ergebnis aufwarten. Den Aktionären wird für die Hauptversammlung am 14. Juli eine unveränderte Dividende von 6,50 DM je 50-DM-Aktie auf 120 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen.

Das Unternehmen hat auch 1982 wieder deutlich besser abgeschnitten als die Gesamtbranche. Während die Zementindustrie einen Absatzrückgang von 7 Prozent zu verzeichnen hatte, ging der Zementabsatz der Heidelberger „nur“ um 3,4 Prozent zurück. Durch die stärkere Verlagerung auf hochwertige Produkte und veredelte Betriebsstoffe sowie durch kostenbedingte Preiserhöhungen konnte der Umsatz trotz der Mengen-Talfahrt um 9 Prozent auf 818 (749) Mill. DM

gesteigert werden. Für 1983 erhofft sich der Vorstand bei verbesserter Inlandsnachfrage und geringeren (Opec-)Exportchancen einen Baustoffabsatz auf Vorjahreshöhe.

Nachdem in den beiden Vorjahren die Umstellung auf den Energieträger Kohle - nur ein Restbedarf von 6 Prozent entfällt bei Heidelberg jetzt noch aufs Öl - den größten Teil der Investitionen in Anspruch genommen hatte, standen 1982 „Erneuerungs- und Erhaltungsinvestitionen“ im Vordergrund.

Die dreijährige Absatz-Talfahrt habe nicht nur kurzfristige Überbrückungsmaßnahmen, sondern langfristig wirksame Anpassungskorrekturen erforderlich gemacht, so der Vorstand in einem Aktionärsbrief. Die Rücknahme der Belegschaft auf 2733 (2762) Mitarbeiter erscheint unter diesem Aspekt recht glimpflich.

ELECTRONIC 2000 / Dividende von 20 Mark

In der Flaute gewachsen

DANKWARD SEITZ, München

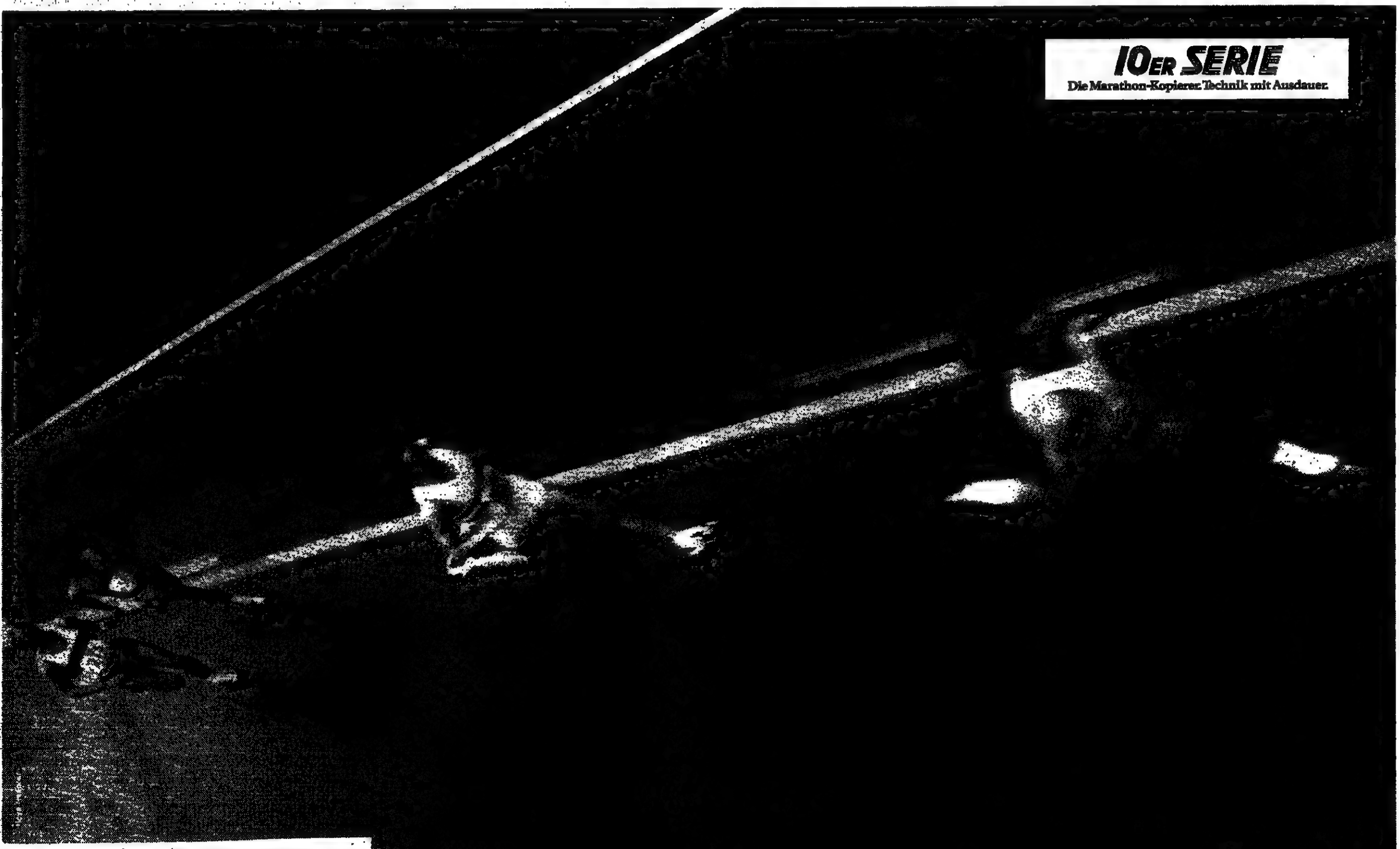
Eine Dividende von 20 DM je 50-DM-Aktie schlägt die Electronic 2000 Vertriebs-AG, München, für das Geschäftsjahr 1982 der Hauptversammlung am 21. Juni vor. Dies entspricht der Ausschüttung, die das Unternehmen, das zu den größten deutschen Distributoren von Halbleitern zählt, Mitte letzten Jahres bei der Einführung seiner Aktien an den Börsen von München und Hamburg versprochen hatte. Damals waren 50 Prozent des Grundkapitals von 3,5 Mill. DM für den Handel bereitgestellt worden; der Rest liegt bei den Familien der Firmengründer Werner und Günter Wolf.

Obwohl Electronic 2000 wie die gesamte Branche 1982 unter einer nachhaltigen Rezession und teilweise drastischen Preiseinbrüchen zu leiden hatte, ist es dem Börsen-Newcomer gelungen, den Jahresüberschuss mit 1,49 (1,52) Mill. DM in etwa auf dem Vorjahresniveau zu halten. Das Ergebnis nach Steuern (DVFA) wird im Geschäftsjahr mit 1,53 Mill. DM angegeben, was einem Gewinn pro Aktie von 21,90 DM (ohne Steuergutschrift) entspricht. Für 1981 war der Gewinn pro Aktie bei der Börsenführung auf 19,66 DM geschätzt worden. Zurückgeführt wird die Ergebnisverbesserung von der Verwaltung darauf, daß vor allem

„die Kosten 1982 im Plan gehalten“ werden konnten.

Wie stark der Bauelemente-Händler Wettbewerb und Preisdruck zu spüren bekam, wird darin deutlich, daß bei einem um 27,9 Prozent höheren Aufwand für bezogene Waren der Umsatz nur um 19,7 Prozent auf rund 47,3 Mill. DM gesteigert werden konnte. Daß dies trotz des rezessiven Trends gelang, führt der Vorstand in erster Linie auf einen 1981 geschlossenen Distributorenvertrag mit Texas Instruments zurück. Dieser und andere mit Lieferanten getroffenen Vereinbarungen seien 1982 erst richtig zum Tragen gekommen. So hätte man schon nach dem ersten Quartal 1982 den Umsatzplan von 45 auf 47 Mill. DM nach oben revidieren können. Hauptumsatzträger waren integrierte Schaltungen und Mikrocomputer-Systeme mit den dazugehörigen Terminals. Der Auftragsbeleg habe das ganze Jahr über in der Größenordnung der Umsätze gelegen.

Die Zukunft sieht man bei Electronic 2000 recht zuversichtlich. Langfristig sei auf dem Markt elektronischer Bauelemente mit kräftigen Zuwachsraten zu rechnen, wobei ein wesentlich höherer Anteil der Distribution erwartet werden könne. Unter diesem Aspekt sei auch 1983 der Lagerwert gesteigert und mit dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes begonnen worden.



Xerox 1045. Ein Marathon-Kopierer von außergewöhnlicher Flexibilität.

Wünschen Sie sich einen Kopierer, der sich nach Ihren Wünschen richtet? Dies ist kein Wunschdenken mehr. Denn schon im mittleren Volumensbereich gibt es

von Rank Xerox ein Kopiersystem, das dank seines Modulkonzepts äußerst flexibel ist. Den Marathon-Kopierer Xerox 1045. Die Konfigurationen geben Ihnen die Möglichkeit, den Kopierer zusammenzustellen, der Ihren Bedürfnissen entspricht. So bezahlen Sie nur so viel für einen Kopierer, wie Sie wirklich brauchen. Anders als die Aufgabenbereiche, so brauchen Sie in Zukunft nicht gleich einen neuen Kopierer. Mit dem Xerox 1045 sind

Sie in der glücklichen Lage, nur die Konfigurationen zu ändern. Und schon wieder haben Sie Ihren Wunschkopierer. Knapp über einen Meter breit, bietet er denkbar viele Möglichkeiten. Zum Beispiel mit der elektronischen Informationsanzeige, die Sie Schritt für Schritt durch ein Programm führt. Oder durch die automatische Qualitätskontrolle, die bei Voll-, Halb- und sogar schwierigen Blau- tönen gleichbleibende Qualität garantiert.

Er ist ein Vorbild an Zuverlässigkeit. Darum gehört er zu den Kopierern, die wir die Marathon-Kopierer nennen.

RANK XEROX®

Aktien gaben überwiegend nach

Der weitere Zinsanstieg hemmt die Unternehmungskraft

DW. - Der feste Dollarkurs und die weiter steigenden Zinsen drücken am Wochenende auf die Stimmung am Aktienmarkt. Besonders die Kursrückgänge in den USA, die sich auf den deutschen Markt übertragen, hemmen die Unternehmungskraft. Die meisten Standardwerte gingen um 1 DM nicht hinaus. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden. Die meisten Aktien lagen am Ende des Tages um 1 DM nicht höher. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden.

Die Aktienkurse gaben überwiegend nach. Der weitere Zinsanstieg hemmt die Unternehmungskraft. Die meisten Standardwerte gingen um 1 DM nicht hinaus. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden. Die meisten Aktien lagen am Ende des Tages um 1 DM nicht höher. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Aktien-Umsätze
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2

Finanzmarkt

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Die Aktienkurse gaben überwiegend nach. Der weitere Zinsanstieg hemmt die Unternehmungskraft. Die meisten Standardwerte gingen um 1 DM nicht hinaus. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden. Die meisten Aktien lagen am Ende des Tages um 1 DM nicht höher. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden.

Die Aktienkurse gaben überwiegend nach. Der weitere Zinsanstieg hemmt die Unternehmungskraft. Die meisten Standardwerte gingen um 1 DM nicht hinaus. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden. Die meisten Aktien lagen am Ende des Tages um 1 DM nicht höher. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf dem Markt befindlichen Aktien zu verkaufen. Auf der anderen Seite konnten die Aktienkurse nicht auf den Stand vom Freitag zurückgeführt werden.

Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Aktien-Umsätze
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2
AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2	AGF 14,7-15,2

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

DM-Anleihen	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
DM-Anleihen	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
DM-Anleihen	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
DM-Anleihen	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
DM-Anleihen	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Ausland	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Ausland	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Ausland	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Ausland	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Ausland	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Optionshandel	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Optionshandel	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Optionshandel	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Optionshandel	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Optionshandel	Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München
Devisen	Geldmarkt	Frankfurt	Hamburg	München

Woch. 25. Mai 1983

WELT

Die Welt ist ein elektronisches Medium, das Ihnen die neuesten Nachrichten und Informationen aus aller Welt liefert. Mit der Welt können Sie sich über die neuesten Ereignisse in der Welt informieren und sich über die neuesten Entwicklungen in der Welt informieren.

Die Welt ist ein elektronisches Medium, das Ihnen die neuesten Nachrichten und Informationen aus aller Welt liefert. Mit der Welt können Sie sich über die neuesten Ereignisse in der Welt informieren und sich über die neuesten Entwicklungen in der Welt informieren.

Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern

1084.5-1085.5	1077.0
1114.5-1115.0	1107.0
458.00-489.00	462.00
482.50-483.00	476.00
8625-8630	8610
8713-8715	8710

[illegible]

Außergewöhnliche Beteiligung

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

Immobilien dienst

Sittensen, BAB Hamburg - Bremen

Gewerbegrundstück, ca. 16.700 m², mit Produktions- und Lagerhalle, Werkstatt und Verwaltungsgebäude, steht an der BAB gelegen, ca. 300 m

Halle I:	Stahlblechkonstruktion, 675 m ² , Sozialräume, Verbundsteinfloßplasterung und Heizung, Baujahr 1932
Halle II:	Stahlblechkonstruktion, 1300 m ² , Verbundsteinfloßplasterung, Beheizung möglich, Baujahr 1974
Halle III:	Stahlblechkonstruktion, 750 m ² , Sozialräume, Verbundsteinfloßplasterung und Heizung, Bauj. 1973

Verwaltungsgebäude: 145 m², Bauj. 1974

Im Bereich der Hallen sind umfangreiche Hoffeststellungen vorgenommen worden, das Grundstück ist z. Zt. mit einer Hölle bebaut, es können betriebliche Erweiterungen vorgenommen werden. Jede Halle kann wirtschaftlich für sich selbst genutzt werden, daher sind Teilzeileute möglich. Kaufpreis: DM 1.700.000,-

Zwei Eigentumswohnungen

In einem 4geschossigen Mehrfamilienhaus mit jeweils einem dazugehörigen Stellplatz in der Tiefgarage des Hauses – sehr gute Bauausführung – in Buchholz, Karlstr. 5, zentral gelegen, gute Wohnlage, mit Einbauküche und großer Loggia.

Wohnfläche:	je ca. 60 m ²
Verkehrswert:	DM 120 000,- für die Wohnung im Erdgeschoß DM 125 000,- für die Wohnung im 1. Obergeschoß

Im Zwangsversteigerungstermin beim Amtsgericht Tostedt Unter den Linden 23, am 09. 06. 1983, 9 bzw. 9.15 Uhr

Tel. nach Geschäftszeit: 0 42 82 / 0 06 Herr Gerben

Volksbank Sittensen eG
Bahnhofstr. 5 2732 Sittensen ☎ 04282/2081

★★★★★

HOTEL DER INTERNATIONALEN SPITZENKLASSE

Bestens eingeführtes Haus im Ganzjahresbetrieb mit breitgefächerten Angebot für anspruchsvolle Kur- und Urlaubsgäste, 150 Betten in 83 Zimmern und Apartments mit allem Komfort, 2 Speisäle, Passantenrestaurant, Tages- und Nachbär, großes Hallenbad, Sauna, med. Bilderabteilung, alles in exkl. Ausstattung, Tennis, Tischtennis, Bocce, Reiten, alle Wintersportarten.

Ca. 35.000 qm Grund. Anfragen an:

WIRTH IMMOBILIEN

Anfragen bitte an Ersthypothekar unter PC 6254 Anzeigen-Expedition Heinrich Hess, Friesenstr. 35, 5000 Köln 1, oder telefonische Anfrage von 9-16 Uhr unter 02 21 / 57 21-4 87.

Idylle in Friesland



COMERSEE

Baunoternehmen verkauft in Comenno Kleinvilla m. 2 Zi., Aussenhalter, mit verschiebb. Trennwand m. Platz für 2 Betten, Küche, 2 Bäder, u. Toiletten, Aussenbox, Keller, Laubengang u. 1. Garten mit Seeblick. Schreibf.

Sie bitte an:

EDILBELLAGIO srl
 23021 Bellagio - ITALIEN
 Tel. 0362/7771

Telefon (030) 71 55 56 77

★★★★★

Berlin

**Klimatisierte,
massive Halle**

insbesondere als Film- und Fotolabor
oder für ähnliche Zwecke
einschl. Lagerung geeignet

<p>Hochschätzbar bei Veraltern, in ruhiger, wunderschöner Lage, in sehr guter B. 1953. Einmalige Schulgebäude, das 1927/28 zum Ferienhaus umgestaltet wurde. Es umfasst 14 Wohnräume und 10 Bäder. Grund-Größe 654 qm. W. 5110 000,- DM.</p>	<p>Achtung, Ski- und Wanderfreunde!</p> <p>Einmalig reiches Luxus-Chalet in Sonnental Wallis/Schweiz. 1200 m. ü. N. 1953. 1200 qm. 1200,- Frs. von ch. 300.000,- (inkl. 1200 qm. Land). Transzente Aussichtsgr. z. S. E. Skistation, Privatstrassen, Skiliftgarage usw. Derartige Ausstatt. derartig billig verhandelt. Sinn. K. phthalpage, gute Kreditkonditionen.</p>
<p>Briefmarken und</p>	

Baujahr 1973
Stahlkonstruktion, ebenerdig,
Höhe 4 m, 1130 m²
Büro (inkl. Kantine) 600 m²
Anfragen erbeten an:
Verwaltung des
ehemaligen Reichsbahnvermögens

Südschwarzwald
Hofgrund - Scheinwald
Hofgrund - Scheinwald

Gewerkekomplex Hamburg
solvent vermarktet bis 12/87, Netto-
-Miete DM 140 000,- p. l., 330
DM 78 1,86 Mio. zu verkaufen. -
Zusch. u. 2 6890 an WELT-Ver-
lag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen

3 Zimmer, ab DM 130 300,-

Kurort Lanzdöhr
Eigentumswohnungen, 1½
bis 2½ Zimmer, inkl. Garage
ab DM 137 600,-

GISINGER WOHNBAU
76300 Freiburg, Karlstraße 6
Telefon 07 61 31 17 49

GESUCHE

Solvente Gesellschaft bürgerlichen Rechts
sucht Gewerbegrundstücke
von 15 000–35 000 m² in Gemeinden in der Nähe größerer Städte oder
in Ballungsgebieten.

Zuschriften unter A 5891 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Kessen.

SAUNANLAGEN
PECHNER – Bauser – Solbach, 7770 Schwetzingen, Pfalzheimstr. 7, Tel. 07 91 / 21 16

SEESTÄTTUNGEN
3000 Hamburg 1, Erste Deutsche Reederei, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SEMINARE
VA-Akademie für Führen und Verwalten (Verwaltungsakademie e. V., 6051 Sulzbach b. Frankfurt, Hauptstr. 15, Tel. 0 69 362 70 01

SENIOREN-WOHNSITZE
8100 Garolach-Parsonkirchen, ROTES KREUZ-Bezugsungesellschaft mbH, Betonrezepte Perfektorien, Mittelweg 10, 91 05 21 - 53 40
8000 Kempten, ROTES KREUZ-Bezugsungesellschaft mbH, Senioren-Parkplatz Hofstallmayer-Park mit Pflegestation, Haus L., Heberstr. 1, Tel. 08 31 / 50 41

SENKRECHT-LÄNDELN
2 H 13, auch gebraucht geg. neu, Dr. Meier + Co, Hennestr. 36, Tel. 0 40 / 44 22 22

SILVESTER-GROSSFEUERWERK
8328 Bad Wiesbaden, F. Stritzl GmbH, Feuerwerkerei, Post. 2 13, Tel. 0 86 41 / 22 67

SPRACHSCHULEN / SPRACHKURSE
8000 Köln 1, BLS Sprachschule, Hohenzollernring 5, Tel. 02 21 / 34 42 00

SQUASHANLAGEN
2100 Hamburg 90, Squash Court Service GmbH, Tel. 0 40 / 77 27 45 46

SCHAUFESTER-FIGUREN
FIGUREN-JUNG KG, für Mode und Sport, Messen und Preise, von 80.- bis 1800.- DM, 9510 Fürth/Sg., Kaiserstr. 158-170, Tel. 09 117 80 67, Telex 92 52 929

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG
CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langerstr. 21, Tel. 0 04 11 - 2 41 24 35 / 56, Tel. 00 45 - 13 685, spezialisiert auf bankgerichtete qualitätsorientierte off-Anlagen; auch Anspargprogramme.

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS
5730 Bad Kissingen, Hotel KUR-Center, Tel. 09 71 8 11, Telex 0 672 837
2190 Cuxhaven-Düneburg, Hotel Seeluise, Hallenstad, Telefon 0 47 21 / 4 70 05 - 67
4701 Haren-Steppen, B&B Rautschke Frymeyer-Hotel, Tel. 0 28 95 - 35 65 od. 83
1190 Mühldorf (bei Darmstadt-Eberstadt), Rest. Burg Frankenstein, Tel. 0 61 51 - 5 48 18
6256 Weilburg/Lahn, Schloßhotel Weilburg, Tel. 0 64 71 - 3 80 86, Tel. 4 84 730

TOUPETS / PERÜCKEN
Brehmer GmbH, 2620 Bremen, Parkstr. 116, Tel. 04 21 / 34 30 16, deutsche Maßarbeit, Brehmer-Top-Center im gesamten Bundesgebiet, Anschreiben anfordern

USA-KAPITALANLEGEN
US-PAPIRLAND und VERMUTLAND, HUBER FARR SERVICE INC., 5050 Poplar Ave., Memphis, Tenn. 38157 USA, Tel. 0 615 / 2 91 29
HUBER THELAND AG, Linderstr. 76, CH-8027 Zürich, Tel. 00 41 / 1-2 02 91 77

VERMIETER FERIENHÄUSER / FERIENWOHNUNGEN
8000 München 46, TOURIST GmbH, Karl-Theodor-Str. 66, Tel. 0 89 / 33 00 80 86

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ
CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langerstr. 21, Tel. 0 04 11 - 2 41 24 35 / 56, Tel. 00 45 - 13 685, spezialisiert auf bankgerichtete qualitätsorientierte off-Anlagen; auch Anspargprogramme.

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HÄUSERN
62 Wiesbaden, Munro & Partner, Kala-Friedr.-Ring 7, T. 0 61 21 / 52 40 45*

WERBEARTIKEL
4 Düsseldorf 31, Petra Lück Werbeartikel, Post. 34 02 54, Tel. 02 03 / 74 12 86

ZEITUNGSAUSSCHNITTBÜROS
5300 Bonn, Hermes R. Severin, Weberstr. 92, Tel. 02 28 - 21 91 26
1000 Berlin 45, Der Ausschnitt, PF 45 02 80, Tel. 0 30 / 77 72 70 Tel. 1 83 538

ZÜNDHOLZVERWALTUNG
2722 Visselhövede, von Deyen ZÜCLAM GmbH, PF. 248, Tel. 0 42 62 - 774, Tel. 24 301

[illegible]

erscheint wöchentlich

Anstand und Wende

gaz. - In Ost-Berlin reißt die Kette hochoffizieller „Erklärungen“ und „Stellungnahmen“ gegen ehemalige DDR-Schriftsteller nicht ab. Ost-PEN, Schriftstellerverband, Reclam-Verlag, Aufbau-Verlag, Verlag Volk und Welt - sie alle melden sich, man kann es nicht anders sagen, mit Scham vor dem Mund zu Wort, entrüsten sich, sprechen von den „Van der Lubbes der Feder“, die drauf und dran seien, das Klima zwischen Ost und West zu vergiften. Die Steuerung durch die SED ist offensichtlich.

Worauf es wirklich geht, erfährt der Zeitungsleser in der DDR nicht. Der westliche Beobachter kann aus gewissen Formulierungen schließen, daß in erster Linie die Schriftsteller Joachim Seyppel, Karl-Heinz Jakob und Sarah Kirsch gemeint sind. Seyppel hatte in einem Artikel in der WELT scharfe Angriffe gegen die Ostberliner Literaturpapiere Hermlin und Kant gerichtet. Jakob hatte in seinem jüngsten Buch „Das endlose Jahr“ von einem „Hörsaalgespräch mit Sarah Kirsch“ berichtet, in dem sich beide einig darüber waren, daß die scheinbar liberalen Auftritte Hermlins dazu bestimmt seien, junge ostdeutsche Intellektuelle aus der Reserve zu locken, damit sie anschließend vom Staatssicherheitsdienst eingesammelt werden könnten.

Die Sache gewinnt insofern an Gewicht, als die beschuldigten Hermlin und Kant die Haupt- und Lieblings-Gesprächspartner des westdeutschen PEN und des Kreises um Günter Grass bei den sogenannten „Friedensgesprächen“ sind. Die WELT hatte schon gleich nach Erscheinen des Buches von Jakob geraten, man sollte Hermlin solange aus den Gesprächen ausgrenzen, bis die schweren Vorwürfe endgültig geklärt seien. Gegen diese „Zurmutung“ tobten nun die östlichen Behörden an.

Aber inwiefern handelt es sich hier um eine Zurmutung? Auch auf westlicher Seite werden eine ganze Menge Autoren von den „Friedensgesprächen“ ferngehalten, um die Atmosphäre nicht zu belasten. Das reicht von Heiner Kunze bis zu Gerhard Zwerenz, von Wolf Biermann bis zu Lew Kopelew, von Pawel Kohout bis zu Ota Filip. Wieso muß denn immer nur der Westen auf die Empfindlichkeiten der anderen Seite Rücksicht nehmen? Es wäre keineswegs zuviel verlangt, wenn auch der Osten einmal ein bißchen Rücksicht nähme.

Denn das ist wohl allen klar: Die größten Hindernisse bei den Ost-West-Gesprächen der Autoren sind Hermlin und Kant. Sie sind schuld an Schreibverbot, Verhaftungen, Wer für In-den-Hintergrund-Treten fordert, folgt nicht, wie man in Ost-Berlin faselt, dem Gesetz irgendeiner „Wende“, sondern dem Gesetz des simplen menschlichen Anstands.

Wo einst König Herodes residierte - Zur Rekonstruktion des Davidsturms der Jerusalemer Zitadelle

Die Tochter Zions kann sich freuen

Am Vormittag glich das Ausgrabungsgelände der Zitadelle am Jaffa-Tor der Altstadt-Mauer von Jerusalem noch einer Baustelle. Arbeiter, Staub und vollbeladene Maulesel beherrschten das Szenerium. In das sich da und dort ein Anflug von Heiligkeit mischte, wenn einer der aufsichtsführenden Experten - Professoren, Archäologen und Architekten - den Arbeitern letzte Anweisungen erteilte. Knappe sechs Stunden später war von diesem Treiben keine Spur mehr zu merken. Das Bild hatte sich total verändert: 2000 Jahre ereignisreiche Geschichte offenbarten sich dem Besucher durch die Vielschichtigkeit der Ausgrabungen in lebendiger Form, waren so konkret und greifbar, daß man erschauerte.

Dort, wo im zweiten vorchristlichen Jahrhundert die Hasmonäer-Könige die ersten Steine der alten Stadtmauer schichteten, wo hundert Jahre später Herodes seinen Nord-Palast erbaute, nachdem er die hasmonäische Stadtmauer durch drei prächtige Türme befestigt hatte, die im Laufe der von Kriegen, Zerstörung, Belagerung und Wiederaufbau gekennzeichneten Jahrhunderte zu der heutigen Zitadelle ausgebaut wurde, weihen Jerusalems Stadtverwaltung und die Jerusalemer Stiftung jetzt ihr neues Stadtmuseum ein, das die Geschichte der Stadt und der Zitadelle nicht nur erzählt, sondern „erlebbar“ machen soll.



Wird heute eröffnet: Das Jerusalemer Stadtmuseum im rekonstruierten Davidsturm

Münche, die den von Herodes erbauten Phasael-Turm der Zitadelle fälschlich als „Davidsturm“ bezeichneten (weil die Bibel „Zion - Stadt Davids“ in einem Atemzug nennt und sich der Turm auf dem Zionsberg befindet). Seither ist dieser Name an dem Turm haften geblieben, bis aus dem Westen anreisende Wissenschaftler im 19. Jahrhundert das von den Türken in der Zitadelle im 17. Jahrhundert erbaute Minarett so nannten.

Die Ausgrabungen im Inneren der Zitadelle legten Schicht um Schicht die Überreste aus allen historischen Epochen der Stadt frei, darunter auch solche, die in keiner Quelle genannt werden, wie z. B. die Überreste einer prächtigen Omajjaden-Festung, die in der frühen islamischen Epoche (7. bis 9. Jahrhundert) die Zitadelle beherrschte. Überreste prächtiger Omajjaden-Paläste sind übrigens auch auf dem Ausgrabungsgelände südlich des Tempelberges freigelegt worden.

Die Kreuzfahrer gaben der Zitadelle im 11. Jahrhundert ihre heutige Struktur. Von den Soldaten des Salach-ad-Din im 12. Jahrhundert zerstört, wurde im 13. Jahrhundert wieder aufgebaut, wurde sie von den türkischen Osmanen weiter ausgebaut, und Sultan Sulaiman der Prächtige war es, der ihr ihr heutiges Erscheinungsbild verlieh.

Zur Neueröffnung des Stadtmuseums in der Zitadelle - am 16. Jahrestag der Wiedervereinigung Jerusalems - sagte bei der Einweihungsfeier Israels Staatspräsident Chaim Herzog: „Diese Stätte, die im Verlauf ihrer 3000jährigen Geschichte von so vielen Kriegen heimgesucht worden ist, soll nie wieder Kriegsschauplatz sein. Dieses Museum wird der Stadt Jerusalem eine neue Dimension zuerkennen, das Symbol des Friedens und als Schauplatz der Kultur.“

JOURNAL

Zum 250. Geburtstag von Christoph Martin Wieland

DW. Biberach/Riß
Zum 250. Geburtstag des Dichters Christoph Martin Wieland (1733-1813), der am 5. September begangen wird, ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen geplant. Das bedeutendste Unternehmen ist das Internationale Wieland-Symposium, das vom 31. 8. bis zum 3. 9. in Biberach stattfinden wird. Zur Zeit zeigt die Stadtbibliothek um eine Ausstellung über Wielands Leben und Wirken in Oberschwaben (bis 25. Juni), die in Biberach dann vom 4. 9. bis 15. 10. zu sehen sein wird (Katalog 20 Mark).

González Retrospektive zuerst in Frankfurt

DW. Frankfurt
Die große Retrospektive des spanischen Bildhauers Julio González (1876-1942) des Guggenheim-Museums in New York (s. WELT v. 7. 4. 83), wird, bevor sie im Herbst in der Berliner Akademie der Künste gezeigt wird, auch in Frankfurt zu sehen sein. Vom 17. Juni bis 16. Aug. werden die deutschen Besucher 150 Zeichnungen sowie einige Gemälde im Stadel ausgestellt.

Über Ausländer in der Bundesrepublik

mit Prag
Unter dem Titel „Ausländer“ strahlte der tschechoslowakische Rundfunk ein Hörspiel von Miroslav Honzik aus. In dem von der tschechoslowakischen Presse sehr positiv aufgenommenen Spiel geht es allerdings nicht um Emigranten aus der Tschechoslowakei. Am Beispiel eines CSRR-Flüchtlings, der in einer kleinen süddeutschen Stadt lebt, soll der Widerspruch zwischen der deutschen Bevölkerung und den Ausländern beleuchtet werden. Dabei, so etwa das Zentralorgan der KP „Rude Právo“, wird vor allem der Unterschied der Moral, kapitalistischen und sozialistischen Systemen klar hervorgehoben.

Melina Mercouri will Parthenon-Fries

AP. London
Die griechische Kulturministerin Melina Mercouri ist zu einem Besuch in London eingetroffen. Bei der Ankunft kündigte sie vor der Presse an, nach den britischen Unterwahlen am 9. Juni werde ihre Regierung Großbritannien formell um die Rückgabe der sogenannten „Elgin Marbles“ ersuchen. Dabei handelt es sich um Skulpturen des Athener Parthenon-Frieses, die im Jahre 1801 dort abgenommen und später von Lord Elgin an das Londoner Britische Museum veräußert worden waren.

K.-H. Jakobs gründet Literaturwerkstatt

G. G. Solingen
Mit Unterstützung des Düsseldorf-Literaturbüros Nordrhein-Westfalen hat „DDR“-Autor Karl-Heinz Jakobs in Solingen eine Literaturwerkstatt gegründet, die in Zusammenarbeit mit der Stadt- und der Volkshochschule bisher noch unbekannte Autoren fördern soll. Jakobs will dabei nicht Maßstab für diesen Kreis sein, sondern vor allen Dingen „der Vereinigung der Autoren begegnen“.

Neuer literarischer Förderverein gegründet

DW. Freiburg/Br.
„Ars Nova“, ein neuer literarischer Förderverein, hat sich in Freiburg konstituiert. Dervon der Finanzbehörde als gemeinnütziger anerkannter Verein verfolgt keine wirtschaftlichen Ziele. Die rein private Organisation, die sich selbst als „unabhängig, überparteilich und überkonfessionell“ versteht, beabsichtigt, die Förderung der Kunst auf allen Gebieten zu dienen, insbesondere Autoren zu fördern, die bisher kein Forum für ihre Werke gefunden haben oder mit ihren Veröffentlichungen die ihnen gebührende Resonanz nicht erreichen konnten. Erste von „Ars Nova“ geförderte Publikation ist der Roman „Pariser Zwischenspiel“ des elsässischen Autors Kurt Scheid (1907-62).

Arbeiten deutscher Fotografinnen

DW. Köln
Die Bundesausstellung der Gedok, Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde, ist diesmal den Fotografinnen gewidmet. Unter dem Titel „Deutsche Fotografinnen - Zeitgenössische Fotografie“ werden in der Kölner Bahnhofstrasse die Arbeiten von 22 Frauen gezeigt. Die Ausstellung ist bis zum 19. Juni zu sehen. Der Katalog kostet 15 Mark.

Ausstellungsaustausch mit San Francisco

DW. Braunschweig
Arbeiten von Studenten der San Francisco State University und der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig sind in der Galerie der Braunschweiger Hochschule bis zum 4. Juni zu sehen. Jede Hochschule steuert 41 Druckgraphiken bei, die einen Eindruck vom Ausbildungsstand geben sollen. Anschließend gehen diese Arbeiten nach San Francisco, wo sie vom 5. Sept. bis 5. Okt. gezeigt werden. Mit dieser Ausstellung beginnt ein ständiger Austausch der Braunschweiger mit amerikanischen Kunsthochschulen.

Mailand: Internationaler „Kontinent“-Kongreß

Kultur contra Tyrannei

Ein Kontinent für die Kultur“ hieß das Motto, unter dem sich die Elite musikalischer und osteuropäischer Dissidenten im vergangenen Jahr in Mailand versammelt hatte. Denn der Gastgeber war ihre Zeitschrift „Kontinent“ (herausgegeben in Paris, Bonn und Mailand), unterstützt von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stadt Mailand, die ihr Kongreßzentrum zur Verfügung stellte.

Rechts von der langen Tafel, an der fünfzig Redner sich abwechselten, stand ein großes Foto von Andrej Sacharow, der am Eröffnungstag dieses internationalen Kongresses mit den Themen „Trennung und Einheit der Kultur“ und „Freiheit der Kultur und Befreiung der Gesellschaft“ seinen 62. Geburtstag in der Verbannung von Gorki verlebte. Als seine Stiebtöchter Tatjana verpöbte vom „Sacharow-Day“ aus Amerika einzufahren, umarmten ihre Landsleute sie so bewegt, wie sie sich einander bei diesem ihrem größten Wiedersehensfest in der Fremde begrüßten. „Wir sind in tiefer Sorge um die Gesundheit meines Vaters“, sagte Tatjana, „wir hoffen, daß die Ehre, die der Präsident der Vereinigten Staaten ihm heute widerfahren läßt, die sowjetischen Autoritäten beeinflusst, ihn nach Moskau zurückkehren oder auswandern zu lassen. Seine Verbannung und die Entziehung des Bürgerrechts widersprechen allen sowjetischen Gesetzen.“

Widersprechen ihnen auch die Schicksale der Dissidenten-Gäste? Hier ein paar Stichproben:
● Piotr Grigorenko (geboren 1907), General im Zweiten Weltkrieg, wurde von Chruschtschow zum Soldaten degradiert und erlebte wegen seines Eintretens für die Menschenrechte Folterungen und viele Jahre in psychiatrischen Anstalten, bevor er nach Amerika emigrieren konnte. Seinen Erlebnisbericht vom General der Roten Armee zum Dissidenten schloß er mit den Worten: „Der wichtigste Kampf gegen totalitäre Regime gilt der Freiheit der Kultur.“

● Die Dichterin Natalja Gorbewskaja (geboren 1935) wurde mehrmals in psychiatrische Anstalten und 1969 nach der Veröffentlichung ihres Weibchens über die Moskauer Protestkundgebung gegen den Einmarsch in Prag in

ein Irrenhaus für Kriminelle gesperrt.

● Josef Brodsky (1940), von Anna Akmatowa als das größte lyrische Talent der jungen sowjetischen Generation gefeiert, wurde als Parasit zur Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt.

● Aleksandr Sinowjew (1922), Ex-Ordinarus des Moskauer Lehrstuhls für Logik, verlor seine akademischen Grade und wurde von der Universität verwiesen, als seine Werke im Westen erschienen.

● Wasilij Aksjonow (1932) war ein gefeierter sowjetischer Autor, bis er aus Protest gegen die Repressionen aus dem Schriftstellerverband austrat. Verfolgt und mit Gefängnis bedroht, gelang es ihm, 1980 nach Amerika auszuwandern.

Der Schriftsteller Wiktorin Bukharwicz (1942) verbrachte Jahre in psychiatrischen Anstalten und Gefängnissen, bis er 1976 gegen den Sekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Corvalan, ausgetauscht wurde.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den fünfzig Schicksalen, die alle eines gemein haben: den Einsatz für ihr Land, das sie liebten, voller Schmerz verlassen und für das sie in der Überzeugung, daß nur die Kultur die Tyrannei überwinden kann, weiter arbeiteten. In seinem Grußschreiben an den Kongreß formulierte Milovan Djilas es in den Sätzen: „Wir sind heute Zeugen, daß die totalitären Regime, die die Kultur ersticken und vernichten wollen, samt ihren Ideologien degenerieren. Das Zeugnis der wachsenden Kultur aber finden wir in den Kerkern, im Untergrund und im Exil.“

In Mailand erfuhr man, wie sehr die Dissidenten sich auch in der Fremde weiter mit der Basilide der Länder, die sie verlassen mußten, auseinanderzusetzen. Was es für einen Dichter heißt, der unter Mentalität und Sprache doppelt anzukämpfen ist, erklärte die zierliche Gorbewskaja: „Wir, die wir wissen, daß Worte heilen und töten können, hören in der Fremde zuerst nur Laute ohne Sinn und leben in einer lähmenden Leere. Dann aber lassen die alte und die neue Erfahrung uns unser Land und unsere Sprache klarer und tiefer denn je zuvor erkennen.“

MONIKA V. ZITZEWITZ

Die Pläne deutscher Verlage für den Buchherbst

Reise in das Ungewisse

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zwingt die Verlage, über ihr Buchprogramm für den Herbst 1983 mehr nachzudenken, als es in den vergangenen Jahren notwendig gewesen ist. Dies hat sich besonders während der Vertikalkonferenzen gezeigt, auf denen mehr und mehr die Diskurs neuer Verkaufsstrategien in den Vordergrund rückte, während man über die „Ware“, das Buch selbst, meist schon im voraus informiert worden ist.

Hand in Hand damit geht die Tatsache, daß die Programme immer weniger von den Verlegerslektoren bestimmt werden, sondern von den „Verkäufern“, es gibt Verlage, die konsequenterweise keine Lektoren mehr beschäftigen, sondern vom Manuskript drucken. Ergebnis: Die Bücher werden immer schlechter, wie Kritiker in zahlreichen Rezensionen immer wieder feststellen.

Allerdings ist heute auch ein gegenläufiger Trend festzustellen, der eine erste Ausprägung im Herbstprogramm der Verlage findet: Der „harte Kern“ der Leserschaft - trotz aller Medienkonturen - seine Liebe zum Buch wiederentdeckt und ist bereit, für Qualität einen angemessenen Preis zu zahlen. Bücher mit aufwendigem Layout und durchdachter textlicher Komposition sind wieder stärker gefragt, als dies noch im Vorjahr der Fall war.

Sache der Verlage ist es nun, die Erwartungshaltung der Buchkäufer zu erfüllen. Aber da tut man sich zur Zeit sehr schwer. Niemand weiß so recht, wohin die Reise gehen soll. Das Allheilmittel allgemeiner Reduktion der Programme ist endgültig ausgeschöpft, und die „großen“ Autoren, deren Bücher man in früheren Zeiten mit Spannung erwartete, gehen heute eher

journalistischer Tagesarbeit nach. Aber es gibt Ausnahmen, Bücher, auf die man mit Spannung wartet, Autoren, die ein Leserelebnis garantieren. Bei Lübbe erscheint das neue Buch von Hellmut Divald: „Mutter zur Wahrheit“. Divald geht in drei Stufen auf die Deutschen und ihre Geschichte ein:
● Problem des Geschichtsbewusstseins und der Geschichtsforschung
● Einzelereignisse und Persönlichkeiten der deutschen Geschichte
● Diskussion der „deutschen Wirklichkeit“ gestern und heute.

Als Fortsetzung der „Rückseite des Spiegels“ bringt Konrad Lorenz bei Piper sein Buch „Der Abbau des Menschlichen...“ heraus. Es zeigt die tiefe Sorge des weltbekannten Verhaltensforschers um die Erhaltung der Eigenschaften, welche die Menschlichkeit ausmachen.
Bei Scherz erscheinen die Erinnerungen von Juliette Gréco: „Ich bin, wie ich bin.“ Das Pariser Enfant terrible erzählt sein Leben und läßt gleichzeitig die große Zeit der Existentialisten (Sartre, Simone de Beauvoir, Camus, Boris Vian) vor den Augen der Leser entstehen.

Bereits im Laufe der langen Nacht seines Mißtrauens scheint bestätigt. Denn ausgewaschen Giovanni di Salviati, einen Abgesandten des Papstes, erblickt er in immerjünglicher Gestalt mit Mona Lisa. Francesco demütigt seine Gattin, vergewaltigt sie am Ende gar auf jenem Schrein, in dem sich sein Rivale schuttsuchend verkrüppelt hat - wissend, daß jener darin elendig erstickt.

In Karlsruhe neu entdeckt: Oper „Mona Lisa“

Ein gewisses Lächeln

Witterwochen in Florenz. Ein frisch vermähltes Ehepaar aus den USA besichtigt auf seiner Hochzeitsreise auch den weltfäulnis Palast der Familie der Giocondi. Ein Laienbruder führt die beiden durch die Räume, die kaum noch die Pracht von einst erkennen lassen. Die Wände sind verwittert, die Farben der Gemälde längst verblaßt. Doch die Erinnerung an die Vergangenheit dieses Hauses ist noch wach. Mit monotoner, gleichwohl faszinierender Stimme beginnt der düstere Dominikaner auf einmal zu erzählen - die Geschichte von einer furchterlichen Fälschungsmacht des Jahres 1492 und von dem Gemälde Leonardo, das Mona Lisa hieß.

Mona Lisa also. Das gewisse Lächeln, das ihr Bildnis zeigt, es beunruhigt im höchsten Maße auch ihren ahnenden Gatten Francesco. Nach dem Tode seiner ersten Frau hat er das willfährige Geschöpf geheißelt, ein junges unschuldiges Mädchen, das auf einmal Züge eines Charakters offenbart, die sich seinem sadistischen Zugriff entziehen. Rasend vor Eifersucht will er ihr Rätsel wissen. Er stellt heimlich Nachforschungen an, beobachtet sie und sieht im Laufe der langen Nacht sein Mißtrauen sichtbar bestätigt. Denn ausgewaschen Giovanni di Salviati, einen Abgesandten des Papstes, erblickt er in immerjünglicher Gestalt mit Mona Lisa. Francesco demütigt seine Gattin, vergewaltigt sie am Ende gar auf jenem Schrein, in dem sich sein Rivale schuttsuchend verkrüppelt hat - wissend, daß jener darin elendig erstickt.

Ein Fall für den Psychiater, könnte man meinen, zumal der

„sauerliche Traum“, der doch nur Wirklichkeit ist, Mona Lisa schließlich in den Wahnsinn treibt. Um einem Vorwand stößt sie ihren Mann hinein in die Kammer und schließt hinter sich die Tür ab. Trotzdem war es ein Komplotz, der die Operndichtung der österreichischen Schauspielerin Beatrice von Dovsky aufgriff, weil sich in ihr die Abgründe menschlicher Existenz aufstauten, in die man zu Anfang unseres Jahrhunderts offenbar mit wohnlichen Schauern hinabstiege.

Max von Schilling orientierte sich bei „Mona Lisa“ an „Salome“ und „Elektra“. Aber er war Mann genug, es nicht bei bloßer Nachahmung zu belassen. Seine zweiklässige Oper, 1915 am königlichen Theater zu Stuttgart uraufgeführt, hatte durchaus eigenes Profil. Die schillernde Vielschichtigkeit ihrer Musiksprache, der Perlmuttglanz ihrer spätromantischen Instrumentation, die an Wagner gemahnende Leitmotivtechnik: All dies in Verbindung mit einer Handlung, die an veristischer Leidenschaftlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, hat „Mona Lisa“ einst zu einer attraktiven Operngigant gemacht.

Warum sich die letzten Jahrzehnte kein Theater mehr ihrer erinnert hat, ist um so erstaunlicher, als dieses Werk sehr wohl seinen Platz im Opernrepertoire der Gegenwart beanspruchen kann. In der klaren, ganz der Musik ergebenden, alle Überflüssigkeiten meidenden Inszenierung, die jetzt Giancarlo del Monaco zusammen mit Generalmusikdirektor Christof Prick am badischen Staatstheater Karlsruhe vorgestellt hat, ist „Mona Lisa“ jedenfalls auch einem heutigen Publikum mehr als willkommen.

HARTMUT REGITZ

Jörg Schmeissers asiatische Landschaften in Köln

Erinnerung an Kyoto

Ein deutscher Zeichner und Graphiker im Museum für Ostasiatische Kunst? Das weckt den Verdacht, daß da Pseudoasienatika oder à-la-Malerei zu erwarten sei. Doch was in Köln zu sehen ist, überzeugt auf den ersten Blick - und auch noch bei genauerem Hinsehen.

„Asiatische Landschaften und Legenden“ nannte Jörg Schmeisser diese kleine Werkübersicht. Der Künstler, 1942 im pommerschen Stolz geboren und in Hamburg ausgebildet, ist viel gereist. Er hat in Kyoto studiert und gelehrt, war in Thailand, Korea, Kambodscha, Indien, Nepal, Burma und China, dozierte in Jerusalem und Canberra, wo er seit 1982 lebt. Die Vielfalt der Eindrücke spiegelt sich in seinem Werk, beispielsweise in der Serie „How I remember...“. Da überlagern sich Impressionen aus Venedig und Jerusalem, aus Indien, Australien und Kyoto.

Auf diesen Blättern kehren Motive früherer Arbeiten wieder, der „Reise nach Jerusalem“, auf der Schmeisser wie in alten Graphiken mit Festzügen die Stationen seiner

Reise am Beispiel bemerkenswerter Gebäude in mehreren Reihen festhält, oder „Kharjuroh, Indien“ von 1971, auf dem der plastische Tempelschmuck zu Leben erwacht und dem Betrachter entgegenkommen scheint.

Schmeisser imitiert nicht die asiatische Malweise, auch wenn er auf eine strenge Perspektive verzichtet und statt dessen wie die japanischen Künstler die Tiefe in einem Überlappenden darstellt. Nur bei den Farbradiationen, die den Kiyomizudera-Tempel in Kyoto in den vier Jahreszeiten zeigen, könnte man zuerst glauben, das Werk eines Japaners vor sich zu haben, so stark lehnen sich Bildaufteilung und Farbgebung an den Stil der Ukiyo-E an. Aber zugleich bleibt ein Rest übrig, der durch die eigenen, europäischen bestimmten Gestaltungselemente ausgefüllt wird und damit diesen Blättern ihre eigene Ausstrahlung gibt. Sie vermitteln ein Bild der Welt „gesehen durch ein Temperament“ (bis 24. Juli; Katalog 8 Mark).

PETER DITTMAR

Premiere in Mainz: „Shakespeares Rosenkriege“

Aus zehn mach eins!

Die Mainzer mußten in den zuhundertjährigen Jahren schon einige Werke von Rolf Schneider geduldig ertragen, denn er ist als „dramaturgischer Berater“ fest am Haus engagiert, und die Mainzer Bühne darf seine Arbeiten uraufführen. Bei der Uraufführung blieb es dann auch stets, andere Theater hatten keine Lust, Schunkauf auf der Bühne zu zeigen.

Das neueste Werk Schneiders heißt „Shakespeares Rosenkriege“, der Mainzer Intendant Dietrich Taube hat es inszeniert. Der Bühnenbildner Günter Walbeck hat ein Bühnenbild aus dem Geiste Shakespeares geschaffen. Die Bühne ist ein nach hinten aufsteigendes Brettergässchen, darauf ein Thron, verbunden mit einem blutigen Grab, vorn ein offenes Grab, in das im Laufe des Abends eine ganze Reihe von Opfern hinabstürzen soll. Die Schauspieler haben bravurös diesem Bühnenbild stand; herausragend vor allem Hans-Jürgen Kritzfeldt und Helga Bender in jeweils mehreren Rollen.

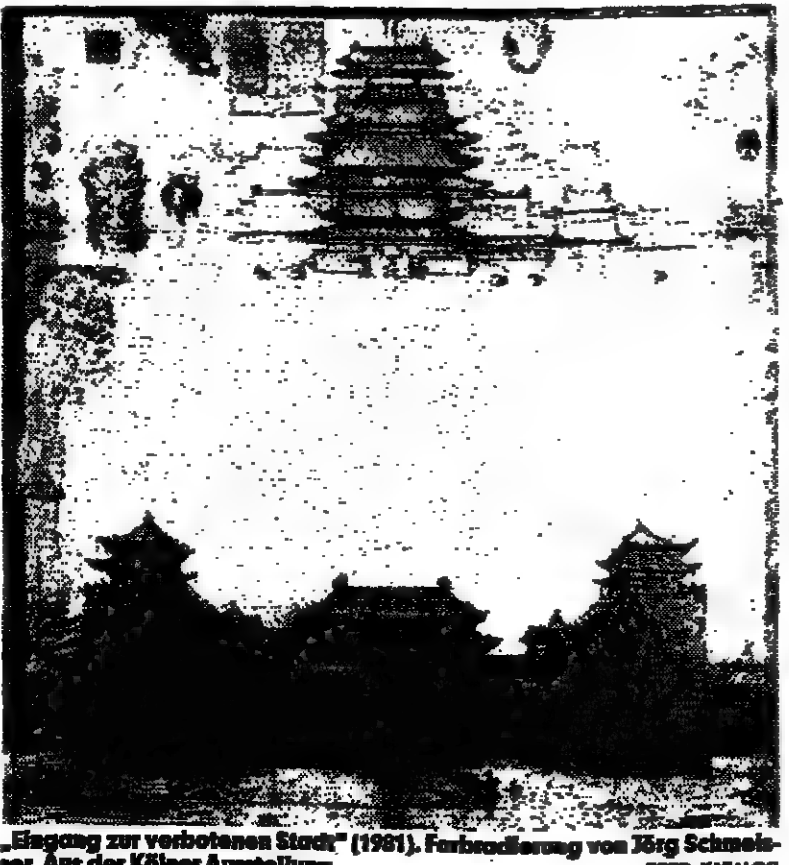
Für die Wohltaten der Aufführung, könnte man nun leichtsinnig vermuten, Rolf Schneider verantwortlich, der das Stück ja geschrieben hat. Doch weit gefehlt. Schneider hat die zehn Königsdramen Shakespeares gelesen, und sich gesagt: Warum die Zuschauer zehnmal hinhalten, ihnen zehn lan-

ge Abende zumuten, wo es doch auch einer tut. Gesagt, getan, aus zehn mach eins. Doch Schneider wollte sich nicht zufriedengeben, ein neues Stück zu schreiben, er wollte ausdrücklich etwas „zeigen“. „Historie als stupider Kreislauf, mit der menschlichen Biologie als einzigem Regulator.“ So hat er, stellt es sich im Laufe des Abends heraus, eine einzige Idee lediglich mit immer neuen Figuren Shakespeares bebildert.

Ein Dramatiker wird er mit diesem Verfahren nicht. Was schon in früheren Stücken zu sehen war, bestätigt sich hier: Schneider ist ein Thesenautor, der ratiônieren kann und sicher manche Weisheit parat hat - lebendige Bühnenfiguren kann er nicht schaffen, sein Narr bleibt eine uninteressante und witzlose Gestalt, wie das Stück auf die Dauer des ganzen Abends gesehen immer weniger und immer dünner wird.

Spätestens nach der ersten Halbzeit kann man das Theater verlassen. Während Shakespeare die Welt nur gezeigt und nicht erklärt hat, erklärt Schneider die Welt nur und hält es für überflüssig, sie zu zeigen. Das ist der ganze Unterschied zwischen den Bühnenauftritten Shakespeares und Rolf Schneiders. Man könnte auch sagen: Aus zehn machte er eins, aus eins ward keins.

LOTHAR SCHÖNE



„Eingang zur verbotenen Stadt“ (1961), Farbholzschnitt von Jörg Schmeisser. Aus der Kölner Ausstellung. FOTO: KATALOG

Ein kleines Kästchen schafft freie Bahn für Rettungsfahrzeuge

Erfolgreiche Versuche der Steiger-Stiftung mit Grün-Phasen-Automatik an Ampeln

XING-HU KUO, Winnenden
Rettungs- und Einsatzfahrzeuge, die von sich aus - fernsteuernd und lautlos - die Ampeln auf freie Fahrt, auf Grün, schalten können: keine Utopie mehr, sondern in einigen deutschen Städten bereits Wirklichkeit.

Erste erfolgreiche Versuche hat die Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. im Städtchen Winnenden, dem Sitz der Organisation, in der Nähe von Stuttgart abgeschlossen. Ein weiteres Großexperiment läuft zur Zeit in Berlin, rund um das Klinikum Steglitz.

Die Idee dazu hatte Siegfried Steiger, Gründer der nach seinem Tod verunglückten Sohn benannten Stiftung, schon vor rund drei Jahren. Seit 1969, als sein Sohn Björn nach einem Verkehrsunfall starb, weil Hilfe zu spät kam, hat sich der Architekt die Unfallrettung zur Lebensaufgabe gemacht.

Zunächst testete eine Münchener Firma Steigers Idee an einer Kreuzung in Gaggau bei Schwäbisch Hall. Dem war ein zähes Ringen um die behördliche Genehmigung vorausgegangen. Doch schon der Erfolg dieses Kreuzungsversuchs überzeugte die Behörden. Mittlerweile sind in ganz Winnenden die Ampelanlagen für Rettungsfahrzeuge präpariert.

Wissenschaftlich begleitet wurde der zunächst eher bescheidene Testlauf von Professor Wilhelm Leutzbach vom Institut für Verkehrsplanung der Universität Karlsruhe. Leutzbachs Mitarbeiter, Diplom-Ingenieur Dietmar Bosserhoff, zur WELT: „Nach dieser Versuchsphase, bei der 200 Einzelfahrten unter bestimmten Vorgaben geprüft wurden, kamen wir zu dem Ergebnis, daß das neue Verfahren empfehlenswert ist.“

Seit Dezember 1982 läuft nun in Berlin ein weitaus umfangreichere Test. Obschon er noch lange nicht abgeschlossen ist, sind die bisherigen Erfahrungen positiv. Ein Nebeneffekt, dem zuerst gar keine Beachtung geschenkt worden ist: Die Patienten des Krankenhaus-Komplexes können endlich wieder ruhig schlafen, seit die Kranken- und Rettungswagen ohne Martinshorn vorfahren. Doch weitaus wichtiger ist, daß sich die Sicherheit im Straßenverkehr erheblich verbessert hat. Das bei „Rot“ über die Kreuzung-Rasen fällt weg. Es entstehen auch keine Staus mehr - die Ampelphase hat einfach gewechselt.

Die Liste der Verbesserungen für die Ampelanlagen für Rettungsfahrzeuge präpariert. Die Liste der Verbesserungen für

Winnenden liest sich eindrucksvoll: Die Zahl der „Rotüberfahrten“ sank von 63 auf Null, die Benutzung der Gegenspur von 43 auf 12 Prozent; gefährliche Situationen auf Kreuzungen reduzierten sich von zehn auf null Prozent und die Benutzung des Martinshorns von 80 auf 30 Prozent.

Technisch ist das neue Verfahren unproblematisch. Steiger: „Im Fahrzeug wird ein Impulsgeber eingebaut, der automatisch sendet, wenn das Blaulicht - aber nicht das Martinshorn - eingeschaltet wird. Die Impulse werden wiederum von Induktionsschleifen aufgenommen, die zwischen 160 und 300 Meter vor den Ampeln in der Straße verlegt sind. Dadurch wiederum wird die Ampel nach einer Mindestzeit von etwa fünf Sekunden auf Grün geschaltet.“ Als „erstaunliche Erkenntnis“ bezeichnet es Siegfried Steiger ferner, daß das eingeschaltete Martinshorn die Fahrt nicht beschleunigt, sondern eher zu Staus führt. Ganz anders bei den leeren Fahrten.

Doch glaubt Steiger noch nicht an den Durchbruch seiner Idee. Eine für Rettungsfahrzeuge präparierte Anlage koste 25 Prozent mehr als eine herkömmliche. Zuviel für das Zeitalter der leeren Kassen, fürchtet er.



Lichtermeer

FOTO: DPA

Führten Vögel zum Absturz des Starfighters?

AP, Frankfurt

Die Ursachen des Starfighter-Unfalls, bei dem am Pfingstsonntag bei einem Schaufliegen in Frankfurt fünf Menschen ums Leben kamen und drei schwer verletzt wurden, waren auch gestern noch ungeklärt. Eine 80köpfige Untersuchungskommission der kanadischen Streitkräfte sammelte auch gestern noch Wrackteile der F-104 auf, die in die Umgebung der Mülfelder Landstraße und der Autobahnauffahrt Frankfurt-Süd gestürzt waren. Rund 50 Fahrzeuge waren durch die brennenden Überreste des Kampfflugzeuges beschädigt worden. Mit dem endgültigen Ergebnis der Untersuchung wird erst in „einigen Wochen“ gerechnet. Die 16jährige Frau, die bei dem Unfall schwer verletzt wurde, schwelgte auch gestern noch in Lebensgefahr. Bei dem Schaufliegen aus Anlass des „Tages der offenen Tür“ auf dem amerikanischen Rhein-Main-Luftwaffenstützpunkt hatten die Kampfflieger nach den Worten eines kanadischen Sprechers lediglich fliegerische Fähigkeiten demonstriert, die sie jeden Tag unter Beweis stellen müßten. Der Abteilungsleiter „Betrieb“ in der Frankfurter Bundesanstalt für Flugsicherung, Manfred Heineke, betonte, die Piloten hätten „nicht Verlicktes gemacht“. Experten halten es für das Wahrscheinlichste, daß die Unfallmaschine in einem Schwarm Vögel raste.

Urgestein entdeckt

AP, Sydney

Das älteste bisher gefundene Gestein der Welt wollen australische Wissenschaftler am Mount Narryer in Westaustralien entdeckt haben. Das in einem Flußbett gefundene Material wird auf vier Milliarden Jahre geschätzt und wäre damit nur 300 Millionen Jahre jünger als das geschätzte Alter der Erde. Es wäre andererseits 400 Millionen Jahre älter als das älteste bisher gefundene Gestein, das 1973 in Grönland entdeckt wurde.

Pandas in Kadeln

AP, Hongkong

In Rudeln auftretende Riespandas sind in der südchinesischen Provinz Szechuan beobachtet worden. Normalerweise sind die Bären als Einzelgänger bekannt. Jetzt sind sie von Bauern in Gruppen von acht und 14 Tieren gesichtet worden. Wissenschaftler haben keine Erklärung für das ungewöhnliche Gruppenverhalten der Bären.

20 Menschen verschüttet

DW, Soudrie

Zwanzig Menschen sind wahrscheinlich bei den beiden Erdstößen in Valtellina, dem Hochtal zwischen Comer und Gardesee, ums Leben gekommen. 13 Leichen wurden bis gestern geborgen. Sieben Menschen werden noch vermisst, 20 erlitten Verletzungen. 2500 Menschen wurden evakuiert. Im Kanton Graubünden blockierten Schnee und Regenfälle Pässe, Straßen und Bahnlinien. Rund 30 Alpinisten sitzen in Berggipfeln fest.

Unsere heutige Ausgabe liegt ein Prospekt vom Finanz- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bonn, bei.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

Jederzeit Sicherheit
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Neu in Frankfurt - frisch geschieden - (und blond), suche ich (dem, 39/178, blond, gute Figur, sportl., unkompl., musisch), den Partner, mit innerer Schönheit, erb. ...“ Anzeige aus „Frankfurter Rundschau“

Franzosen sehen schwarz für ihren billigen Roten

Umfrage ergab tiefgreifende Änderung der Trinksitten

dpa, Bordeaux

Das Klischee vom Durchschnittsfranzosen mit Käse, dem Stangenbrot Baguette und der literarischen Rotweinunterstützung gehört wohl bald der Vergangenheit an. Das gilt weniger für Käse und Brot, vielmehr erlitt Frankreich ähnlich wie Italien eine tiefgreifende Veränderung der Trinksitten. Der „Gros Rouge“, der einfache Tafelwein, macht zwar immer noch 76 Prozent des Weinumsatzes von 42 Millionen Hektolitern pro Jahr aus. Das Nationale Agrarforschungsinstitut INRA hat aber in einer jetzt von der Zeitung „Le Matin“ veröffentlichten Untersuchung festgestellt, daß der Wein seinen Stammsitz auf dem Mittagstisch langsam verliert.

Die Tendenz beim Wein heißt: Weniger, aber besser. Jährlich geht der Weinverbrauch insgesamt um rund 1,65 Prozent zurück. Dabei steigt nur der Verbrauch an Qualitätsweinen langsam an. Die Forscher glauben prognostizieren zu können, daß der Pro-Kopf-Konsum

sich von gegenwärtig 60 auf rund 30 Liter pro Jahr halbiert.

Verantwortlich für den Wandel sind nach Meinung des Instituts vor allem die Jüngeren. Regelmäßige Weintrinker finden man überwiegend in der älteren Generation. Die Jungen halten sich an Säfte, Cola-Getränke, Anis-Liköre oder auch Bier. „Das Wein-Image ist nicht anziehend“, sagte Jean-Yves Hugues vom INRA. „Wein hat kein Jugend-Image. Aber heute trinkt man vor allem Symbole und nicht Produkte.“ Bei den modernen Jungen Leuten hätte allenfalls ein Glas Wein in einer der vielen neu eröffneten Weinbars oder ein edler Tropfen am Wochenende zu Hause eine Chance.

Für die Weinbauern im Midi, die seit Jahren unter Überproduktion leiden, sieht die Zukunft düster aus. Einige Produzenten setzen auf die Gesundheitswelle und versuchen sich an Traubensäften und anderen Alkoholen. Andere pflügen ihre Weinberge und pflanzen bessere Rebsorten an, um so den neuen Trinksitten gerecht zu werden.

LEUTE HEUTE

Gegenrekord?

Altstar Marion Brande wird wahrscheinlich in Kürze einen neuen Gegenrekord beim Film aufstellen. Nach Zeitungsberichten hat Hollywood-Produzent Hal Barlett Brande die Rolle des Gangsterkönigs Al Capone in einem geplanten Film mit dem Titel „The Assassination of Frank Wilson“ (Das Attentat auf Frank Wilson) angeboten. Es ist die Geschichte eines Fahnders im US-Finanzministerium, der Capone einst wegen Steuerhinterziehung hinter Gitter gebracht hat.

Strom-Mann

Der Mississippi bekommt im Spätsommer prominenten Besuch. Der französische Ozeanologe Jacques Yves Cousteau, der in San



Diego den Lindbergh-Preis (verliehen für Verdienste um den Ausgleich zwischen technologischen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen) überreicht bekam, will nach dem Abschluss seiner Amazonas-Erkundung auch dem nordamerikanischen Strom zu Leibe rücken.

Goldenes Präsent

Mit einem kostbaren Geschenk aus Germany gratulierte die Plattenfirma Virgin Records ihrem Star Mike Oldfield in London zum 30. Geburtstag, zum zehnten Jubiläum seiner Erfolgs-LP „Tubular Bells“ und zu seinem neuen Album „Crises“. Das Präsent: eine Übungstafel, an der die gesamte Mechanik, Seitenhalter und Knöpfe vergoldet sind und in die sein Name eingraviert ist. Die „Shorty“ mit eingebauter Batterie und Lautsprecher stammt aus der deutschen Gitarrenwerkstatt Höfner.

Strampel-Queen

Was Jane Fonda der amerikanischen Aerobic-Bewegung, scheint endgültig Sydney Borne für die europäische zu werden: die Strampel-Queen. Nach der Bundesrepublik Deutschland und Österreich schickte sie sich nun an, auch Frankreich und Italien mit Wort, Bild und Verkleidung zu erobern. Wer sich nicht mit ihr abstrampeln will, soll bald Gelegenheit bekommen, sich im Kino und per Kassette wenigstens einen optischen Eindruck zu verschaffen.

Auch der ungestillte Lesehunger gehört in Polen zum täglichen Brot

Gefragte Literatur und Lehrbücher sind nur zu hohen Preisen auf dem Schwarzmarkt zu haben

AP, Warschau

Nur wenige Tage nach ihrem Erscheinen war kürzlich eine illustrierte Geschichte des Judentums in Polen Buchläden vergriffen. Die Ausgabe mit seltenen historischen Aufnahmen und einem kommentierenden Text zum 40. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto tauchte allerdings kurz darauf auf Flohmärkten und dem Schwarzmarkt wieder auf zu einem Vielfachen des offiziellen Verkaufspreises von 1000 Zloty (ca. 35 Mark). Der Vorgang ist bezeichnend: Bücher sind nach Lebensmitteln, Kleidung und technischen Geräten das neueste Spekulationsobjekt.

In den Buchhandlungen findet der normale Käufer meist nur noch wenig gefragte Ausgaben mit historischen und politischen Themen, billige Krimis mit einer Massenauflage und die nur für einen kleinen Kreis von Spezialisten interessanten technischen Bücher. Dagegen muß er regelmäßig Jagd nach Kinderbüchern, moderner Literatur, Fotobänden, Sprachbü-

chern und ähnlichem machen. Voraussetzung, er ist finanziell überaus gut gestellt, was angesichts des Bildungs- und Lesehungers der Polen kaum übertrieben sein dürfte. Am schwersten erhältlich sind gerade die in den Augen der kritischen Polen interessantesten Bücher. Auch „Miazga“ (etwa: Zermalmt), das letzte Werk des im April verstorbenen, wohl bedeutendsten polnischen Nachkriegsschriftstellers Jerzy Andrzejewski, mit seiner scharfen gesellschaftskritischen Analyse war nach der ersten offiziellen Auflage 1981 schnell ausverkauft und wird seitdem nicht mehr gesehen. Mit die größten Probleme haben heute die polnischen Studenten, denen es oft nicht gelingt, an die notwendige Fachliteratur heranzukommen. Auch ihnen

bleibt in aller Regel nur der Schwarzmarkt.

Mindestens ebenso schwierig ist es, Bildbände oder illustrierte Bücher, wie das genannte „Polnisches Judentum - Geschichte und Kultur“ zu erstehen, das die regierungseigene Agentur „Interpress“ herausgegeben hat. Zu den Bestsellern auf dem Schwarzmarkt gehört aber auch Polens erster „Serzhant“ der Autorin Michalina Wyszowska, für dessen fotokopierte Fassung kürzlich auf einem Warschauer Flohmarkt 2000 Zloty (ein Viertel des statistischen Monatslohes) gezahlt wurden. Aber auch Enzyklopädien und das Standard-Kochbuch „Polnische Küche“ machen sich bereits rar.

Ein weiterer Grund für solche Engpässe ist der Mangel an Papier und Druckerschwarze. Nach Angaben von zuständigen Stellen läßt Polen, das früher noch selbst Bücher exportierte, heute Wörterbücher, Enzyklopädien und andere Werke auf Altpapier in Jugoslawien, der Tschechoslowakei und der DDR drucken.

Einer gegen alle im Streit um die Moral

ERNST HAUBROCK, New York

Genüßlich verfolgen in diesen Tagen New Yorker Zeitungsleser einen Streit, der zwischen dem Kommunisten Jimmy Breslin und der Gewerkschaft der städtischen Polizisten entbrannt ist. Es geht um nichts Geringeres als die Sexual-Moral der Beamten, die sich gern als „New York's finest“ feiern lassen. Breslin, in der Millionen-Metropole eine Institution, hat in mehreren seiner Kolumnen in der Massenzeitung „Daily News“ die Ordnungshüter ziemlich pauschal beschuldigt, ein Haufen unmoralischer Heuchler zu sein. Die Gewerkschaft beschimpfte ihn daraufhin in einer ungewöhnlichen ganzseitigen und stark beachteten Anzeige im gleichen Blatt als „arroganten, amorösen, hysterischen Kneipen-Philosophen“, dessen Glaubwürdigkeit durch Ströme von Alkohol hinweggeschwemmt worden sei.

Zu dem Schlagabtausch führte in der vergangenen Woche die seit langem schwelende Fehde, als eine junge Polizistin unter reger Anteilnahme der Massenmedien gefeuert wurde: Cibella Borges, eine hübsche, exotisch wirkende 25jährige, die New Yorker Polizeischicht machte. Mit einer Körpergröße von 190 Zentimetern war sie die Zierlichste, die bisher die blaue

Uniform trug, und sie war die erste, die entlassen wurde, weil sie sich hübschen für ein Haut-Magazin der minderen Sorte hatte fotografieren lassen. Der oberste New Yorker Polizist persönlich, „Commissioner“ Robert McGuire, war über die „schmutzigen Bilder“ entsetzt und sorgte per Disziplinarverfahren für die Suspendierung der Beamtin, die zuletzt ausgerechnet im Sitten-Degenerat Dienst tat.

Breslin (39), seit 33 Jahren Angehöriger der schreibenden Zunft und stadtbekannt, nahm den spektakulären Rausschmiß zum Anlaß für eine Nachricht und zog dann vom Leder: die inkriminierenden Fotos seien entstanden, bevor Cibella Borges Polizistin wurde. Sie sei von einem Fotografen mit 300 Dollar überredet worden. Während ihrer 28monatigen Dienstzeit habe sie keinen Anlaß zum Tadel gegeben und sei sogar wegen besonderer Tapferkeit und Umsicht mit der Polizei-Verdienstmedaille „geschürt“ worden, nachdem sie allein zwei schwerbewaffnete Ganoven dingfest gemacht hatte.

Wenn der Herr Polizei-Kommissionär denn schon ein so gestrenger Moral-Hüter ist, so Breslin, daß er eine junge Frau wegen ein paar dumme Nacktfotos aus der Bahn werfen müsse, dann solle er gefälligst auch eingestehen, daß „wir allzumal Sünder sind“.

Es folgten Andeutungen, wonach Uniformierte für Dienstleistungen käuflicher Damen statt mit Barem mit zugeführten Augen zählten. Ehebruch und Schlägerdelikten im Streifenwagen, Bestechlichkeit und Korruption seien weit verbreitet. Den Polizeichef nannte Breslin durchgehend „Dead Body (Leiche) McGuire“, der in seiner fünfjährigen schon viel zu langen Amtszeit den traurigen Rekord von 9000 Morden und 500 000 bewaffneten Raubüberfällen in seinem Amtsbereich aufzuweisen hätte.

Während McGuire überhaupt nicht reagiert, ließ Polizei-Gewerkschafts-Präsident Phil Caruso als Antwort seine Anzeigen-Wit-Arie zum Preis von 16 240 Dollar (40 000 Mark) ins Blatt rücken. Darauf schien Breslin nur gewartet zu haben. In der nächsten Kolumne machte er sich mit beifolgendem Spott über die orthographischen Fehler her, die dem braven Caruso in seinem holprigen Text unterlaufen waren. Feindlich rechnete Breslin vor, daß ihm der Angezeigenschreiber eine Provision von fünf Prozent eingebracht habe. Außerdem kündigte Breslin konkrete Enthüllungen über sittliche und dienstliche Verfehlungen von Ordnungshütern an.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Ein ausgedehntes Tief über dem östlichen Mittelmeer ist mit seinem Wolken- und Niederschlagsfeld wetterbestimmend für Deutschland.



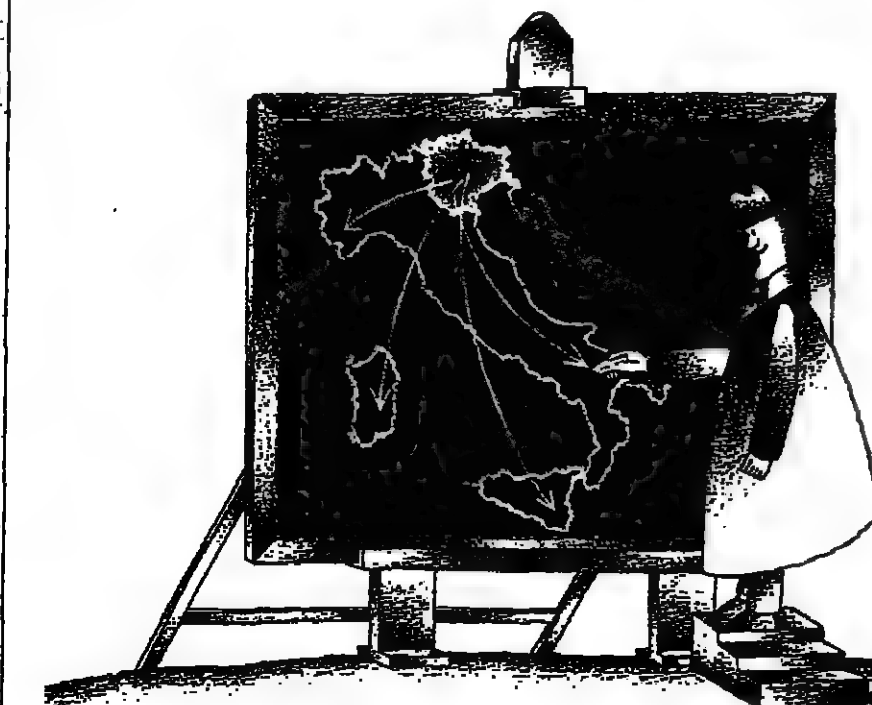
Vorhersage für Mittwoch:

Deutschland: Stark bewölkt bis bedeckt und Regen, zum Teil länger andauernd. Höchsttemperaturen um 12 Grad. Im Nordosten etwas wärmer. Nächtl. Tiefwerte 10 bis 7 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Nord.

Weitere Ausblicke:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:			
Berlin	13°	Kairo	30°
Bonn	10°	Kopenh.	10°
Dresden	14°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	10°
Frankfurt	11°	Madrid	15°
Hamburg	11°	Moskau	15°
Lissab.	11°	München	20°
München	7°	Nizza	15°
Stuttgart	9°	Olo	15°
Algier	23°	Paris	12°
Amsterdam	10°	Prag	12°
Athen	24°	Rom	18°
Barcelona	10°	Stockholm	18°
Brüssel	10°	Tei Aviv	20°
Bukarest	21°	Tunis	24°
Buenos Aires	23°	Wien	12°
Helsinki	19°	Zürich	7°
Istanbul	22°		

Sonnenlauf: am Dienstag: 5.17 Uhr; Untergang: 21.21 Uhr; Mittwoch: 5.19 Uhr; Untergang: 21.06 Uhr; am Donnerstag: 5.19 Uhr; am Freitag: 5.19 Uhr; am Samstag: 5.19 Uhr; am Sonntag: 5.19 Uhr.



Von hier aus bedienen wir Sie in ganz Italien.

Der Nordosten, ein Gebiet, das in Italien wichtig ist, wird von unserem Netz der Niederlassungen umfasst. Unsere Organisation arbeitet aber auch in ganz Italien, und ganz Italien ist wichtig.

Banca Cattolica del Veneto

JAMAICA

Mit 59 Prozent der Stimmen übernahm Edward Seaga 1980 die Macht von seinem sozialistischen Amtsvorgänger Michael Manley. Sein Slogan: „Deliverance is near“, Erlösung ist nahe, war ein Versprechen, auf dessen Erfüllung viele hofften. Heute hat der konservative Premier beachtliche Erfolge in seinem Bemühen aufzuweisen, „das verhängnisvolle Vermächtnis“, wie er es nennt, abzutragen. Die Touristenzahlen, vor allem aus den USA, steigen, und ausländische Investoren beginnen Jamaika als Markt und der Produktionsstandort für Amerika zu entdecken. Dies wird vor allem dann interessant, wenn die Caribbean Basin Initiative in Gang kommt, die Zollfreiheit für den Export nach USA gewähren soll. Darauf setzt Seaga und findet dabei bei Ronald Reagan Unterstützung.



Wenn so das Paradies aussähe, wäre es schon recht. Der Strand des „Half Moon Club“ in der Mo-Bay.

Eine Wende ohne Chaos oder Edward Seagas ruhige, demokratische Revolution

Von H.-H. HOLZAMER

Am 1. November 1980 übernahm Premierminister Edward Seaga die Regierungsgeschäfte auf der Karibikinsel Jamaika. Doch obwohl der von ihm eingeschlagene Kurs einer behutsam betriebenen sozialen Marktwirtschaft auf respektable Erfolge verweisen kann, und das Land in den zweieinhalb Jahren eine Periode innerer Stabilität durchlebte, ist das Jamaika-Bild vielerorts noch wie vor entstellt.

„Am Tage trauen sich die Touristen nicht auf die Straße, nachts werden sie von Privat-Polizisten bewacht“, so lautete vor drei Jahren die Überschrift einer deutschen Illustrieren.

Der Beitrag war in den unruhigen Tagen des jamaikanischen Wahlkampfes entstanden, und hatte selbst diese Ausnahmezustand noch verzerrt wiedergegeben. Die negativen Klischees, die damals entstanden, lassen sich nur schwer wieder abbauen.

Im Gefolge der Berichte über Straßenschlachten zwischen Seaga und Manley-Unterstützern ging die Zahl deutscher Touristen dramatisch zurück. Einseitige Fotos über die ferne Insel verstärkten diese Entwicklung.

Erschwerend für den jamaikanischen Tourismus kommt seit Ende 1982 hinzu, daß nicht mehr LTU die Insel anfliegt, sondern die staatliche Air Jamaica. Das ist eine Fugpreissenkung, die als Chartergesellschaft, veräußerten sich die Passchalangebote für Touristen aus Deutschland spürbar.

Es kommen indes die Amerikaner, die in einer knappen Stunde von Miami aus dem amerikanischen Winter Lebewohl sagen. Und die Zahlen der Urlaubers aus den USA in der Hochsaison Januar bis Mai steigen ständig, seitdem Edward Seaga, der eindeutig im Lager des Westens steht, auf der Insel die Regierungsgeschäfte führt.

Sein Vorgänger Michael Manley hatte eine klare politische Präferenz für das nahe Kuba und dessen Leader Fidel Castro. Der von dem Sozialisten Manley eingeschlagene Kurs hatte zu einem dramatischen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes geführt, zu einer Inflation, die in den Jahren 1973 bis 1980 bei durchschnittlich 22,9 Prozent lag. Der Lebensstandard ging in diesem Zeitraum um jährlich 3,6 Prozent zurück, die Kriminalität wuchs um jährlich 7,2 Prozent, die Arbeitslosigkeit erreichte 1980 mit 27,3 Prozent und 289 000 Menschen einen Höchststand.

Das war das Erbe, das Manley hinterließ. In den zurückliegenden Monaten der Amtszeit Seagas verbesserten sich sämtliche Werte. Wende ohne Chaos nennen es die einen, ruhige Revolution die anderen. Man kann es auch ein Wunder nennen, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm 1981 um 5,5 Prozent ab, ein weiterer Rückgang ist für das vergangene Jahr zu verzeichnen, ohne daß die genaue Zahl bereits vorliegt. Die Inflationsrate wurde im Jahre 1981 auf 4,8 Prozent gedrückt, 1982 lag sie wieder darüber. Der Lebensstandard verbesserte sich 1981 um 9,3 Prozent, stieg 1982 weiter nach oben. Die Verbrechensrate sinkt. 1981 um 8,3 Prozent, die Zahlen für 1982 liegen noch nicht vor.

Und diese dramatische Wende war das Ergebnis einer demokratischen Wahl. Es war der Schlußstrich der Wahl unter einer verfehlten Politik. Es war kein Coup d'Etat, wie er vermutlich in vielen Ländern bei einer derartigen Situation häufig gewesen wäre. Sicher, der Wahlkampf war von furchtbaren Ausschreitungen begleitet, von regelrechten Schlachten zwischen Straßengangs. Schlachten die viele Tote kosteten und deren Spuren noch heute zu sehen sind.

Aber so unverstehlich das auch nach diesen Explosionen der Emotionen anmuten muß: Die Wahl selbst verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle, und das Klima beruhigte sich rasch, obwohl der Oppositionsführer mit dem Regierungschef die Plätze tauschte.

Und spricht man heute in der Hauptstadt Kingston Leute darauf an, wie man denn gewährleisten könne, daß es keine Rückkehr zu Manleys Zeiten geben kann, daß vor allem der ausländische Investor doch Sicherheit haben müsse, auch in Zukunft stabile politische Verhältnisse vorzufinden, dann bekommt man zur Antwort, daß selbstverständlich irgendwann wieder Michael Manley gewählt werden könnte; vorausgesetzt, Seaga hat keinen Erfolg mehr. Und gerade in dieser Gewissheit liegt die politische Stabilität Jamaikas. Michael Manley sei kein Satan, auch er habe die Interessen seines Landes im Auge.

„Es gibt natürlich auf beiden Seiten Extremisten“, sagt Richard Lowe, inzwischen abgelöstes Senior Director von JNIP, der Gesellschaft zur Förderung von Investitionen, „aber das nationale Interesse überwiegt“. Auch in der Besetzung der wichtigsten Ämter habe es wenig Veränderungen nach dem Regierungswechsel gegeben. „Geändert hat sich die Akzentsetzung, nicht die Richtung. Und das ist etwas, womit die Nation leben kann.“

Im übrigen gehöre das demokratische Bewußtsein zum Nationalcharakter. Unsere Institutionen sind älter als die der USA“, sagt Richard Lowe. „Unsere Synagoge ist die älteste außerhalb Europas. Viele Juden entkamen der spanischen Inquisition durch die Flucht auf unsere Insel.“

Religiöse Toleranz ist nur ein Merkmal der Jamaikaner. Hier kann leben und selb werden, wer will, bis hin zu den Rastafaris, die Garja, die die heimische Haschischpflanze rauchen, den ehemaligen Kaiser von Äthiopien Haile Selassie als Heiligen verehren und die Rückkehr nach Afrika fordern.

Rassistische Probleme gibt es nicht, die über die Ethnizität hinausgingen, da Weißhäutige gerne mit etwas schwarzer Farbe im Blut kokettieren und Schwarzhäutige mit weißer. „Er pluribus unum“, der nationale Wahlspruch, daß hier aus vielen ein Volk entstanden ist, entspricht der Wirklichkeit.

Michael Manley scheiterte neben seinem wirtschaftlichen Versagen vor allem daran, daß er diesen Konsens dadurch gefährdete, daß er marxistische Schemata, hier die USA als Ausbeuter, dort die Länder der Karibik als Mitglieder der Dritten Welt und Ausgebeutete, auf die jamaikanische Innenpolitik übertrug wollte.

Die Weiß-Schwarz-Malerei konnte

te nicht verfangen, weil sich von innen besehen die karibische und mittelamerikanische Situation viel differenzierter darstellt, weil Manley als Weißer sich schlecht den „farbigen Ausgebeuteten“ zuordnen konnte. Und vor allem weil Fidel Castro, von dem Manley diese Schemata übernommen hatte, dem spanischen Teil dieser Hemisphäre zugehört.

Und Staaten lateinischer Zunge galten bei den Anglophonen der Karibik generell als anfällig für undemokratische Entwicklungen. So ist für sie der Kommunismus auf Kuba nicht etwa die Ursache des Argwohns, sondern Ergebnis des spanischen Charakters. Und die Politiker in Kingston werden nicht müde, es sich zu verbeten, daß Jamaika mit Staaten wie Nicaragua oder Honduras in einen Topf geworfen wird.

Wir wurden entweder in den USA in Großbritannien oder in jedem westlich orientierten Lehranstalt erzogen“, betont auch Richard Lowe. „Und die Bildungsinhalte stehen nicht zur Diskussion.“

Manley versuchte es und scheiterte, obwohl er ebenfalls britisch geprägt ist. Zudem sind die Kontakte, wirtschaftlich und menschlich, zu den USA so eng, daß er sie nicht konsequenzlos tangieren dürfte.

Heute hat Edward Seaga das Vertrauen der amerikanischen Gefährten und inspirierten Welt längst für seine Insel wiedergewonnen. Der Reagan-Plan hat auch Jamaika im Visier und bietet dem Land freien Zugang zum US-Markt. Der International Monetary Fund, dem Manley noch die Tür gewiesen hatte, gibt dem Land wieder nötigen finanziellen Rückhalt. Die Abhängigkeit von dem am Boden liegenden Bauxitmarkt konnte weitgehend überwunden werden, und Investoren, darunter auch deutsche, zeigen wieder Interesse an Jamaika, das nicht nur über Präferenzen gegenüber den USA, sondern durch die Lomé-Abkommen auch gegenüber der EG verfügt und das der karibischen Freihandelszone angehört.

Über 200 ausländische Firmen arbeiten zur Zeit in Jamaika und nutzen die günstigen Bedingungen, die dieses Geflecht internationaler Verträge geschaffen haben. Um ausländische Investoren ins Land zu bekommen, hat Seaga sofort nach seinem Wahlerfolg die „Jamaica National Investment Promotion Ltd.“ (JNIP) ins Leben gerufen, die inzwischen über 100 Projekte ins Werk setzen konnte.

Mit der JNIP verfügt der Investor über einen Ansprechpartner, der ihm die Mühe abnimmt, sich mit den zahlreichen offiziellen Behörden (von der Bereitstellung von Industrieflächen bis zur Exportfinanzierung) auseinanderzusetzen.

Fortschritte konnte auch die Infrastruktur der Insel machen. Der Hafen, einer der größten Naturhäfen der Welt, verfügt inzwischen über modernste Container-facilities und ist zum wichtigsten Umschlagplatz der Karibik avanciert. Die Free-Zone in unmittelbarer Nähe bietet weitgehende Steuer- und Niederlassungsfreiheit.

Mit der Zeit, so sagt man in Kingston, wird der wirtschaftliche Erfolg auch skeptische Urlauber aus Europa von der wiedergewonnenen Stabilität Jamaikas überzeugen.

Hoffen auf die Caribbean Basin Initiative

Von WERNER THOMAS

Der neue jamaikanische Premierminister war Ende Januar 1981 der erste Besucher des neuen amerikanischen Präsidenten im Weißen Haus. Edward Seaga und Ronald Reagan, zwei Männer konservativen Zuschnitts, verstanden sich sofort. Der Gastgeber und sein Gast diskutierten damals die Idee eines regionalen Entwicklungsprogrammes, in dem Jamaika eine Schlüsselrolle spielen sollte. Das Ziel dieses Projektes: Man wollte durch einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Linderung der sozialen Probleme den Marxisten den Wind aus den Segeln nehmen. Die „Caribbean Basin Initiative“ (CBI) hat Seagas Jamaika noch nicht eine entscheidende Wende im Kampf gegen die wirtschaftlichen Probleme gebracht. Das liegt zum einen daran, daß die Insel zwar 50 Millionen Dollar aus dem Sozialhilfefonds (350 Millionen Dollar) erhielt, von den anderen geplanten Maßnahmen aber bisher nicht profitierte. Der Kongreß schiebt die kontroversen Teile des Programms vor sich her, etwa die zollfreie Einfuhr von Produkten der karibischen und mittelamerikanischen Länder in die USA, Gewerkschaftskreise protestieren.

Dann mußte der Premier die Erfahrung machen, daß die Sanierung der ruinerten Wirtschaft nicht so schnell vorantreiben ginge, wie er das erhofft hatte. Nicht unter diesen Bedingungen.

Wenn die Jamaikaner von der Vergangenheit sprechen oder von dem, was vorher war, meinen sie die acht Jahre des sozialistischen Premiers Michael Manley, die Jamaika Chaos, Demagogie und Hoffnungslosigkeit brachten (so ein diplomatischer Beobachter).

In der Zwischenzeit sind mehr als einhalb Jahre vergangen und es hat sich schon manches geändert. Am auffallendsten: Der Touristenboom.

Langsam verzeichnet die Seaga-Regierung Fortschritte. Von anderen Projekten der Sanierungsstrategie spielt die Bevölkerung weniger. So will die Regierung die vor allem auf Zucker, Kaffee und Bananen fixierte Landwirtschaft diversifizieren und neue Agrargebiete erschließen. Damit möchte sie 90 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und die Deviseneinnahmen um 550 Millionen Dollar pro Jahr erhöhen.

Schließlich träumt der Premier von einem Jamaika, das ein internationales Handels- und Investitionszentrum wird. Der energische Industrie- und Handelsminister Douglas Vaz reist ständig ins Ausland, um Investoren zu interessieren. In den letzten zwei Jahren entstanden in der Freihandelszone von Kingston neue Textil- und Möbelabriken. Montego Bay soll ein Film- und Musik-Mekka werden.

Die Realisierung solcher Pläne brauchen Zeit und Geld. Das knappe Geld ist derzeit Jamaikas größtes Problem.

Edward Seaga war sich im April

1981 wohl mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen auf drei Jahre verteilten Kredit von 650 Millionen Dollar einig geworden, der die Insel vor dem Bankrott rettete. Insgesamt kamen seit seiner Amtübernahme rund eine Milliarde Dollar ins Land. Allerdings: Ein großer Teil der Kredite mußte die gewaltigen Auslandsschulden abtragen.

Jamaika zählt mit etwa 2,5 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten zu den höchstverschuldeten Nationen der Welt. Allein in diesem Jahr müssen für die Schuldendienst 634 Millionen Dollar aufgebracht werden, eine so schwere Belastung, daß viele Beobachter glauben, Seaga hätte längst Umschulden müssen. Aber solche Gedanken paßten bisher nicht in das politische Konzept des Premiers.

Die weltweite Rezession versetzte dem Sanierungsprogramm einen empfindlichen Rückschlag. Mit Bauxit verdiente Jamaika normalerweise 70 Prozent seiner Devisen. Die weltweite Bauxit-Baisse reduzierte dann jedoch drastisch die Einkommen von den Exporten dieses Erzes und dem daraus gewonnenen Aluminium. Im Haushaltsjahr 1982/1983 betrugen die Bauxit-Erlöse nur noch 145 Millionen Dollar. Die US-Regierung hilft jedoch, indem sie Millionen Tonnen für strategische Reserve bestellte.

Die Rezession drückte zwar die Inflationsrate auf 6,3 Prozent, entschärfte dagegen nicht das explosive Arbeitslosenproblem. Laut offi-

ziellen Angaben sind immer noch 27,5 Prozent der arbeitsfähigen Jamaikaner ohne Arbeit. „Viel zu viel“, sagt Seaga. Oppositionsführer Manley konzentriert seine Kritik auf diesen wunden Punkt.

Michael Manley, der sich nach der Wahlschlappe schmollend in den Hintergrund zurückgezogen hatte, fühlt sich wieder im Aufwind. Der stattliche Mann, der mit einer ungewöhnlichen Art und flüssigen Reden auch seine politischen Gegner beeindruckt, konnte verlorene Sympathien zurückgewinnen. Carl Stone, ein Wirtschaftswissenschaftler und Kolumnist des „Gleaner“, der die zuverlässigsten Umfragen durchführt, ermittelte einen Popularitätsvorsprung der „People's national Party“ von fünf Prozent gegenüber der „Jamaica Labour Party“.

Die Manley-Partei ersetzte im März ihren kontroversen Generalsekretär D. K. Duncan, einen Dentisten und Marxisten, durch den ideologisch flexibleren Universitätsprofessor Paul Robertson und verschaffte sich dadurch ein gemäßigteres Image. Manley, 58, möchte nun noch als Nachfolger Willy Brandts Präsident der Sozialistischen Internationalen werden. Dieses wäre seinen Zielen förderlich, wieder an die Macht zu kommen.

„Vielleicht“, kommentierte ein ausländischer Geschäftsmann mit langjähriger Jamaika-Erfahrung, hat Seaga zuviel zu schnell versprochen.

Wir sind die Fluggesellschaft, die einmal wöchentlich mit einer 747 von Frankfurt nach Jamaica fliegt.

Jamaica. The Heart of the Caribbean.

Was sonst noch alles los ist auf Jamaica, bekommen Sie über die Air Jamaica raus: D-6000 Frankfurt 1, Gallusanlage 2, Telefon (0611) 23 34 26. Oder in Ihrem Reisebüro. Mit uns können Sie jeden Donnerstag ab Frankfurt komfortabel hinfliegen.

JAMAICA

EDWARD SEAGA / Ein Premier und zugleich drei Minister

„In der Politik muß man mit dem Kopf starten“

Die schwarze Torwache salutiert mit lebenswürdiger Nachlässigkeit, zeigt lachend zwei Reihen weißer Zähne und läßt den Besucher ohne Kontrolle passieren. Ein Willkommen, bemerkenswerter Art, wo doch die Machtzentralen längst überall die Gastfreundschaft unter einem Wust von Sicherheitsriten erstickt haben. Aber Edward Seaga, der Premier von Jamaika, will offenbar das Stück braungebrannten Rasens zwischen Zaun und „White House“ von Kingston nicht zur Security-Meile verkommen lassen, die ihn trennt von denen, in deren Namen er die Rumm- und Reise-Insel regiert.

Denn: Wemgleich der Premierminister den Kontakt mit den Massen nicht scheut, ja wenn er sogar immer wieder einen Anlaß für Großkundgebungen sucht, so schätzt er doch mehr die stille Zurückgezogenheit in den kühlen klimatisierten Räumen seiner Regierungszentrale, wo weniger spontane Emotionen als nüchterne Fakten den Ton angeben. Wo die schwüle Hitze der Hauptstadt ausgespart ist, das grelle Mittagslicht nur gedämpft auf die fahlgelbe Tapete fällt und wo nur die schwarz-gelb-grüne Nationalfahne für einen kräftigen Farbkontrast sorgt.

Die Atmosphäre ist dem Amtsinhaber angemessen: Lautlos geht Seaga auf den Gast zu, reicht einen sanften Händedruck und hält das blaue Gesicht regungslos. Nur einmal huscht ein Lächeln durch seine Miene; wir sprechen über seine Multifunktion als Regierungschef, Finanz-, Bergbau- und Planungsminister. Ihm scheint der personifizierte Beweis zu gefallen, wer tatsächlich unentbehrlich ist in der Politik Jamaikas.

Als seien die Worte mehr für sich als für die Zuhörer bestimmt, spricht Seaga leise über das, was



Hält westlichen Kurs:
Premier E. Seaga

Foto: DIE WELT

Ihm am Herzen liegt: die Wirtschaftszahlen der Insel, die eingezeichnet sind von zwei Fakten, die in der aktuellen Situation Jamaikas eine beherrschende Rolle spielen. Da sind zum einen die erschütternden Hinterlassenschaften seines sozialistischen Vorgängers Michael Manley, und da ist zum anderen das Prinzip Hoffnung, das sich noch immer als das beständige Investitionsgut Jamaikas erwiesen hat.

Was Seaga am Herzen liegt, wird von seinem Kopf beherrscht. „Wir haben in acht Jahren 57 Prozent unseres Lebensstandards durch eine Regierung verloren, die von sich behauptet hatte, sie trage die Interessen des Volkes im Herzen. Weil sie aber nicht den Kopf hatte zu planen und zu bestimmen, wie sie diese Interessen verwirklichen könnte, kam sie schließlich in eine völlig andere Richtung, als sie eigentlich selbst gehen wollte.“ Premier Seaga zieht daraus für sich

den Schluß: „Auch wenn man ein Herz hat in der Politik, muß man mit dem Kopf starten, weil das Herz in die falsche Richtung lenken kann. Der Kopf wird das Richtige tun, wenn man ihn klug und weise einsetzt.“

Aus diesen wenigen Sätzen läßt sich viel über die Hintergründe jamaikanischer Politik ablesen. Seaga verdammt seinen Vorgänger Manley nicht in der Art, die Europäer aus dem Regierungs-Opportunisten-Verhältnis gewöhnt sind. Er gesteht Manley zu, das Beste für die Insel und deren 2,2 Millionen Bewohner gewollt zu haben, weil er weiß, daß sein Vorgänger noch immer das Charisma eines Volkstribuns hat, der mit einer runden Rede auf dem Marktplatz auf einen Schlag mehr Sympathien für sich mobilisieren kann als Seaga mit einem in Monaten mühsam konstruierten Finanzplan zur Sanierung der angeschlagenen Wirtschaft.

Edward Seaga, verheiratet mit der Miß Seaga von 1962, studierte in Harvard westliche Wirtschaftsphilosophie. Vor 53 Jahren wurde er als Sohn eines Libanesischen und einer Jamaikanerin in Boston geboren und legte die US-Staatsbürgerschaft erst 1962 ab, als er für die konservative Labour-Partei (JLP) jüngerster Minister wurde und das Entwicklungsressort übernahm.

„Wenn einer unsere Wirtschaft retten kann, dann ist es Seaga“, meint einer unserer einheimischen Gesprächspartner.

Seaga ist in der Karibik über Jamaika hinaus ein Garant für eine freiheitliche Politik des Westens. „Jamaika“, sagt der deutsche Botschafter in Kingston, Karl Leuteritz, „mag klein sein, aber es hat eine Symbolwirkung für die ganze Region.“ PETER SCHMALZ

Edward Seaga antwortet der WELT zum Bauxit:

„Wir glauben, daß der Niedergang des Bauxits nun seinen Tiefpunkt erreicht hat. Die Zeichen sind unübersehbar, daß sich der Aluminium-Preis auf dem Markt stabilisiert hat und sogar wieder zu steigen beginnt.“

zu Investitionen:

„Das Wiederaufleben der Investitionstätigkeit in Jamaika war sehr stark. In den letzten 18 Monaten wurden 149 Vorhaben begonnen, und 399 weitere sind in verschiedenen Stadien der Vorbereitung. Das ist eine Größenordnung, die bei weitem alles bisher Bekannte übersteigt. Die Kapitalbildung bewegt sich in jährlichen Steigerungen von über 20 Prozent in den letzten drei Jahren. In einem Jahr waren es tatsächlich sogar 30 Prozent. Alle Anzeichen sprechen dafür, vor allem bei der boomenden Bauwirtschaft und im blühenden Tourismus, daß die Anziehungskraft für Investitionen fortbesteht und eine bedeutende Zahl neuer Vorhaben jedes Jahr realisiert werden wird.“

zum Tourismus und zum „Parallelen Markt“

„Der Parallele Markt“ wurde eingeführt, um die Dollars von der Straße abzuheben, wo sie schwarz verkauft wurden. Jetzt handeln die Banken mit dem Dollar auf einem Niveau, das mit dem Straßenmarkt konkurrenzfähig ist. Während die Besucher, die nach Jamaika kommen, gebeten werden, ihre Hotelrechnungen und die Käufe in zollfreien Geschäften in fremder Währung zu begleichen, können sie jetzt das Geld, was sie außerhalb der Hotels ausgeben wollen, in der Bank zum günstigen Kurs des „Parallelen Marktes“ tauschen. Das bedeutet, daß der Besucher mehr jamaikanische Dollars für sein Geld bekommt.

Auf einen Blick

FLÄCHE
Jamaika ist die drittgrößte Insel der Großen Antillen im Karibischen Meer und umfaßt 10 991 km².
EINWOHNER
2,180 Millionen.

STÄDTE
Kingston (Hauptstadt) 169 800 Einwohner, mit Vororten ca. 614 000; Montego Bay 50 000 Einw.; Spanish Town 41 400 Einw.; May Pen 14 500 Einw.; Savanna-la-Mar 10 000 Einw.; Mandeville 9300.

STAATSFORM
Jamaika, unabhängiges Commonwealth-Mitglied, ist eine parlamentarisch-demokratische Monarchie. Zwei-Kammer System. Die 21 Senatoren werden ernannt. Die Abgeordneten werden gewählt.
STAATSOBERHAUPT
Formell die britische Königin Elisabeth II. Generalgouverneur ist F. A. Glaspole.

REGIERUNGSCHEF
Seit 1980 Edward Seaga, dem mit seiner konservativen Arbeiterpartei ein überwältigender Sieg bei den Parlamentswahlen über die bis dahin regierenden Sozialisten

(Nationale Volkspartei) unter M. Manley gelang.
WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Durch den von M. Manley eingeschlagenen Reformkurs wurde die einstmals gesunde Wirtschaft Jamaikas negativ beeinflusst. Die von der Regierung Seaga eingeleiteten Gegenmaßnahmen – Rückkehr zur Marktwirtschaft und Anlehnung an die Wirtschaft der USA – haben die Lage stabilisieren können.

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft von Jamaika, Am Kreuter 1, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28 / 35 40 45.
Honorarkonsulate: Ballindamm 1, 2000 Hamburg 1, Tel.: 0 40 / 3 00 11; Pienzenaustraße 16, 8000 München 80, Tel.: 0 89 / 98 18 55.
Jamaica Tourist Board, Gallusanlage 2, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 06 11 / 23 47 41.

Handelsvertretung von Jamaika, Bonn-Center 1105, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 / 21 62 11.
Air Jamaica, Gallusanlage 2, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 06 11 / 23 34 26.

IN JAMAICA
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 10 Waterloo Road, Kingston 10, Tel.: 00 18 09 / 9 26 56 65.
Jamaica Tourist Board, P.O. Box 360, Kingston 5, Tel.: 00 18 09 / 9 29 80 70.

Jamaica National Export Corporation, 8 Waterloo Road, Kingston 10, Tel.: 92 / 6 16 80.
Jamaica National Investment Promotion Ltd. 15 Oxford Road, Kingston 5, Tel.: 9 29 / 71 90.

Luftansatz, c/o George + Brandy Ltd., 1 St. Lucia Crescent, New Kingston, Tel.: 00 18 09 / 9 26 45 45.

TIPS FÜR REISENDE

Klima
Jamaika hat ein gleichmäßiges Klima mit sehr viel Sonnenschein und Temperaturen an der Küste von durchschnittlich 24 Grad C während der Wintermonate (Mitte Dezember bis Mitte April) und 30-33 Grad C während der Sommermonate (Juni bis Ende Oktober). Im Flachland gehen die Tagestemperaturen selten über 33 Grad C und bei Nacht selten unter 16 Grad C. Im Hochland der Blue Mountains liegen die Durchschnittstemperaturen bei ca. 10 Grad C im Winter und ca. 21 Grad C im Sommer. Mit Regenfällen ist in den Sommermonaten zu rechnen; der meiste Regen fällt im Mai und Oktober. Beste Reisezeit: Dezember bis April.

EINREISE

Gültiger Reisepaß bei einem Aufenthalt bis zu drei Monaten.

WÄHRUNG UND REISEDEISEN

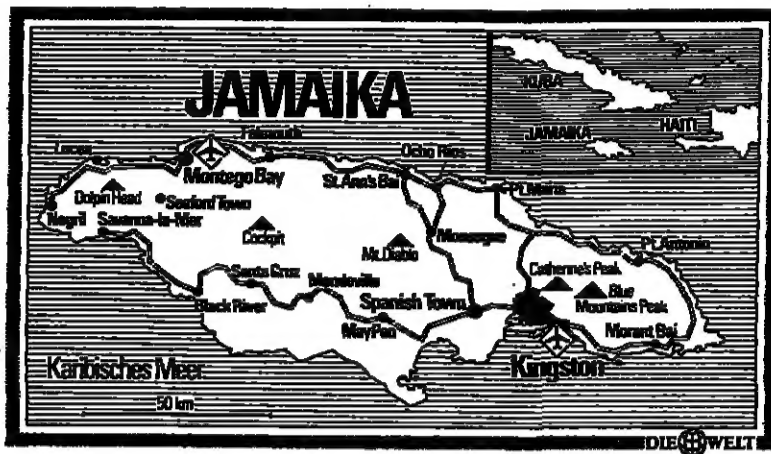
Die Währungseinheit ist der Jamaica-Dollar, der an den US-Dollar angeschlossen ist.
1 Jamaica-Dollar = ca. 1,30 DM.

ZEITVERSCHIEBUNG

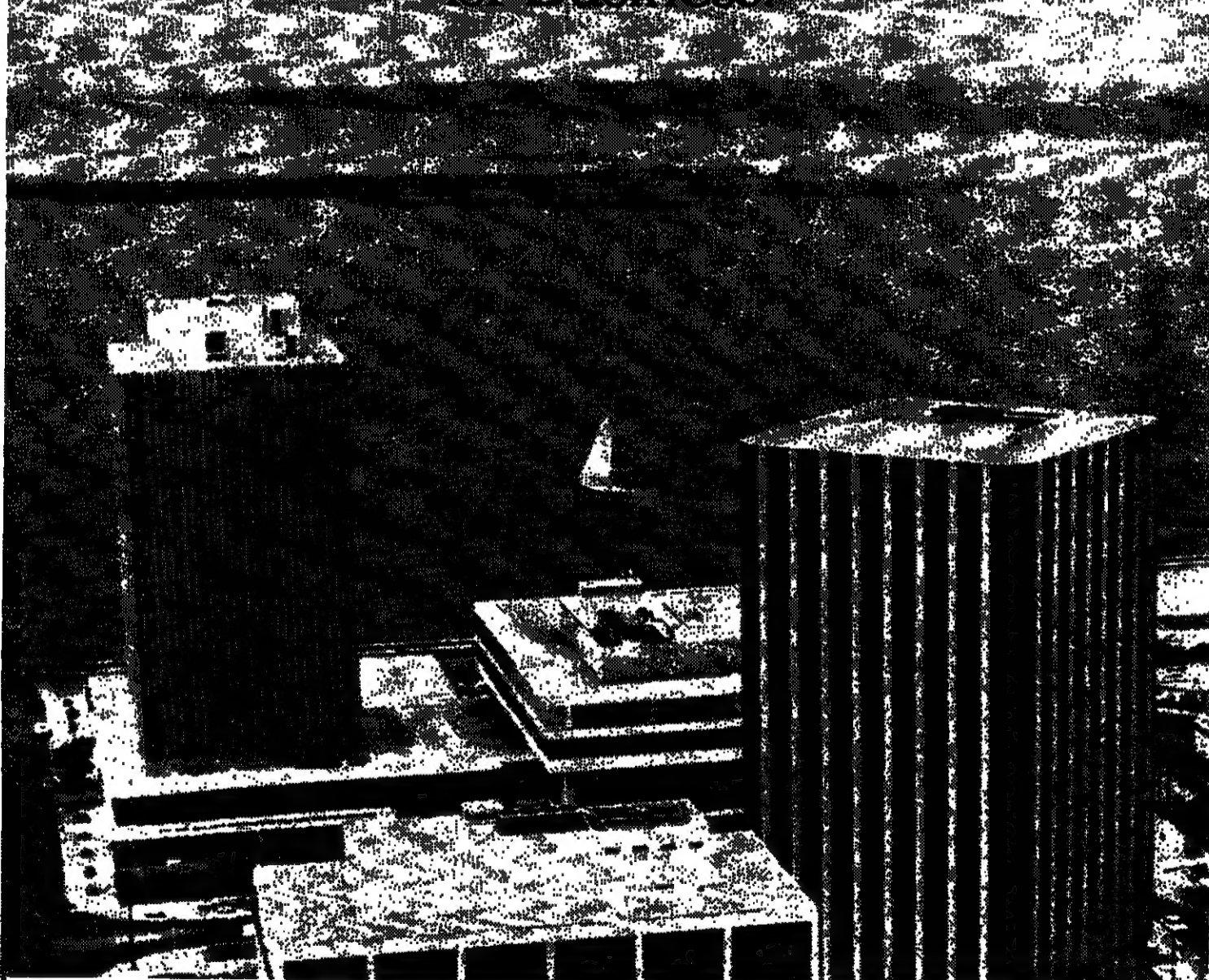
MEZ - 5 Stunden (von Ende April bis Ende Oktober - 5 Stunden).

SPRACHE

Englisch



Die andere Seite von Jamaica ist Business



Mit ihrer absoluten Bejahung des Systems des freien Unternehmertums führt die Regierung Jamaikas den Weg zum Erfolg ihrer Firma.

Die Steuerbegünstigungen beinhalten völlige Steuerfreiheit für Gewinne, Befreiung von Importabgaben, keine Beschränkungen für Rücküberweisung von Gewinnen. Und wenn sich Ihr Betrieb in der Exportzone befindet, auch Befreiung von Zöllen und Importzinsabgaben.

Dazu kommt noch Jamaikas großer und leistungsfähiger Arbeitsmarkt an Englisch sprechenden Arbeitskräften. Sowie die Tatsache, daß Jamaica im Zentrum des karibischen Beckens liegt, mit zwei internationalen Flughäfen, die von

zwölf großen Fluglinien angefliegen werden, und Häfen mit Schiffsverbindungen nach Europa, Nord- und Südamerika und in der Karibik.

All das bedeutet, daß unser Klima für Touristen zwar ausgezeichnet, für Ihr Geschäft aber noch besser ist.

Machen Sie es daher in Jamaica.

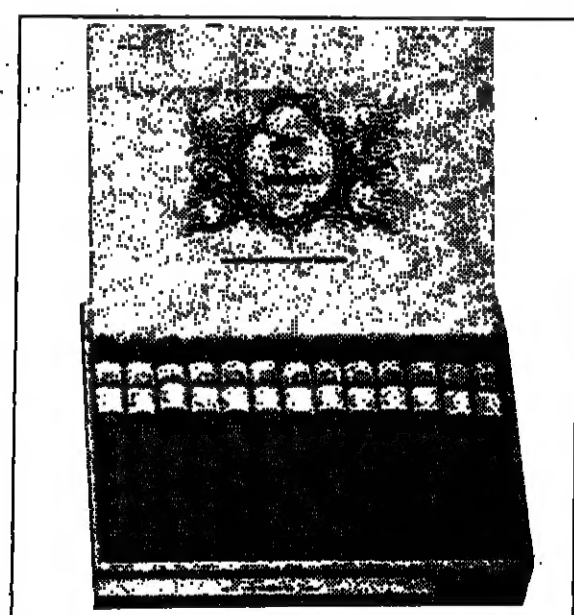
Falls Sie weitere Informationen über die andere Seite von Jamaica wünschen, senden Sie bitte diesen Abschnitt an den Handelsbevollmächtigten, Zimmer 1106, Bonn Zentrum, 5300 Bonn 1, BRD.

Name: _____
Titel: _____
Firmenname: _____
Branchen: _____
Adresse: _____

JNIP
Jamaica National Investment Promotion Limited
15 Oxford Road, Kingston 5, Jamaica

Zigarren aus Jamaica

COMBINED TOBACCO CO., JA. 1979 LTD.
CIGAR MANUFACTURERS & EXPORTERS



Heinrich Seiffert & Sohn GmbH
Pfeifen- & Tabakimport
Wolfsgraben 9
3500 Kassel-Wo.

Rinn & Cloos AG
Postfach 6220
6330 Gießen



Tuxedo GmbH, Anton-Ree-Weg 50, 2000 Hamburg 26

Wollen Sie in der Ende Juni erscheinenden Sonderveröffentlichung

Türkei

inserieren?

Rufen Sie uns an!

Hamburg: (0 40) 3 47 41 28

oder 34 74 44 40

Wien: (00 43/222) 36 16 85



„Tourismus kam mit der Zeit für sein Land e und hinterließ dort Bay. Knapp 200 J. den Engländer. Jamaika Schiffe, Gravieren einen Hohenlatvint auf der Insel (sch und si der reitete. Er hinterließ Bay. Auch manche Tourist haben sich d Reggae-Insel Jama Schiff Aber für die Z von heute macht die e zu Samvernorbume a Craft Market, und für a Postkarte. Eine Insel, i der Karte des rastloser

„Tourismus“ also ist die schu

„Tourismus“ im Jet. Air Jama

„Tourismus“ deutlich mit einem Ju

„Tourismus“ schickt mit Zätscher

„Tourismus“ London) direkt in di

„Tourismus“ den Tropen und läßt d

„Tourismus“ zu zwei Zielen: Er kan

„Tourismus“ schwebende Kingston flie

„Tourismus“ am Airport auf an ve

„Tourismus“ schiffswracks und staub

„Tourismus“ wutbraker: vorbei in d

„Tourismus“ Uppertown der Haupt

„Tourismus“ in um am liebsten sugl

„Tourismus“ tückig zu buchen.

„Tourismus“ Am besten also, die Ma

„Tourismus“ den Bay im Norden

„Tourismus“ essen, nach zehn

„Tourismus“ die gelassen. Überse

„Tourismus“ zu zumindest für die ers

„Tourismus“ einer der Fernanlag

„Tourismus“ Stadt einquartieren.

„Tourismus“ schon das erste Plätz

„Tourismus“ dem durchsichtigen Si

„Tourismus“ ch dem Half Moon. Si

„Tourismus“ ch Flugtapeten, was d

„Tourismus“ erfüllt vom Konzent der

„Tourismus“ al Baumtrösche, ein V

„Tourismus“ kommt fächernd überm

„Tourismus“ anlage mag sich sch

„Tourismus“ schallungsstüchtige. Am

„Tourismus“ in Morgen schirmt ei

„Tourismus“ england

„Tourismus“ schwarze Keitner jonglier

„Tourismus“ schabietts auf dem F

„Tourismus“ um über: Toast den

„Tourismus“ lang fließen Heinz Sin

„Tourismus“ in Club-Manager aus O

„Tourismus“ auf ihr bei einem Be

„Tourismus“ leideschmerz, da rammt

„Tourismus“ jagge-Bar der Einhe

„Tourismus“ in den weichen Sand

„Tourismus“ me ich später eine klu

„Tourismus“ denregel lesen: „A wise

„Tourismus“ stands under a co com

„Tourismus“ maly days.“

„Tourismus“ Die Mehrheit der Urlaub

„Tourismus“ am Norden, wo Jamai

„Tourismus“ sch zu Hause auf den

TOURISMUS / Honig und Reggae

Mehr als eine Küste, aber die hat es in sich

Kolumbus kam mit dem Schiff, fand für sein Land ein neues Eiland und hinterließ dort die Discovery Bay. Knapp 200 Jahre darauf kamen die Engländer ebenfalls mit dem Schiff, vertrieben den letzten spanischen Gouverneur, der durch ein Höhlenlabyrinth im Norden der Insel floh und sich über das Meer rettete. Er hinterließ die Ruine der Insel, die heute als "Ruine der Insel" bekannt ist. Der Tourist nähert sich der Ruine und Reggae-Insel Jamaika mit dem Schiff. Aber für die Kreuzfahrer von heute reicht die Zeit meist nur zum Souvenirkäufchen über den Craft Market und für eine eilige Postkarte: Eine Insel, abgehackt auf der Karte des rastlosen Weltreisenden.

Besser also ist die schnelle Ankunft im Jet: Air Jamaica fliegt wöchentlich mit einem Jumbo von Frankfurt (mit Zwischenlandung in London) direkt in die karibischen Tropen und läßt dem Besucher zwei Ziele vor: Er kann bis ins schwülheißige Kingston fliegen und vom Airport aus an verrosteten Schiffswracks und staubigen Zementfabriken vorbei in die grüne Uppertown der Hauptstadt fahren, um am liebsten sogleich den Rückflug zu buchen.

Am besten also, die Maschine in Montego Bay im Norden der Insel verlassen, nach zehnstündigem Flug die seltsam zähen Zolkskontrollen gelassen übersehen und sich zumindest für die erste Nacht in einer der Ferienanlagen nahe der Stadt einquartieren.

Schon das erste Plätschern im lauen, durchschlagenen Seewasser vor dem "Half Moon Club" spült die Flugstrapazen weg, die Nacht ist erfüllt vom Konzert der Zikaden und Baumfrösche, ein Ventilator schnebelt fächernd überm Bett. Die Klimaanlage mag sich schon für erkältungsküchtige Amerikaner. Am Morgen schwingt ein Hummingbird durchs Blütenmeer, schwarze Kellner jonglieren Frühstückstafeln auf dem Kopf. Ich lasse über den Toast den dunklen Honig fließen (Heinz Simonitsch, der Club-Manager aus Österreich, kauft ihn bei einem Bauern im Landesinnern), da rammt eine Kokosnuß mit dumpfem Knall neben mir in den weichen Sand. An einer Reggae-Bar der Einheimischen werde ich später eine kluge Überlebensregel lesen: „A wise man never stands under a coconut-tree on windy days.“

Die Mehrheit der Urlauber bleibt hier im Norden, wo Jamaika ist, wie es sich zu Hause auf den Prospek-

ten zeigt: weiße, weite Sandstrände, Palmen, farbige Schönheiten beiderlei Geschlechts.

Das Touristenparadies erstreckt sich bis über Ocho Rios hinaus, wo das „Shaw Park Hotel“ im Dschungel endet, in dem George Frische Kokosmüsse aufschlägt und wo kundige Führer durch die kühlen Fluten der Dunn's River Falls loten. Wo Kellner mit weißen Handschuhen im „Plantation Inn“ morgens am Strand eine kräftige Sonnenbrille anbieten und abends den Lobster servieren.

Im Minibus, dem Hauptverkehrsmittel der Insel, die so groß ist wie Hessen, habe ich auf der Fahrt nach Negril, dem westlichsten Punkt Jamaikas, immer den Aufkleber vor Augen: „Jamaica is more than a coast.“ Aber noch einmal kommt Küste satt: zwölf Kilometer lang ist der schmale Streifen Sand zwischen türkisem Meer und dampfendem Dschungel, der schönste Beach der Karibik, wie Kenner schwärmen. Total-Entspannung im „Hedonism II“ für jene, die Ruhe finden nur bei anhaltendem Gruppengetöse und die sich freuen, selbst Drinks und Zigaretten inklusive gebucht zu haben.

Ein paar Meilen weiter auf den Felsen finden kurz- und langfristige Aussteiger Vergessen vom Welt-schmerz. Wenn die Purpurne im Meer versinkt, ziehen schwere süße Schwaden von Marihuana-Duft um Rick's Bar. Ganja, wie das Traum-Gras heißt, ist am Strand und an fast jeder Ecke zu kaufen, belastet aber auch die Beziehungen zu den USA. Denn für Millionen Dollars fliegen bisher waghalsige Piloten meist nachts die heiße Ware in die Staaten. An der Straße nach Ocho Rios stehen auf einer verlassensten Piste vier „Ganja Bomber“, die überladen den Start nicht schaffen. Neuerdings sind die Hasch-Schmuggler auf kleine Schiffe umgestiegen. Premier Seaga verteidigt sein Land, drüben in Florida würde viel mehr Ganja wachsen als in Jamaika.

Im „Negril Beach Club“ klagt Ken McNeal, einst Gesundheitsminister und heute Hotelbesitzer, über einen anderen Warenaustausch: Vor allem aus den Vereinigten Staaten kauft die Insel für teure Devisen Lebensmittel für die Touristen. Ein wunder Punkt der jamaikanischen Urlaubs-Maschinerie.

Eine knappe Autostunde ostwärts von Negril wartet das „andere Jamaika“. Eine felsige Südkü-



Händchenhalten in den Dunn's River Falls, für Kühlung ist gesorgt. Foto: PETER SCHMALZ

ste, von Touristen kaum entdeckt, aber ein Eldorado für Taucher, die in der gläsernen See nach Korallen und bunten Fischen suchen, und für Müßiggänger, die sich in den Parks alter Herrenhäuser mit Ingwerkuchen und High-Mountain-Coffee verwöhnen lassen.

An den Kaffeepflanzungen vorbei führt die Straße in die angenehme kühle Luft von Mandeville, der Insel reichsten und saubersten Stadt, die vom Bauert lebt. Bei Diana im Hotel „Astra“ frage ich nach der Kaffee-Farm „Marshall's Pen“ und drehe dort zwischen Mahagoni-Möbeln und vergilbten Schmuckkästen das Rad ein Jahrhundert zurück in die Blütezeit britischer Plantagenbesitzer.

Um Kingston kann der Gast einen Bogen machen, falls ihn nicht die Geschäfte dorthin führen. Dann aber sollte er für den Abend einen Tisch reservieren im „Blue Mountain Inn“ in den Bergen hinter der Stadt, wohin die feuchte Schwüle der Hauptstadt nicht dringt. Ihn erwartet die beste Küche der Insel.

Mit dem Hubschrauber nur einen Katzensprung von Kingston entfernt liegt Fort Antonio ein wenig abseits des großen Touristenstroms. Die Berghänge lassen die Wolken steigen und entdecken ih-

nen den Regen, der den tropischen Urwald in paradiesischer Pracht wuchern und blühen läßt. „Chlorophyll Corner“ wird die grüne Ecke der Insel genannt. Wir sitzen bei Patsy, einer quirligen schwarzen Malerin, trinken Rumpunch und schauen hinaus zu den kleinen Inseln im gleißenden Meer.

Auf einer lebte Schwarzweiß-Star Errol Flynn und wurde aus einer Laune heraus Entdecker einer Touristen-Sensation: Für eine Party mietete er Bambusflöße, auf denen die Bananenbündel aus dem Landesinneren über den Rio Grande gebracht wurden. Die Idee zündete: Heute haben die Touristen längst die Bananen von den Flößen verdrängt. Was nicht immer ohne Gefahr ist.

Ich traf eine betuchte britische Urlauberin, die samt Floß, Handtasche, Reisegeld und Paß in den Rio Grande kippte. Nur Floß und Frau waren wieder aufgetaucht. Das Geld blieb verschwunden und Ersatzpapiere kamen in der Eile, die in Jamaika länger als eine Weile dauert, wenn die Einheimischen mit strahlendem Lächeln sagen: „Soon come.“ Wer das mit „Hab' Geduld“ übersetzt, verläßt auf Jamaika glückliche Tage.

PETER SCHMALZ

GESPRÄCH MIT KULTUR-MINISTER EDMUND BARTLETT

„Eigene Sprache schaffen“

DIE WELT: Herr Minister, wie würden Sie die kulturelle Identität Jamaikas beschreiben: Ist sie eher afrikanischen oder karibischen Ursprungs?

Edmund Bartlett: Die kulturelle Identität Jamaikas ist eine Frage der ethnischen Wurzeln. Wie Sie wissen, gehen diese auf eine Reihe verschiedener Volksgruppen zurück. Die stärkste unter ihnen ist allerdings afrikanischer Ursprungs. Doch afrikanischer Abstammung sein heißt nicht, daß wir alle einen starken afrikanischen Einschlag in Bezug auf Aussehen und rassistische Eigenschaften haben. Die meisten von uns sind das, was man allgemein als „kreativ“ bezeichnet.

DIE WELT: Ich meine, wir sollten uns auf den Begriff des „Jamaikaners“ einigen. Ist das richtig?

Edmund Bartlett: Jamaikaner, das ist vollkommen korrekt.

DIE WELT: Der Slogan Ihres Landes lautet: „Out of many, one people“ (zu deutsch: „Entstanden aus vielen, ein Volk“). Ist das Ziel heute erreicht?

Edmund Bartlett: Dieses Ziel ist erreicht, und zwar durch Heirat, Beziehungen und kulturellen Austausch zwischen allen Rassen, die auf Jamaika leben.

DIE WELT: Aber Ihr Land erlangte erst im Jahre 1962 seine Unabhängigkeit. Das bedeutet, daß Sie in

einem Zeitraum von nur 21 Jahren die jamaikanische Identität geschaffen. Das ist erstaunlich.

Edmund Bartlett: So sehe ich das nicht. Diese Identität bestand ja bereits vor 1962. Die politische Unabhängigkeit eröffnete vielmehr eine weitere Dimension, aus der schließlich der Jamaikaner, also



Im 21. Jahr der Unabhängigkeit Jamaikas rückt die kulturelle Identität in den Blickpunkt. Diskutiert wird auch über Kreolisch als Sprache Jamaikas, vor allem von Kultur-Minister Edmund Bartlett. Foto: DIE WELT

die jamaikanische Persönlichkeit“, hervorging.

DIE WELT: Als was würden Sie die Gruppe der Rastafaris bezeichnen? Sind auch sie ein Teil dieser Identität?

Edmund Bartlett: Die Rastafaris sind ebenso Jamaikaner wie jede andere Gruppe auf der Insel. Sie unterscheiden sich lediglich durch ihren einfacheren Lebensstil von anderen. Die ständige Jagd nach indischen Gütern widerstrebt ih-

nen. Sie glauben mehr an geistige als materielle Lebensinhalte.

DIE WELT: In Seaford Town lebt eine Gruppe deutschstämmiger Jamaikaner, und zwar unter sehr schlechten kulturellen und sozialen Bedingungen.

Edmund Bartlett: Sie erwähnen da die deutsche Gemeinde auf Jamaika, die jedoch nur so genannt wird, wenn wir von deren kulturellem Erbe sprechen. Im übrigen werden sämtliche Volksgruppen in unserem Land unter dem Begriff „Jamaikaner“ zusammengefaßt. Diese Gemeinde ist in der Tat arm, ebenso arm wie alle anderen Gemeinden, die in den entlegenen, sehr ländlichen Gebieten ansässig sind. Doch sie haben verschiedene große politische Figuren dieses Landes hervorgebracht. Einer unserer besten Wirtschaftsminister, Herbert Hagemeyer, stammte aus Seaford Town.

DIE WELT: Verfolgen Sie das Ziel, das Englische in Zukunft durch eine eigenständige Nationalsprache zu ersetzen?

Edmund Bartlett: Ich glaube, daß es auf lange Sicht nötig sein wird, beide Sprachen – nämlich Englisch und Jamaikanisch – an den Schulen zu lehren. Doch zunächst einmal muß die Standardisierung des Jamaikanischen verwirklicht werden.

GESPRÄCH MIT TOURISMUS-MINISTER A. ABRAHAM

„Zahlen und Jamaika genießen“

DIE WELT: Herr Minister, wie hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jama-

ika einen sehr hohen Stellenwert. Wir hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jama-



Lässig wie sein Auftreten ist auch Minister Anthony Abrahams. Er macht kein Hehl daraus, daß Jamaika teuer ist, er will Klasse statt Masse. Und hofft auf Deutschland und die Schweiz. Foto: HHK

ika einen sehr hohen Stellenwert. Wir hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jama-

ika einen sehr hohen Stellenwert. Wir hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jama-

ika einen sehr hohen Stellenwert. Wir hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jama-

ika einen sehr hohen Stellenwert. Wir hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jama-

J.E.C.I.C. hält Jamaicas Exporte in Schwung,

indem sie Kredite, Devisen und Versicherungsschutz für Exporteure in Jamaica gewährt.

J.E.C.I.C. Leistungen:

● FINANZIERUNG VON EXPORTKREDITEN

bietet dem Exporteur in Jamaica Möglichkeiten wie Vorfinanzierung vor Lieferung, Exportbankgarantien, Branchenkredite usw.

● VORFINANZIERUNG

sorgt für Teilfinanzierung von Exportaufträgen.

● EXPORTKREDIT-VERSICHERUNG

versichert den Exporteur in Jamaica gegen Zahlungsverweigerung des ausländischen Käufers.

● EXPORTBANKGARANTIE

sind Garantien, geleistete Vorauszahlungen an die Handelsbank des Exporteurs, im Falle des Zahlungsverzuges eines ausländischen Käufers zurückzahlen.

● DER EXPORT-ENTWICKLUNGSFONDS

stellt Devisen zur Verfügung, um den Import von Rohmaterialien, Ersatzteilen, Bestandteilen und Kapitalanlagen für den nicht traditionellen Exportsektor zu gewährleisten.

● BRANCHENKREDITE

dienen der Bereitstellung von Devisen, um den Kauf von Rohmaterialien für die Exportproduktion zu ermöglichen.

Produzenten in Jamaica! Überzeugen Sie sich selbst, wie wir Ihnen helfen können, Ihre Exporte auszuweiten!

J.E.C.I.C.

JAMAICA EXPORT CREDIT INSURANCE CORPORATION

Bank of Jamaica Bldg. (10th floor); Nethersole Place, P.O. Box 3, Kingston (Ja.); Tel.: 92-29690-4; Telex: 2165, 2167, 2173

HEILQUELLEN / Wer kommt zapfen?

Name verpflichtet

Nach Jamaika fährt man selbstverständlich zum Baden im karibischen Meer. Aber nur wenigen ist bekannt, daß die Insel über Heilquellen verfügt, die nach den Vorschriften des Deutschen Bäderverbundes den Vergleich mit Europas Heilbädern nicht scheuen müssen. „Sie sitzen auf einer Goldmine“, schwärmte der deutsche Botschafter in Kingston, Karl Leuteritz, vor jamaikanischen Gesprächspartnern, nachdem er das Gutachten eines deutschen Teams studiert hatte. Nun fehlt nur noch das Kapital zum Aufbau einer Heilbäder-Struktur.

Es waren die Wasser, die Jamaika zur fruchtbarsten Insel der Region machten und die ihr den Namen gaben: Xaymaca wurde sie von den Ureinwohnern, den Arawak-Indianern, genannt, das „Land der Wälder und Quellen“. Und bereits 1747 wurde das „Bath Fountain Hotel“ als erstes Kur-

tel eröffnet, aber die Bäderkunde kam nicht an.

Neuer Auftrieb kam erst durch das baden-württembergische Beratungsbüro Itracon, das in Kingston den Freeport ausbaute und nebenbei 22 Quellen untersuchte. Das erstaunliche Ergebnis: Nur zwei erreichen nicht den Grenzwert für Mineralwasser. Itracon-Mitarbeiter Professor Jaap Potthast: „Eine Abfüllanlage könnte Jamaika unabhängig machen vom Devisen zehrenden Import ausländischer Mineralwasser.“

Noch ist die Infrastruktur für einen medizinischen Bäder-Tourismus mangelhaft. Ein englischer Lord will das Nobelhotel „Sans Souci“ in Ocho Rios an der Nordküste ausbauen, in dessen Swimmingpool ohnehin Heilwasser sprudelt. Im Süden wurde das alte englische Kurhotel am Milk River renoviert. Kuren im radonhaltigen Wasser stehen unter medizinischer Aufsicht.

GESCHICHTE / Sir Henry, der ehrbare Pirat

Gouverneur, Richter und erfolgreicher Seeräuber

Für die erste wirtschaftliche Blütezeit Jamaikas sorgten Ende des 17. Jahrhunderts Seeräuber. 1655 hatten die Engländer die Zuckerinsel erobert, die bis dahin Privatbesitz der Nachkommen des Amerika-Entdeckers Christoph Columbus gewesen war. Die neuen Herren vertrieben die Spanier und bauten die heutige Hauptstadt Kingston zum Kriegshafen aus.

In den folgenden Jahren wurden englische Freibeuter zum Alptraum des spanischen Weltreiches. Briten brachten die mit Schätzen beladenen Schiffe der Spanier auf und plünderten sie. Erfolgreichster Piratenkapitän war Henry Morgan (1635-1688), der es zeitweilig auf Jamaika sogar zum obersten Richter und zum Vizegouverneur brachte.

Morgan stammte aus einer wohlhabenden Familie in Wales. Er tauchte 1658 zum erstenmal in der Karibik auf. Schon nach kurzer

Zeit avancierte er unter den Piraten, die auf der „Insel der Schildkröten“, einem Eiland nördlich des heutigen Haiti, hausten, zum Unterführer. Er war einer der Anführer der Freibeuter, die 1659 die spanische Stadt San Jago auf der Insel Hispanola eroberten und plünderten.

Morgans steller Aufstieg begann, als sein Onkel Edward Morgan Vizegouverneur auf Jamaika wurde. Der einflußreiche Verwandte förderte den mittellosen Neffen nach Kräften und verschaffte ihm mehrere Schiffe. Morgan war von keinerlei Skrupeln geplagt.

Er brachte Not und Elend über die spanischen Städte in der Karibik, über die sie hielten. Wehrlose Kinder und Frauen wurden abgeschlachtet, die Männer gefoltert, bis sie das Versteck ihrer Wertsachen preisgaben.

Kingston war schon damals das Verwaltungszentrum Jamaikas. In

einer zeitgenössischen Chronik heißt es unter anderem: „Die hiesigen Kaufleute kauften von den Piraten gestohlenen Gut aus spanischen Kirchen und Wertsachen aller Art, was sie dann mit großem Gewinn in Europa weiterverkauften. Der Gouverneur und die Richter, die offiziell die Seeräuber verurteilten, machten gemeinsame Sache mit den Freibeutern und hatten an aller Beute der Piraten ihren nicht geringen Anteil.“

Henry Morgan nutzte die Gunst der Stunde und war bald einer der engsten Vertrauten des britischen Gouverneurs. Er wurde offiziell zum zweiten Admiral Jamaikas ernannt. Sein Vorgesetzter war Edward Mansfield, ein illegitimer Sohn des deutschen Feldherrn aus dem 30jährigen Krieg.

und hausten dermaßen unter den Einwohnern, daß diese in den Dschungel flohen.

Die Piraten machten ungeheure Beute. Ein Strom von spanischem Gold kam nach Kingston. Der Inselgouverneur wurde zum Millionär. Ein großer Teil der Beute floß weiter nach England in die königliche Kasse.

Der Stern des Piraten begann zu sinken, als Spanien und England einen förmlichen Waffenstillstand schlossen. 1672 betrat Sir Henry als „Gefangener auf Ehrenwort“ das britische Kriegsschiff mit dem bezeichnenden Namen „Welcome“, das ihn nach England brachte. Drei Jahre lang lebte Morgan in London. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung, in der festgestellt wurde: „Sir Henry kann eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden.“ Danach durfte Morgan wieder nach Jamaika - als Vizegouverneur. B.B.

Tabak, heraus aus dem Dunst der Havanna

Jahrelang standen Jamaikaner im Schatten der größeren Insel, Kuba. Und Jimmy Chang, der Chef der Comined Tobacco, verschweigt auch nicht, daß er bei Kubanern in die Tabak-Schmuggel, „Ich arbeitete bei der Familie Menendes Garcia, die ein Drittel des Ruhmes kubanischer Zigarren mitbegründet hat.“

Doch das ist lange her. Heute hat die jamaikanische Zigarre weltweit einen hervorragenden Ruf. Sie zur Bekräftigung verweist Jimmy Chang auf die zahlreichen internationalen Preise und Medaillen, die er in den letzten vier Jahren einsammeln konnte.

Der milde Geschmack der handgerollten Zigarren aus erlesenen Tabakblättern hat ihnen ein Renommee als Qualitätsprodukt verschafft. Auch in der Bundesrepublik werden sie verstärkt angeboten. B.B.

RUM / Die Diskriminierung als Brandy ist vorbei

Wie man will, nur nicht heiß

Rum ist ein ganz besonderer Saft. RDas, was in Deutschland bislang als jamaikanischer Rum angeboten wurde und dazu diente, Groge zu brauen oder Tees aufzubereiten, war Rum-Verschütt. Ein Jamaikaner würde dies nicht einmal zum Zähneputzen benutzen, sagen die Rumhersteller der Insel.

„Ihr“ Rum hat ein reiches Bukett, ist aromatisch und besitzt einen fein abgestimmten Geschmack. Man kann ihn auf vielerlei Art und Weise trinken, nur auf eine nicht: heiß.

Rum aus Jamaika ist entweder dunkel, dann wird er als Fruchtpunch getrunken. Oder er ist goldfarben, dann eignet er sich zu Cola, Ginger Ale, Eis oder Soda. Der weiße Rum paßt zu Orangen, zu Tonic-Wasser oder Ginger Ale.

Lomé für die AKP-Staaten und sehr viel mit den protektionistischen Wünschen der Deutschen und Franzosen zu tun.

Als Brandy, weil das Gesetz es wollte

So dürfte früher zum Schutz deutscher Hersteller der Zuckerrohrsaft aus Jamaika nur zum Teil dem deutschen Rum zugestuft werden. Gerade so viel, um zu sagen, daß der Geschmack mit Jamaika assoziiert werden kann. Was natürlich, wie in Kingston beteuert wird, nicht der Fall ist. Man hat also etwas als jamaikanisch ausgegeben, was nicht jamaikanisch war. Ein Schluck aus einer jamaikanischen Rumflasche bestätigt dies.

So geschah es, daß früher Rum aus Jamaika wegen der gesetzlichen Bestimmungen als Brandy auf dem deutschen Markt verkauft werden mußte; was nicht ging, da Rum eben kein Brandy ist, hat er doch mit gebranntem Wein nichts zu tun.

Die Franzosen hatten natürlich ihren Saft von Martinique und Guadeloupe vor Augen und formulierten die technische Definition des karibischen Rums, daß das Produkt aus Jamaika nicht dabei war.

Dies ist vorbei. Heute können die jamaikanischen Rum-Dezillier ihr Zeugnis als das anbieten, was es ist: Rum. Die Diskriminierung ist überwunden, aber was die Jamaikaner immer noch nicht, ist, daß es eine länderspezifische Quotierung der erlaubten Exportmenge gibt.

Das heißt, daß wenn etwas das Quotum für Großbritannien dort nicht abgesetzt werden kann, der Rest nicht etwa in Frankreich oder Deutschland angeboten werden darf. Die EG will es so.

Wenn Europa schon ein gemeinsamer Markt ist, argumentiert man auf der karibischen Insel, dann soll man uns ein Quotum für die gesamte Gemeinschaft zubilligen. Dann können die freie Konkurrenz in den einzelnen Ländern antizipieren, wieviel wo abzusetzen ist. ut

Farbe aus Holz und Karamel

Die Farbgebung erhält der Rum von dem Holz der Fässer, in dem er gelagert wird. Zur Standardisierung der Farbe wird auch Karamel verwendet.

Daß jamaikanischer Rum erst seit Neuestem so, wie er eben beschrieben wurde, auf den deutschen Markt kommen darf, hat einiges mit der Europäischen Gemeinschaft, dem Abkommen von

Internationale Sonderbeilage Jamaika

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Redaktion und Gestaltung: H.-R. Holsamer, Bonn

Ausgaben: Hans-Helrich Lange, Hamburg

Internationale Sonderbeilage

Skala Gesellschaft mbH & Co. KG

Leo C. F. Bursky, Wien

W 108/82

Rum - der Geist von Jamaika

Nach 157 Jahren Erfahrung sieht die WRAY & NEPHEW-GRUPPE zuversichtlich der Zukunft entgegen

Die Vergangenheit:

1625 eröffnete John Wray, ein Stellmacher aus der Gemeinde von St. Ann, eine Taverne in der Hauptstadt Kingston und nannte sie „Die Shakespares Taverne“. Die Auswahl des Namens war vielleicht nicht ganz verwerflich, da Thomas, der Neffe des großen Bühnenaufbauers, in Jamaika lebte und beerdigt ist.

John Wrays Taverne lag günstig an der Nordseite des Stadtplatzes und wurde zu einem bevorzugten Treffpunkt, vor allem an Markttagen. Als John Wray erfolgreicher im Verschneiden und Verkauf von Rum wurde, blühte sein Geschäft auf, und 1682 machte er seinen Neffen zum Partner. Der dynamische junge Mann erweiterte das Geschäft bald und zog in größere Gebäude in die Nähe des Kais, um den Rum, der auf dem Seeweg von den Plantagen aus verschiedenen Teilen der Insel kam, zu empfangen. Seitdem ist die Firma ständig gewachsen und ist heute eine der größten kommerziellen Organisationen in Jamaika. Sie ist die älteste Gesellschaft in Jamaika und könnte gut die älteste Rum-Gesellschaft in der Welt sein. Nichtsdestoweniger geht die Geschichte des Jamaika-Rums auf zwei Jahrhunderte vor der Eröffnung von John Wrays Taverne zurück, nämlich auf 1655, als die Briten die Insel übernahmen.

Die Geschichte des Rums ist lustig verwirrt von Legenden, und sogar der Ursprung des Namens ist ungewiß; er könnte von einem Schlagwort aus dem 17. Jahrhundert herkommen, das etwas sehr Gutes und Schmeckhaftes bedeutet, oder von dem zeitgenössisch akzeptierten botanischen Gattungsnamen für Zuckerrohr, Saccharum officinarum. Selbstverständlich gibt es keinen Zweifel über die lange Verbindung zwischen Jamaika-Rum und der britischen Marine. Generationenlang freuten sich die Seemänner der mächtigsten Marine der Welt auf ihre tägliche Ration Rum, ansehnliche 5 Unzen = 141,35 ml und gerade 5% unter der Normalstärke! Diese Tatsache sowie ein großer Teil der Legende hat Jamaika-Rum den Ruf des herben, wilden Getränks gegeben, und ohne Zweifel war etwas Wahres daran.

Weniger bekannt, außer bei Kennern, waren die feinen gereiften jamaikanischen Rumarten, die sich mit den besten Spirituosen der Welt messen konnten. Das Kommen der Cocktails um 1920 herum führte dazu, daß Rum gesellschaftlich akzeptabler wurde und diese Tendenz beschleunigte sich erstaunlich in den späten 60er und 70er Jahren.

Die Gegenwart:

Die Wray & Nephew-Gruppe besteht heute hauptsächlich aus einer Zuckerrohrplantage und Brennerei, zwei einheimischen und

einer Exporthandelsgesellschaft. Die Zuckerplantage der Gruppe, Appleton, hat Jamaikas Prämierrum seinen Namen gegeben, und die Appleton-Brennerei, ausgestattet mit Topf- und kontinuierlichen Brennerien, ist eine der modernsten in der Karibik. Dieses ermöglicht die Produktion einer großen Auswahl von Spirituosen, die kennzeichnend für den Rumhandel ist und die Appleton White, einen leichten Cocktail-Rum, Appleton Gold, gewöhnlich on the Rocks (mit Eis) oder mit Wasser getrunken, und Appleton Dark (dunkel), der traditionell für Punch oder als Cola-Mixer benutzt wird, mit einbezieht.

Die hohe Qualität der Wray & Nephew-Produkte wird dadurch bestätigt, daß die Gruppe unter Lizenz für den einheimischen Markt solche bedeutenden internationalen Produkte wie Smirnoff, Glibbey und Bols herstellt. Die Gruppe produziert ein Drittel aller auf der Insel hergestellten Rumarten und Spirituosen, und beherrscht zur Zeit 90% des einheimischen Marktes. Dieses ist nicht verwunderlich, da Jamaikaner enthusiastische Rum- (und andere Spirituosen-) Trinker sind und, bei einer Einwohnerzahl von gerade über zwei Millionen, jährlich fast eine Million Kisten verkonsumieren.

Der Hauptverkaufsmarkt der Gruppe ist immer noch der jamaikanische; aber in den letzten Jahren sind Exporte wesentlich gestiegen. Heute verschifft Wray & Nephew ihre Produkte weltweit in Flaschen und losen Mengen in über 60 Länder. In einigen

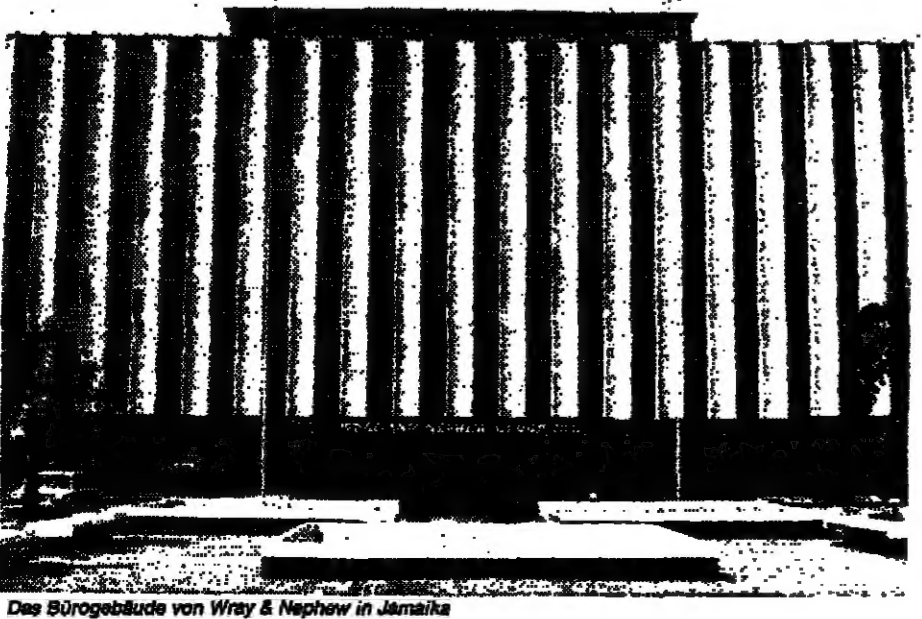
Ländern, besonders in Westdeutschland, Frankreich und den USA wird der Fortschritt von diversen ungünstigen Handelsbedingungen gehindert. Es wird aber gehofft, daß die USA ihre Vorschriften bald zu Jamaikas Gunsten ändern werden. Andere Länder wie Kanada und Neuseeland zeigen gute Resultate. In letzterem ist der dunkle CORUBA-Rum jetzt marktführend.

Die Zukunft:

Die Aussichten für jamaikanischen Rum und für die Wray & Nephew-Gruppe sind gut. Während der riesige Wachstum des weltweiten Rumverbrauchs über die letzten zehn Jahre sich auf milde, leichte Rumarten für die Jamaika nicht bekannt ist, konzentrierte, neigt die Tendenz jetzt mehr nach den aromatischen, goldenen Rumarten, für die Jamaika unübertroffen ist. Trotz Jamaikas momentaner wirtschaftlicher Probleme befindet sich jamaikanischer Rum in einer sehr konkurrenzfähigen Position auf dem Weltmarkt. Mit einem Vorrat von über 5 Millionen Gallonen (21 Millionen Liter) Rum zur Normalstärke sowie einem annehmbaren Prozentsatz von Prämienn- und gereiften Rumarten ist Wray & Nephew jetzt bereit, sein zweifellos vorhandenes Potential in den kommenden Jahren zu verwirklichen.

WRAY & NEPHEW-GRUPPE

Rum-Dezilliererei und -Verschneider - Regipat 1125



Das Bürogebäude von Wray & Nephew in Jamaika

JAMAICA MIT AIRTOURS. MAN REIST MIT LINIE.



Im Direktflug mit Air Jamaica Großraumjet ab Frankfurt.

Schon ab **DM 2.346,-** Montego Bay.

Schon ab **DM 2.698,-** Ocho Rios.

Schon ab **DM 3.012,-** Negril.

Individueller Urlaub in der Karibik. An die sonnenverwöhnten Strände der beliebten Urlaubsinseln fliegen Sie bei airtours immer mit Linie, meistens mit Air Jamaica. Die Preise gelten jeweils für eine 9tägige „Flieg-mit“-Reise inkl. 7 Übernachtungen

(*bzw. Frühstück) und Transfers. Das ausführliche Jamaica-Programm mit vielen ausgesuchten Hotels finden Sie im airtours-Katalog „Traumstrände '83“. Den gib's, wie alle Programme des größten Linienflugreis-Veranstalters Europas, im Reisebüro.

airJamaica

airtours

Urlaub mit Linie

Donnerstag
Freitag
Samstag
Sonntag

Sachar
wird la
ermord

Der im Exil
Schriftsteller
von Deu
dels, Lew Kope
Deutschen appel
schen Resimekr
charow zu retten
erneut einen
krampf ertiten u
qualifizierte me
Kopelw bezweife
sowjetischer Beh
row nicht ausreis
Gehemistträger
sterns 15 Jahren s
Geheimnissen
Auch wenn auslän
gegen die Behandl
von Moskau als
innere Angelegen
net würden, ha
Wirklichkeit un
denen man die g
Ermondung Sach
fertigen versuche
des sowjetischen
preisträgers sei z
sein für die Vert
sowjetischer inte
den und Entsp
schrüb der Schrift
schen Allgemein
blatt“. Sacharow
Hilfe und wir all
Leben, seine Hilf
Frieden erhalten

ZITAT DE



Die Wähler h
Verständnis
wenn wir jetz
lichen Streit
le und Postit
Vertrauen w
spielten.

Helmut Kohl gestern
Partei in Köln.
FOTO RICHARD

Andropow n

Der sowjetische
Minister Jurij Andro
nach Syrien reise
le gestern aus zuve
ten in Bonn und P
Wahl an die Führung
gungen Herbst. W
über keine Ausreis
annemen. Syrien n
wjetischen Nahost
mehr eine Schlüsse

Urteile in Len

Zwei sowjetische
und in Leningrad w
nats und staatsfeind
hen“ zu mehrjährig
verurteilt. Walter Re
walter eines Hilfe
sche Häftlinge, wu
ren mit anschließ
nung verurteilt. Lew
einer der Führer d
Gewerkschaft SMO
Jahren Gefängnis v
anschließender Ver
teilt.

Europawahlen

Die zweiten Dire
Europäischen Parla
vom 14. bis 17. Juni
Dieses Datum, da
päischen Parlament
worden war, fand ge
gung im EG-Minist
heiliches Wahlrecht
zur dritten Direktwa
legt werden.

Meinungen: Die W
Von Carl Gustaf S

Bundesbahn: Ende
wartet der Bus

Düsseldorf: Streik
bezoige von Biedent

Strauß nach Gersp
sezen optimistisch

Marokkanische So
Regierung in Aquat

Forum: Personale
nung von WELT-I